

SEDUTA DEL CONSIGLIO REGIONALE N. 74 DEL 12 MARZO 2002
SITZUNG DES REGIONALRATES NR. 74 VOM 12. MÄRZ 2002

Ore 10.05

Vorsitz: Präsident Pahl
Presidenza del Presidente Pahl

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte um den Namensaufruf.

MINNITI: *(segretario): (fa l'appello nominale)*
(Sekretär): (ruft die Namen auf)

PRÄSIDENT: Danke für den Namensaufruf. Ich bitte um die Verlesung des Protokolls.

CHIODI: *(segretaria): (legge il processo verbale)*
(Sekretärin): (verliest das Protokoll)

PRÄSIDENT: Danke. Bestehen Einwände zum Protokoll? Keine, dann gilt das Protokoll als genehmigt. Wir kommen zu den Mitteilungen.
Entschuldigt hat sich die Abgeordnete Dalmaso.
Ich verlese die Mitteilungen:

Am 7. März 2002 haben die Regionalratsabgeordneten Sergio Divina, Denis Bertolini, Enzo Erminio Boso, Nerio Giovanazzi, Flavio Mosconi, Giovanni Cominotti, Marco Benedetti, Guglielmo Valduga, Pier Giorgio Plotegher und Claudio Molinari den Begehrensantrag Nr. 24: "Errichtung einer Außenstelle des Landesgerichts von Rovereto in Riva del Garda" eingebracht.

Es sind folgende Anfragen mit dem Ersuchen um schriftliche Beantwortung eingereicht worden:

- Nr. 217** eingereicht am 11.02.2002 von den Regionalratsabgeordneten Claudio TAVERNA, Giorgio HOLZMANN, Mauro MINNITI, Piergiorgio PLOTEGHER und Alessandro URZÌ betreffend „Region heute“ sowie die Publizität der Arbeiten der Regionalratskommissionen;
- Nr. 218** eingereicht am 14.02.2002 vom Regionalratsabgeordneten Alessandro URZÌ zum Thema „Wer wird die Region entschädigen?“;
- Nr. 219** eingereicht am 15.02.2002 vom Regionalratsabgeordneten Enzo Erminio BOSO betreffend „Lehrgänge für das Personal: korrektes Verfahren?“;
- Nr. 220** eingebracht am 19.02.2002 vom Regionalratsabgeordneten Alessandro URZÌ betreffend die Ordnungsbestimmungen über die Auslandsdienstreisen;

- Nr. 221** eingebracht am 19.02.2002 von den Regionalratsabgeordneten Sergio DIVINA, Enzo Erminio BOSO und Denis BERTOLINI betreffend: „D.S.: Vereinnahmung der Institutionen und Doppelaufträge“;
- Nr. 222** eingebracht am 22.02.2002 vom Regionalratsabgeordneten Donato SEPPI betreffend den Beschluss des Regionalausschusses Nr. 0108 des Assessorats von Tarcisio Grandi;
- Nr. 223** eingebracht am 22.02.2002 von der Regionalratsabgeordneten Wanda CHIODI betreffend die Dienstreisen des Regionalbediensteten Dr. Davide Zaffi;
- Nr. 224** eingebracht am 25.02.2002 von der Regionalratsabgeordneten Cristina KURY betreffend die Rückerstattung der Reisekosten der Regionalratsabgeordneten;
- Nr. 225** eingebracht am 28.02.2002 vom Regionalratsabgeordneten Alessandro URZÌ betreffend die „Institutionelle Eröffnung einer Bäckerei in Tiflis – Georgien“;
- Nr. 226** eingebracht am 08.03.2002 vom Regionalratsabgeordneten Maurizio PEREGO betreffend „Reisen nach Asien, es zahlt die Region“;

Es sind die Anfragen Nr. 200, 208, 211 und 216 beantwortet worden. Der Text der Anfragen sowie die jeweiligen schriftlichen Antworten bilden ergänzenden Bestandteil des stenographischen Berichtes über diese Sitzung.

Jetzt zum Ablauf der Diskussion: Am vergangenen Freitag haben sich die Fraktionssprecher getroffen und es wurde einvernehmlich folgendes vereinbart. Eine solche Vereinbarung ist notwendig geworden, weil es im Zusammenhang mit Untersuchungskommissionen noch keine Erfahrungswerte gibt und vor allem keine genaue Regelung. Man hat dann folgendes einstimmig vereinbart:

Zuerst sprechen die Präsidenten der Kommissionen und zwar der Bericht der Kommission von Budapest ist bereits verlesen und jetzt wird der Abgeordnete Taverna noch den Bericht zu Moskau verlesen. Daraufhin können sowohl Präsident Taverna als auch Präsident Lo Sciuto eine Viertelstunde zusätzlich ihre Berichte erläutern. Präsident Lo Sciuto hat zwar bereits den Bericht verlesen, aber er hat die Möglichkeit der Erläuterungen zusätzlich noch. So wurde das mit den Fraktionssprechern vereinbart. Danach haben die Personen, die Gegenstand der Untersuchungskommissionen waren, die Möglichkeit zu sprechen. Diese Personen sind gemäß Beschluss des Regionalrats und Dekret für die Arbeiten der Untersuchungskommission folgende drei: die Frau Abgeordnete Cogo, Vizepräsident Grandi und Vizepräsident Atz. Alle drei können eine Viertelstunde zu den Berichten Stellung nehmen.

Daraufhin beginnt die Diskussion und jeder Abgeordnete hat 10 Minuten Zeit, seine Stellungnahme abzugeben und nachdem diese 10 Minuten

eingehalten werden sollen, bitte ich Sie, nicht über die Zeit hinaus zu reden, sonst muss ich Sie um Verständnis bitten, wenn ich die Stellungnahmen dann unterbrechen lasse. Bei der Diskussion selber bitte ich Sie im Sinne des Reglements keine Ausdrücke zu gebrauchen, die in irgendeiner Form beleidigend sein könnten. Bitte halten Sie sich möglichst an eine sehr korrekte Äußerung in ihrer Darstellung, denn es wäre unangenehm wenn ich unterbrechen müsste und irgendwelche Äußerungen rügen müsste, die nicht korrekt wären. In der Sache selbst kann jeder sprechen wie er will.

Das Recht auf eine zusätzliche Stellungnahme von 10 Minuten haben natürlich und selbstverständlich die Kollegen, die Gegenstand der Untersuchung waren, also die Abgeordnete Cogo, Vizepräsident Grandi und Vizepräsident Atz. Was diese drei Personen betrifft steht es ihnen völlig frei, die insgesamt 25 Minuten zusammen zu nehmen zu einer einzigen Stellungnahme. Entscheidend ist nur, dass über 25 Minuten gesprochen wird. Also, entweder unmittelbar nach den Stellungnahmen von Taverna und Lo Sciuto oder insgesamt 25 Minuten. Die Fraktionssprecher haben auch vereinbart, dass die Diskussion über den Bericht heute Abend abgeschlossen wird und deswegen habe ich Sie um die Freundlichkeit gebeten, die Sitzung noch eine Stunde zu verlängern – bis 19 Uhr. Sollte bis 19 Uhr die Rednerliste nicht erschöpft sein, so bin ich persönlich auch bereit, länger hier zu sitzen und die Stellungnahmen anzuhören bis sie fertig sind. In diesem Fall sind sie Bestandteil des offiziellen Protokolls, damit niemand meint, er würde an seiner Stellungnahme gehindert. Offiziell ist die Sitzung aber um 19 Uhr beendet, es sei denn, die Fraktionssprecher sind bereit je nach der Anzahl der ev. Wortmeldungen die Sitzung etwas zu verlängern. Für meine Person bleibe ich auch nach 19 Uhr hier, damit die Stellungnahmen auch erfolgen können.

Eine Abstimmung über die Berichte findet dann nicht statt, weil die Fraktionssprecher gemeint haben, dass es Berichte der Kommissionen sind und diese zwar in jeder Weise kommentiert werden können, aber es ist die Arbeit der Kommission und als solche findet darüber keine Abstimmung statt.

Jetzt bitte ich den Abgeordneten Taverna um seine Stellungnahme. Ich sage aber noch etwas voraus, die Kommission Budapest hat ihre Frist vom 31. Jänner eingehalten und ich danke ihr für die Arbeit. Präsident Taverna hat – wie wir alle wissen – einmal eine Verlängerung bekommen bis zum 19. Februar und dann haben wir gemeinsam noch eine weitere Verlängerung angesetzt. Somit ist in dieser Hinsicht auch alles korrekt abgelaufen. Beide Präsidenten haben laufend genauestens informiert, wann Sitzungen stattfinden und wer angehört wird. Das habe ich erbeten, um informiert zu sein. Die Kommissionen haben in völliger Unabhängigkeit arbeiten können und das ist selbstverständlich und ich habe natürlich nicht geringsten Einfluss genommen, weil das ja nicht statthaft wäre. Das Ergebnis der Kommissionen ist also die Arbeit und die Berichte sind unterzeichnet von allen Mitgliedern. Ich weise nur darauf hin, selbstverständlich können auch die Mitglieder im Rahmen der 10 Minuten ihre Meinung sagen.

Ich danke den Kommissionen für ihre Arbeit. Ich bitte den Präsidenten Taverna um die Verlesung des Berichtes.

TAVERNA:

RELAZIONE FINALE

- I° INTRODUZIONE -

Il giorno 27 novembre 2001 alle ore 17.10 veniva arrestato all'aeroporto internazionale Sheremetovo 2 di Mosca il funzionario della Regione dott. Davide Zaffi con l'accusa di violazione dell'art. 188 n. 1 del Codice penale della Federazione russa, con l'imputazione che: "intenzionalmente, allo scopo di passare in modo illegale la frontiera doganale della Federazione russa, non ha dichiarato a domanda orale, non ha registrato, non ha sottoposto al controllo doganale 11.053 dollari USA"¹.

Il dott. Zaffi era accompagnato dal Vicepresidente della Regione dott. Tarcisio Grandi. Insieme avevano partecipato ad un convegno organizzato dalla Regione presso l'Università Umanistica di Mosca dal titolo: "No Peace no War: Considerations on Moldova's Future" tenutosi nei giorni 23 e 24 novembre 2001².

Mentre il dott. Zaffi veniva arrestato, il Vicepresidente Grandi rientrava in Italia come da programma e dichiarava di non essersi accorto dell'arresto del dott. Zaffi, insieme al quale aveva affrontato l'ultimo punto di controllo all'aeroporto.

La gravità di questo fatto, le notizie frammentarie e le versioni contraddittorie avevano ingenerato preoccupazione e sconcerto nella pubblica opinione e nelle istituzioni.

Nei giorni successivi le versioni date dagli interessati e dai vertici della Regione, anziché chiarire i dubbi emersi all'indomani del fatto, hanno comportato un'accentuazione degli stessi dubbi, facendo crescere lo sconcerto.

In conseguenza di tali avvenimenti, in sede politica era emersa la volontà di cercare di chiarire tali episodi e di conseguenza il Consiglio regionale, nella seduta del 6 dicembre 2001, decideva di istituire una Commissione d'inchiesta ai sensi dell'art. 15 del regolamento interno del Consiglio regionale³, affinché venisse fatta luce sull'episodio, e questo in conseguenza di quanto previsto in un ordine del giorno approvato a maggioranza dal Consiglio regionale⁴.

Successivamente il Presidente del Consiglio regionale, con proprio decreto provvedeva a nominare, sulla base delle indicazioni espresse dai gruppi consiliari e con il criterio concordato di attribuire 3 consiglieri alla maggioranza e

¹ Dalla traduzione del verbale di incriminazione e scarcerazione, trasmesso dalla Giunta regionale in prot. 7642/C.R. del 4.01.2002. Allegato 1

² Locandina del convegno. Allegato 2

³ Art. 15 del regolamento: "In deroga a quanto disposto dal comma 2 dell'articolo 14, le Commissioni di inchiesta sono nominate dal Presidente del Consiglio su designazione dei gruppi consiliari e sono composte da cinque membri, garantendo, per quanto possibile, la rappresentanza di ciascun gruppo consiliare."

⁴ Ordine del giorno approvato a maggioranza dal Consiglio regionale nella seduta del 6 dicembre 2001. Allegato 3.

2 alla minoranza, i componenti della Commissione, che risultava composta dai consiglieri regionali Carlo Andreotti, Siegfried Messner, Vincenzo Passerini, Andreas Pöder e Claudio Taverna.⁵

Nell'ambito della Commissione, i commissari decidevano di affidare la Presidenza ad un esponente della minoranza, eleggendo il cons. Taverna quale Presidente.

Venivano quindi eletti il cons. Andreotti quale Vicepresidente e il cons. Passerini quale Segretario.

La Commissione ha improntato il suo lavoro acquisendo ed analizzando una notevole mole di documentazione, implementata nel tempo in base alle esigenze istruttorie, effettuando audizioni con tutte le persone coinvolte o che potevano portare elementi utili ai fini della relativa istruttoria e, nella prima riunione, ha deciso di richiedere al dott. Zaffi, al Vicepresidente Grandi e alla Presidente Cogo una relazione scritta su quanto era a loro conoscenza inerente il fatto specifico.

La Commissione ha, in seguito, deciso anche di recarsi a Mosca nei giorni 2, 3, 4 e 5 marzo 2002 ed otteneva per questo, in data 1 marzo, la relativa autorizzazione del Presidente del Consiglio regionale Dr. Franz Pahl.

Il cons. Messner non ha potuto partecipare alla trasferta per improrogabili impegni, pur esprimendo il suo consenso all'iniziativa; il cons. Andreotti era assente perché all'estero.

Il Presidente Taverna ed i consiglieri Passerini e Pöder hanno deciso che le spese di trasferta a Mosca fossero a loro carico.

La Commissione si è riunita n. 25 sedute per un totale di n. 156 ore, esclusa la trasferta a Mosca, e ha acquisito numerose testimonianze⁶.

Dell'andamento dei lavori della Commissione è sempre stato tenuto al corrente il Presidente del Consiglio regionale Dr. Pahl.

- II° NORMATIVA -

La base dell'iniziativa del convegno di Mosca è la legge n. 10 del 1988 e successive modificazioni, come introdotte nel 1995 e 1997⁷.

⁵ Dal decreto del Presidente del Consiglio regionale n. 430 del 10 dicembre 2001: "E' istituita una commissione d'inchiesta consiliare ex art. 15 del Regolamento interno in applicazione di quanto deliberato dal Consiglio regionale nella seduta del 06.12.2001 per esaminare tutte le vicende di rilevanza amministrativa e politica connesse al recente viaggio in missione del funzionario regionale dott. Davide Zaffi a Mosca e le conseguenti azioni o comportamenti da parte della Regione (della Presidente dott.ssa Cogo, del Vicepresidente dott. Grandi e dei loro funzionari)." Allegato 4.

⁶ Prospetto delle sedute e delle audizioni effettuate con relativi testimoni. Allegato 5.

Con riferimento all'approvazione della legge e delle successive modifiche alla stessa, già dal dibattito consiliare sono state evidenziate mancanza di chiarezza nell'individuazione degli obiettivi politici ed eccessiva discrezionalità nell'erogazione dei contributi⁸.

I successivi regolamenti di attuazione della legge⁹ confermavano questo indirizzo, segnato da ambiguità e genericità degli obiettivi.

Le valutazioni di ambiguità e genericità effettuate in merito alla legge ed ai regolamenti attuativi sono state evidenziate anche dalla Commissione interna nominata dalla Presidente della Giunta Cogo e presieduta dall'avv. Franco Conci, Segretario generale della Giunta regionale¹⁰.

A tale proposito, la Commissione condivide quanto risulta dalla relazione della commissione 'Conci', che testualmente recita: "Si rileva in primo luogo che la disciplina legislativa e regolamentare in base alla quale si è concretizzata l'iniziativa che ha portato al fermo in Russia del dott. Davide Zaffi si caratterizza per disposizioni di estrema genericità ed ambiguità. In particolare l'art. 2 della legge regionale 2 maggio 1988, n. 10, soprattutto per le modifiche introdotte nel 1995 e nel 1997, contiene previsioni confuse, formulate con imprecisione terminologica, che si sovrappongono le une con le altre determinando, nei tre settori principali di intervento che è possibile individuare e cioè l'integrazione europea, le minoranze linguistiche e la collaborazione interregionale transfrontaliera, iniziative che si compenetrano e possono rientrare sia nell'uno che nell'altro settore. La genericità delle disposizioni e l'ampiezza delle previsioni legislative e regolamentari consentono alla Giunta regionale le più svariate attività anche solo astrattamente, e molto lontanamente, riconducibili ai tre settori anzidetti."¹¹

Sempre con riferimento alla legge, la Commissione evidenzia una grave violazione nella mancata stesura della relazione annuale prevista all'art. 3 e nella mancata nomina del comitato previsto all'art. 4.¹²

⁷ Testo unificato delle leggi e regolamento di esecuzione "Iniziative per la promozione dell'integrazione europea e disposizioni per lo svolgimento di particolari attività di interesse regionale" approvato con decreto del Presidente della Giunta regionale 23 giugno 1997, n. 8/L. Allegato 6

⁸ Documentazione inerente i lavori delle Commissioni legislative degli anni 1988, 1995, 1996 e 1998; resoconti del dibattito consiliare del 1988 attinenti la legislazione sulle "iniziative europee" e libro del cons. Passerini dal titolo "Euregio: il ponte o il muro". Allegato 7

⁹ Vedi nota 7. Allegato 6, Testo unificato delle leggi e regolamento di esecuzione.

¹⁰ Relazione conclusiva della Commissione conoscitiva costituita con decreto della Presidente della Regione n. 650/P del 7 dicembre 2001. Allegato 8.

¹¹ Vedi nota 10, allegato 8, "Relazione conclusiva", pagg. 1 e 2.

¹² Vedi nota 7: allegato 6: "Iniziative per la promozione dell'integrazione europea e disposizioni per lo svolgimento di particolari attività di interesse regionale".

"Art. 3 – Rapporto annuale sulle iniziative 1. La Giunta regionale presenta annualmente al Consiglio regionale un rapporto sull'attività svolta e un programma per l'anno successivo. 2. Il programma annuale è ispirato alle finalità e agli obiettivi indicati negli articoli 1 e 2. 3. In particolare esso deve contenere: a) notizie sugli indirizzi politici e sulle proposte di lavoro che la Regione, in collaborazione con le Province autonome di Bolzano e di Trento, intende sostenere nelle Comunità di lavoro interregionali costituite tra

La violazione di legge consiste nella mancata nomina ed attivazione del comitato e nella mancata predisposizione del programma annuale.

La legge prevede che tale comitato abbia il compito di analizzare le richieste formulate alla Giunta regionale per la predisposizione del programma annuale e sia composto dal Presidente della Giunta regionale o da un Assessore delegato e da sei esperti in tematiche europeistiche, di cui tre designati dalla Giunta provinciale di Trento e tre designati dalla Giunta provinciale di Bolzano.

Il programma annuale consiste in un rapporto sull'attività svolta ed un programma per l'anno successivo che la Giunta regionale deve presentare al Consiglio regionale.

La mancata nomina del comitato e l'assenza del programma annuale, con riferimento alla presente legislatura, hanno aggravato le disfunzioni, le incongruenze, le ambiguità, la disinvoltura e l'eccessiva discrezionalità nella spesa.

Il Consiglio è stato quindi privato del suo diritto di essere informato e di valutare l'attività svolta, sia in sede preventiva che consuntiva.

E' insostenibile la tesi secondo la quale l'obbligo di cui all'art. 3 fosse assolto all'interno della relazione accompagnatoria al bilancio.

La mancata applicazione degli artt. 3 (Rapporto annuale sulle iniziative) e 4 (Comitato regionale consultivo per le iniziative europee) del citato Testo unificato delle leggi "iniziative per la promozione dell'integrazione europea e disposizioni per lo svolgimento di particolari attività di interesse regionale" non pregiudica solo il diritto di controllo del Consiglio, ma anche la corretta ed efficace applicazione della legge, in quanto priva l'attività di governo di un necessario quadro programmatico e del supporto tecnico-scientifico garantito dal comitato medesimo.

A tale proposito è opportuno evidenziare, come emerso dalle audizioni e dalla documentazione acquisita, che la dott.ssa Tassinari, direttore dell'Ufficio Affari

regioni di confine; b) le iniziative promozionali di formazione di una coscienza europea, in particolare attraverso incontri e scambi, studi e ricerche sui problemi istituzionali, giuridici, culturali, economici, storici, sociali, collegati alle finalità della presente legge.

Art. 4 – Comitato regionale consultivo per le iniziative europee 1. Al fine di analizzare le richieste formulate alla Giunta regionale per la predisposizione del programma annuale di cui all'articolo 3 è istituito il "Comitato regionale consultivo per le iniziative europee"; esso è composto dal Presidente della Giunta regionale o da un Assessore delegato e da sei esperti in tematiche europeistiche, tre designati dalla Giunta provinciale di Trento e tre designati dalla Giunta provinciale di Bolzano. 2. Il Comitato è nominato con decreto del Presidente della Giunta regionale, previa deliberazione della Giunta medesima, e rimane in carica per la durata della legislatura nel corso della quale viene nominato. 3. La composizione del Comitato deve adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici quali sono rappresentati nel Consiglio regionale, fatta salva la presenza del gruppo linguistico ladino. 4. Le funzioni di Segretario del Comitato sono svolte da un dipendente regionale appartenente all'Ufficio Studi, statistica e rapporti con organismi interregionali con qualifica funzionale sesta o settima."

generali della Giunta regionale, aveva segnalato per iscritto al Segretario generale della Giunta avv. Conci, suo diretto superiore, tale mancata applicazione della legge: "L'articolo 3 del testo unificato della legge prevede annualmente la presentazione al Consiglio regionale da parte della Giunta di un rapporto sull'attività svolta e di un programma per l'anno successivo. Tale programma, ispirato alle finalità ed agli obiettivi di cui agli articoli 1 e 2 del testo unificato della legge, deve, in particolare, contenere notizie sulle proposte che la Regione intende sostenere nelle Comunità di lavoro interregionali e sulle iniziative promozionali di formazione di una coscienza europea. A quanto mi consta l'ultimo programma annuale predisposto dovrebbe essere quello per l'anno 1996 mentre l'ultimo rapporto dovrebbe essere quello del 1995. La mancanza del predetto strumento di pianificazione oltre a costituire un inadempimento legislativo, quindi una fonte di illegittimità, non favorisce sicuramente una gestione amministrativa coordinata, ispirata a criteri ed obiettivi chiari, precisi e predeterminati. Gli innumerevoli, disparati e non univoci interventi approvati disordinatamente negli ultimi anni ai sensi dell'articolo 5, comma 1 della legge, sono un esempio significativo di una gestione priva di un disegno preciso."¹³

Le giustificazioni portate dai responsabili politici Presidente Cogo, Assessori Grandi, Atz e Fontana e dai dirigenti Dr. Hofer, dott. Paoli e avv. Conci, che avrebbero dovuto preoccuparsi della mancata applicazione della legge, non sono convincenti e tali da attenuare la gravità dell'inadempienza, in particolare non può essere addotta come giustificazione il fatto che era *in fieri* l'attuazione delle deleghe delle competenze amministrative alle due Province autonome.

In particolare la Presidente della Giunta, alla precisa domanda formulata dalla Commissione, ha addossato all'assessore competente Grandi la responsabilità di non aver attivato il comitato medesimo ed ha aggiunto che nessuno degli Uffici ha mai sollevato questioni di legittimità in proposito.¹⁴

L'avv. Conci invece ha dichiarato alla Commissione che la Presidente, sollecitata solo verbalmente dallo stesso Conci circa la nomina del comitato, rispondeva che a tal fine avrebbe interpellato l'assessore Atz¹⁵.

¹³ Nota della dott.ssa Tassinari: "Appunto per il Segretario della Giunta regionale avv. Franco Conci" del 4 ottobre 1999. Allegato 9.

¹⁴ Dall'audizione della ex Presidente della Giunta Cogo del 22 gennaio 2002: "...Lei tenga presente che avevo un assessore competente, nel merito del caso che stiamo esaminando, che è stato Presidente di una Giunta regionale, che conosceva le procedure, che non ha ritenuto di costituirlo, nessuno degli uffici non ha mai sollevato illegittimità relativamente alla non costituzione del comitato..." Allegato 41.

¹⁵ Dall'audizione del Segretario generale della Giunta regionale avv. Franco Conci del 22 gennaio 2002: "...Quando è stata nominata la nuova Giunta, presieduta dalla dott.ssa Cogo, mi sono recato dalla Presidente dicendo: guardi, Presidente, che la legge prevede la costituzione - queste cose me le ha chieste il dott. Lo Sciuto, le ho già dette, le ripeto volentieri a voi - di un comitato che deve vagliare le iniziative e poi, sulle basi delle iniziative vagliate, si stende una relazione, una nota, eccetera, occorre la presenza di questo comitato. Le ho dette queste cose alla Presidente e mi ricordo che era presente l'avv. Olivo, Capo di Gabinetto. La Presidente mi ha risposto: va bene, ne parlerò con Atz. E' passato un mese circa e non è successo niente. Allora sono tornato dalla Presidente ho detto: Presidente, guardi che questo comitato non c'è. Rispose: sì, ne ho parlato con Atz, ma non ne vuole sapere. Parlando in questi giorni con Atz mi ha

Le responsabilità politiche in ordine alla costituzione del comitato ed al rigoroso rispetto della legge sono della Presidente Cogo, dei Vicepresidenti Atz e Grandi, dell'assessore Fontana e dell'intera Giunta regionale.

Alla Commissione risulta che la sola dott.ssa Tassinari abbia sollecitato per iscritto la necessità di adempiere a questo obbligo di legge.

La mancata costituzione del comitato e la mancata predisposizione del previsto programma annuale minano alla radice la legittimità di tutte le iniziative finanziate su questa legge ivi compreso lo stesso convegno di Mosca.

Si citano inoltre, a titolo di esempio, le numerose delibere riguardanti i Balcani (convegno, osservatorio sui Balcani, master) che hanno comportato un impegno di spesa di alcune centinaia di milioni di lire, il convegno sui giudici di pace sempre imputato a questa legge e le delibere relative alla messa a riposo del dott. Magagnotti con contemporanea assegnazione allo stesso di una atipica consulenza in materia di integrazione europea con la quale questo concetto viene esteso all'intero orbe terraqueo.

L'attribuzione delle competenze tra gli assessori aggrava i problemi sopra evidenziati.

Il decreto n. 63/A del 12 marzo 1999 distribuisce in maniera generica le competenze, assegnando, relativamente alla legge n. 10/88, in particolare al Vicepresidente Atz le seguenti competenze: "...interventi ai sensi della legge regionale n. 10 del 2 maggio 1988 e successive modificazioni..."; all'assessore Tarcisio Grandi: "...rapporti con l'Unione europea, accordo preferenziale Trentino-Alto Adige-Tirolo Vorarlberg; Alpe Adria..."; all'assessore Gino Fontana: "rapporti con le minoranze linguistiche".¹⁶

La genericità del primo decreto con la conseguente confusione relativamente alla gestione delle competenze e la scarsa chiarezza nell'utilizzazione dei capitoli di bilancio hanno portato, circa un anno dopo, ad un secondo decreto di ripartizione delle competenze, il decreto n. 35/A del 10 febbraio 2000, che pur ripartendo con precisione le singole competenze tra i tre assessori, evidenziava ulteriormente la gestione frammentaria della legge.¹⁷

Le competenze vengono distribuite in questo modo:

Al Vicepresidente e assessore Atz: "...vengono affidati gli interventi ai sensi del combinato disposto dagli artt. 5, commi 1 e 2, e 2, comma 1, lett. a), b), e), h), i) relativamente all'adesione ad organismi che perseguono finalità europeistiche,

detto: a me non ha mai parlato la Presidente di queste cose. Ripeto quello che mi ha detto il Vicepresidente Atz...." Allegato 40.

¹⁶ Decreto n. 63/A del 12 marzo 1999 "determinazione delle ripartizioni degli affari tra i singoli Assessori effettivi". Allegato 10

¹⁷ Decreto n. 35/A del 10.02.2000 "Modifica del D.P.G.R. n. 63/A del 12 marzo 1999 di ripartizione degli affari tra gli Assessori". Allegato 11:

ad esclusione di quelli che mirano alla cooperazione interregionale e transfrontaliera, j) relativamente alla diffusione dell'amicizia, dell'integrazione e della pace tra i popoli e dell'integrazione politica e della identità culturale europea, l), n), o), e p) del Testo unificato delle leggi regionali sulle iniziative per la promozione dell'integrazione europea e disposizioni per lo svolgimento di particolari attività di interesse regionale approvato con D.P.G.R. 23 giugno 1997, N. 8/L...";¹⁸

Al Vicepresidente e assessore Grandi: vengono affidati gli "...interventi ai sensi del combinato disposto dagli artt. 5, commi 1 e 2, e 2, comma 1 lett. c) concernente la promozione della collaborazione interregionale transfrontaliera, g) e i) relativamente all'adesione agli organismi, che mirano alla cooperazione interregionale e transfrontaliera del Testo unificato delle leggi regionali sulle iniziative per la promozione dell'integrazione europea e disposizioni per lo svolgimento di particolari attività di interesse regionale approvato con D.P.G.R. 23 giugno 1997, N. 8/L...";¹⁹

All'assessore Gino Fontana vengono affidati gli: "interventi ai sensi del combinato disposto dagli artt. 5, commi 1 e 2, e 2, comma 1, lett. d), f), j) relativamente alla valorizzazione delle minoranze etniche e m) del Testo unificato delle leggi regionali sulle iniziative per la promozione dell'integrazione europea e disposizioni per lo svolgimento di particolari attività di interesse regionale approvato con D.P.G.R. 23 giugno 1997, N. 8/L".²⁰

Con questo secondo decreto vengono anche attribuite all'assessore Fontana competenze di gestione di specifici capitoli di bilancio, dei quali in precedenza era privo.

I successivi decreti in materia non modificano la ripartizione delle competenze per quanto riguarda la legge sull'integrazione europea in particolare i decreti 450/A del 12.12.2000²¹ e 643/A del 5.12.2001²².

La mancanza di una gestione efficace, unitaria e chiara della legge viene perciò aggravata dalla ripartizione delle competenze fra tre assessori, senza che venga previsto alcun momento di coordinamento delle iniziative, già pesantemente carente in partenza per l'assenza del programma, pur previsto dalla legge.

All'attribuzione delle competenze fa seguito il decreto n. 136/A del 31 marzo 1999, "Collocazione delle Ripartizioni e Strutture equiparate alle dipendenze della Presidente e degli Assessori regionali"²³.

¹⁸ Vedi nota 17. Allegato 11

¹⁹ Vedi nota 17. Allegato 11

²⁰ Vedi nota 17. Allegato 11

²¹ Decreto 450/A del 12.12.2000 "Determinazione della ripartizione degli affari tra i singoli Assessori effettivi". Allegato 12.

²² Decreto 643/A del 5.12.2001 "Modifica del D.P.G.R. n. 450/A del 12 dicembre 2000 concernente il riparto degli affari tra Assessori." Allegato 13.

L'attribuzione degli affari relativi alla legge 10 a più assessori determina conseguentemente la collocazione delle ripartizioni e strutture equiparate alle dipendenze di più assessori, in particolare si evince che il Servizio Studi, rappresenta la struttura amministrativa alle dipendenze degli assessori Atz, Grandi e Fontana, mentre la Ripartizione Terza, Affari Finanziari, è affidata agli assessori Atz e Grandi.

Per quanto concerne la Ripartizione Terza, presso la quale è incardinato l'ufficio per l'accordo preferenziale Trentino-Alto Adige-Tirolo e Vorarlberg, è da rilevare che all'ufficio medesimo è stata attribuita la competenza di un Segretariato di Alpe Adria, che nel concreto svolge i compiti relativi alla collaborazione interregionale transfrontaliera per quanto riguarda Alpe Adria²⁴.

Tutto questo comporta che mentre la collaborazione transfrontaliera è un compito che la normativa regionale in vigore affida al Servizio Studi e Relazioni Linguistiche, viceversa le funzioni relative ad uno degli organismi interregionali, Alpe Adria, sono di competenza dell'Ufficio per l'Accordo Preferenziale, incardinato nella Ripartizione Terza, Affari Finanziari.

In sostanza un settore significativo della cooperazione transfrontaliera viene sottratto alla competenza naturale del Servizio Studi per essere affidato in modo improprio e con uno strumento improprio, una delibera della Giunta regionale invece che una modifica di legge, alla Ripartizione Terza, costituendo così una sorta di enclave amministrativa alle dirette ed esclusive dipendenze dell'assessore Grandi.

Contemporaneamente il funzionario dott. Davide Zaffi, dipendente dal Servizio Studi e Relazioni Linguistiche, viene sottratto dal punto di vista funzionale allo stesso Servizio per gestire di fatto compiti affidati alla Ripartizione Terza Affari Finanziari, ma non alle dipendenze del dirigente dott. Paoli, bensì dell'assessore Tarcisio Grandi.

Di fatto, questo funzionario non rispondeva al dirigente del Servizio Studi, né al dirigente della Ripartizione Terza Affari Finanziari, ma esclusivamente all'assessore Grandi.

Da ciò consegue che dell'attività svolta dal dott. Zaffi non erano adeguatamente informati né il dirigente dell'Ufficio Studi né il dirigente della Ripartizione Terza e quindi il dott. Zaffi svolgeva la propria attività direttamente in accordo con l'assessore Grandi, senza passare attraverso le strutture di appartenenza, anche se i dirigenti delle stesse firmavano le relative delibere.

²³ Decreto n. 136/A “Collocazione delle Ripartizioni e Strutture equiparate alle dipendenze della Presidente e degli Assessori regionali”. Allegato 14.

²⁴ Deliberazione n. 1094 del 24.09.1999 “Attivazione della quota parte del Segretariato Alpe Adria spettante alla Regione Autonoma Trentino-Alto Adige”. Allegato 15.

In questo contesto si segnala che le due delibere n. 916²⁵ e n. 1625²⁶, attinenti al convegno di Mosca, sono materialmente predisposte dal dott. Davide Zaffi, dipendente del Servizio Studi, ma non sono firmate dal dirigente dello stesso Servizio Dr. Hofer, come sarebbe stato corretto e naturale che fosse, bensì dal dott. Paoli, dirigente della Ripartizione Terza.

Questa confusione di ruoli e la sovrapposizione di incarichi hanno quindi determinato una deresponsabilizzazione dei dirigenti preposti alle strutture, realizzando un quadro organizzativo contrario alla legislazione relativa all'ordinamento del personale e degli uffici e allo spirito dei canoni della buona amministrazione.

Il quadro così delineato dimostra come sia stato possibile personalizzare ampi spazi della 'politica estera' condotta dalla Regione autonoma Trentino-Alto Adige-Südtirol al di fuori di un qualsiasi quadro programmatico e di condivisione e gestione politica della Giunta e di coinvolgimento corretto delle strutture nell'attività istruttoria legislativamente loro affidata.

Di riflesso riscontriamo ripercussioni sull'impostazione e gestione del bilancio.

In particolare, per quanto riguarda i capitoli dello stesso, va segnalato che, mentre in precedenza esistevano solo i capp. 305 dal titolo "Spese per la realizzazione di iniziative intese a favorire e sviluppare il processo di integrazione europea" e 310 dal titolo "Spese per la concessione di sovvenzioni a Comuni ed altri enti ed associazioni per iniziative intese a favorire e sviluppare il processo di integrazione politica europea", la gestione personalistica della legge 10, come sopra descritta, porta a creare nella corrente legislatura due nuovi capitoli di bilancio, il cap. 315 "Cooperazione interregionale ed europea: rapporti con associazioni ed organismi di cooperazione transfrontaliera; accordo preferenziale Trentino-Alto Adige – Tirolo – Vorarlberg; quote di adesione ad organismi europei" gestito totalmente dall'assessore Grandi, che nel bilancio 2001 aveva un importo pari a lire 1.700.000.000 e il cap. 320 "Spese per la promozione e la valorizzazione delle minoranze linguistiche regionali" gestito dall'assessore Fontana, che nel bilancio 2001 aveva un importo di lire 4.500.000.000. Va sottolineato anche il considerevole aumento, nelle ultime due legislature, degli stanziamenti di bilancio sui capitoli 305 e 310²⁷.

Si constata che nelle ultime due legislature, mentre attraverso una serie di modifiche legislative e di provvedimenti amministrativi si accentua una gestione personalistica della legge e si indeboliscono i sistemi di controllo e di

²⁵ Deliberazione n. 916 del 25.06.2001 "Realizzazione di iniziative e programmi di collaborazione interregionale con realtà istituzionali dell'Est Europeo. Secondo semestre 2001". Allegato 16.

²⁶ Deliberazione n. 1625 del 14.11.2001 "Modifica alla deliberazione n. 916 del 25.06.2001 relativa alla organizzazione di un seminario sul regionalismo". Allegato 17.

²⁷ Prospetto inerenti gli stanziamenti dei capp. 305 e 310 dal 1994 al 2002 ex rendiconti 1994 fino al bilancio -2001. Allegato 50.

professionalità, contemporaneamente si registra un considerevole aumento del finanziamento dei capitoli di bilancio: in sintesi, più denaro e meno regole.

E' opportuno, per la migliore comprensione dei problemi che le delibere relative al convegno di Mosca, n. 916²⁸ e n. 1625²⁹ sottendono, riferire quanto la Commissione ha accertato a proposito dei comportamenti dell'Amministrazione regionale attraverso un accurato ed approfondito esame di documenti acquisiti e di fatti e circostanze emersi.

In generale si evidenzia la circolare n. 190/SGA del 14 luglio 1994 del Segretario generale Dr. Günther Putz circa la procedura di formazione dei provvedimenti deliberativi³⁰.

In tale circolare si segnalava la necessità del rispetto di modalità e tempi delle proposte di deliberazione per il loro inserimento nell'ordine del giorno della Giunta regionale.

Inoltre la circolare metteva in rilievo che le proposte di deliberazione dovessero essere presentate in triplice copia all'Ufficio Affari generali e che il testo corredato da eventuali allegati doveva risultare completo in ogni parte, mentre l'oggetto del provvedimento doveva essere chiaramente formulato evitando la mera citazione di precedenti deliberazioni o di leggi regionali.

A tal proposito si evidenzia che la delibera n. 1625³¹ che nomina il funzionario delegato Davide Zaffi per il convegno di Mosca indica come oggetto: "Modifica alla deliberazione n. 916 del 25.06.2001 relativa all'organizzazione di un seminario sul regionalismo" e non il vero oggetto della delibera che è la nomina del funzionario delegato.

Sempre a seguito della circolare sopra citata, l'Ufficio affari generali deve provvedere, dopo la protocollazione della proposta di deliberazione, ad inoltrare agli uffici della Ragioneria per il visto di competenza i provvedimenti recanti o comportanti impegni di spesa.

Infine la circolare prescriveva che all'ordine del giorno della Giunta regionale fossero inserite unicamente le proposte predisposte correttamente per quanto concerne il testo, gli allegati, le firme, nonché il visto della Ragioneria nei casi specificamente indicati.

Si segnala inoltre la circolare prot. n. 16627-SGA del 7 ottobre 1999 a firma del Vicesegretario generale avv. Edith Engl³², nella quale si denunciava il particolare ripetutamente rilevato che le proposte di deliberazione non

²⁸ Vedi nota 25. Allegato 16.

²⁹ Vedi nota 26. Allegato 17.

³⁰ Circolare n. 190/SGA del 14 luglio 1994 a firma del Segretario generale Dr. Günther Putz con oggetto: "procedura di formazione dei provvedimenti deliberativi". Allegato 42.

³¹ Vedi nota 26. Allegato 17.

³² Circolare prot. 16627-SGA del 7 ottobre 1999 a firma dell'avv. Engl. Allegato 43.

risultavano sufficientemente motivate né in termini di diritto né in termini di fatto ed addirittura in alcune circostanze “i provvedimenti, nonostante la prolissità, la retorica e l'apparente erudizione del testo, appaiono del tutto privi di una qualsiasi motivazione” ed ancora che “le proposte di deliberazione con frequente crescita risultano formulate in modo ambiguo, non preciso e poco trasparente con riferimenti non esaustivi a precedenti deliberazioni o a leggi regionali identificate, le une e le altre, solo con il numero e la data e non con l'oggetto e il titolo”.

Si richiamava inoltre i dirigenti sulla necessità dell'adeguata motivazione dei provvedimenti, rispettando correttamente i tempi e le modalità di presentazione al fine del loro inserimento all'ordine del giorno delle sedute della Giunta regionale e si raccomandava infine i responsabili delle strutture proponenti ad un'attenta verifica di conformità degli atti amministrativi alle norme di legge e regolamentari, ricordando che la responsabilità della legittimità del provvedimento rientra nella competenza di dirigenti, direttori, oltre che degli amministratori pubblici.

Va opportunamente segnalato il fatto emerso nell'audizione dell'avv. Engl che la circolare sopra citata fosse stata emessa dal Vicesegretario generale avv. Engl quando il Segretario generale avv. Conci si trovava in ferie, perché lo stesso non aveva mai voluto farla in precedenza³³.

Relativamente alla questione del visto preventivo della Ragioneria, l'assessore Atz inoltrava una richiesta di parere all'Avvocatura distrettuale dello Stato sui compiti della Ragioneria regionale, e più precisamente se questa nell'apposizione del visto preventivo si dovesse limitare, per quanto concerne le proposte di deliberazione comportanti spese, all'accertamento dell'esistenza dei fondi e all'esatta imputazione della spesa sull'apposito capitolo o se il controllo della Ragioneria dovesse avere più vasta portata, comprendendo anche la valutazione della conformità alle leggi della proposta di delibera.

L'Avvocatura distrettuale dello Stato, con nota 13 marzo 2000, prot. n. 1042³⁴, concludeva il proprio parere in questo modo: “si deve senz'altro ritenere che la competenza della Ragioneria regionale sia in occasione dell'esame sulle proposte, sia in occasione dell'esame delle deliberazioni adottate non possa esaurirsi nei meri riscontri contabili, ma si debba estendere agli altri accennati profili, quelli cioè della conformità alle leggi e, occorrendo, della migliore proficuità della spesa”.

Malgrado le previsioni formalizzate nelle citate circolari, i destinatari delle medesime non sempre hanno ottemperato a quanto ivi disposto; infatti nel

³³ Dall'audizione della Vicesegretario della Giunta regionale avv. Edith Engl del 17 gennaio 2002: “In quel periodo, quando l'ho sostituito, era sicuramente assente e l'ho fatta (la circolare) perché lui non la faceva”. Allegato 44.

³⁴ Parere dell'Avvocatura dello Stato inerente i compiti della Ragioneria generale del 13 marzo 2000. Allegato 45.

corso degli anni si è fatto spesso ricorso a quello che può essere definito un malcostume amministrativo delle cosiddette “delibere fuori sacco”.

La delibera fuori sacco non viene inserita all’ordine del giorno della Giunta, ma viene presentata alla discussione ed alla valutazione della Giunta all’ultimo momento, senza il controllo preventivo della Ragioneria e della Segreteria generale, vanificando pertanto qualsiasi forma di controllo di carattere preventivo da parte degli Uffici a ciò preposti.

Con riferimento a quanto sopra la Commissione rileva che la delibera n. 1625 è stata presentata al vaglio della Giunta regionale come una delibera fuori sacco e che pertanto non è stata sottoposta ai controlli preventivi della Ragioneria e del Segretario generale.

A tal proposito si evidenzia il fatto che il ricorso alla presentazione delle delibere fuori sacco ha avuto in questi ultimi anni il trend come dal seguente prospetto.

ANNO 1993

DELIBERAZIONI DELLA GIUNTA REGIONALE ADOTTATE NELL'ANNO 1993	DELIBERAZIONI COMPRESSE NEGLI ORDINI DEL GIORNO	DELIBERAZIONI NON COMPRESSE NEGLI ORDINI DEL GIORNO	% DELIBERAZIONI FUORI ORDINE DEL GIORNO RISPETTO AL TOTALE DI DELIBERAZIONI ADOTTATE
N. 1982	N. 1906	N. 76	3,83

ANNO 1996

DELIBERAZIONI DELLA GIUNTA REGIONALE ADOTTATE NELL'ANNO 1996	DELIBERAZIONI COMPRESSE NEGLI ORDINI DEL GIORNO	DELIBERAZIONI NON COMPRESSE NEGLI ORDINI DEL GIORNO	% DELIBERAZIONI FUORI ORDINE DEL GIORNO RISPETTO AL TOTALE DI DELIBERAZIONI ADOTTATE
N. 2808	N. 2571	N. 237	8,44

ANNO 1997

DELIBERAZIONI	DELIBERAZIONI	DELIBERAZIONI	% DELIBERAZIONI
---------------	---------------	---------------	-----------------

DELLA GIUNTA REGIONALE ADOTTATE NELL'ANNO 1997	COMPRESSE NEGLI ORDINI DEL GIORNO	NON COMPRESSE NEGLI ORDINI DEL GIORNO	FUORI ORDINE DEL GIORNO RISPETTO AL TOTALE DI DELIBERAZIONI ADOTTATE
N. 2190	N. 2033	N. 157	7,16

ANNO 1998

DELIBERAZIONI DELLA GIUNTA REGIONALE ADOTTATE NELL'ANNO 1998	DELIBERAZIONI COMPRESSE NEGLI ORDINI DEL GIORNO	DELIBERAZIONI NON COMPRESSE NEGLI ORDINI DEL GIORNO	% DELIBERAZIONI FUORI ORDINE DEL GIORNO RISPETTO AL TOTALE DI DELIBERAZIONI ADOTTATE
N. 2089	N. 1977	N. 112	5,36

ANNO 1999

DELIBERAZIONI DELLA GIUNTA REGIONALE ADOTTATE NELL'ANNO 1999	DELIBERAZIONI COMPRESSE NEGLI ORDINI DEL GIORNO	DELIBERAZIONI NON COMPRESSE NEGLI ORDINI DEL GIORNO	% DELIBERAZIONI FUORI ORDINE DEL GIORNO RISPETTO AL TOTALE DI DELIBERAZIONI ADOTTATE
N. 1651	N. 1565	N. 86	5,20

ANNO 2000

DELIBERAZIONI DELLA GIUNTA REGIONALE ADOTTATE NELL'ANNO 2000	DELIBERAZIONI COMPRESSE NEGLI ORDINI DEL GIORNO	DELIBERAZIONI NON COMPRESSE NEGLI ORDINI DEL GIORNO	% DELIBERAZIONI FUORI ORDINE DEL GIORNO RISPETTO AL TOTALE DI DELIBERAZIONI ADOTTATE
N. 1644	N. 1526	N. 118	7,17

ANNO 2001

DELIBERAZIONI DELLA GIUNTA REGIONALE ADOTTATE NELL'ANNO 2001	DELIBERAZIONI COMPRESSE NEGLI ORDINI DEL GIORNO	DELIBERAZIONI NON COMPRESSE NEGLI ORDINI DEL GIORNO	% DELIBERAZIONI FUORI ORDINE DEL GIORNO RISPETTO AL TOTALE DI DELIBERAZIONI ADOTTATE
N. 1916 (+ 12)	N. 1778	N. 138 (+ 12)	7,20 (7,78)

- III° IL CONVEGNO DI MOSCA -

In via preliminare pare opportuno inquadrare giuridicamente in che ambito, con quali modalità e con quali eventuali vincoli possa essere effettuata da parte della Giunta regionale una sorta di politica estera.

A tal proposito si segnala il parere espresso dalla Avvocatura dello Stato sulla cosiddetta "potestà estera" delle Regioni: "Trattasi di materia disciplinata da un quadro normativo in via di evoluzione, caratterizzato dalla recente adozione di riforme strutturali (decentramento di funzioni statali attuato dalla c.d. riforma Bassanini) non ancora compiutamente attuate e tradotte in disposizioni esecutive. La materia è stata, peraltro, anche oggetto di ripetuti interventi della Corte Costituzionale, la quale ha chiaramente individuato i principi regolatori dell'esercizio di tali potestà regionali (a partire dalla sent. n. 46/1961 e fino alle più recenti nn. 179/87, 564/88, 343/96, 19/97, e 332/1998). In sintesi, secondo la Consulta, due sono i principi fondamentali in materia:

1. le regioni (anche a statuto speciale) possono svolgere all'estero *attività promozionali* - nonché *attività di mero rilievo internazionale* - nelle sole *materie di loro competenza*;
2. in considerazione della esclusiva competenza statale nell'esercizio delle funzioni afferenti ai rapporti internazionali ed in attuazione del principio di leale collaborazione (art. 5 della Costituzione), l'attività estera delle regioni viene assoggettata ad obblighi che *previa intesa, assenso o, quanto meno di comunicazione con le autorità governative centrali.*

Ai suddetti principi si sono uniformati sia il legislatore (art. 4, 2. comma del D.P.R. n. 616/77) sia il Governo, quest'ultimo mediante l'adozione di disposizioni di indirizzo e coordinamento vincolanti anche per le regioni a statuto speciale (D.P.C. 11 marzo 1980 e D.P.R. 31 marzo 1994), con le quali si è confermata la necessità del previo coordinamento governativo.

Senonché, con legge 15 marzo 1997, n. 59 (legge Bassanini sul decentramento e sulla semplificazione amministrativa) - e nella prospettiva di un ridisegnamento dei contorni della funzione statale di indirizzo e coordinamento - il citato 2. comma dell'art. 4 è stato espressamente abrogato (v. art. 8 L. 59/97). Dal che non pare, tuttavia, possa farsi discendere la cessazione di qualsiasi vincolo o limitazione all'esercizio dei poteri esteri delle Regioni. Invero, emerge da una corretta lettura delle disposizioni della legge "Bassanini", la chiara volontà legislativa di sostituire il modello di coordinamento previgente

con un altro, diverso ma equipollente dal punto di vista della concretizzazione del principio, di matrice costituzionale, di leale cooperazione.

Pertanto, nell'attuale situazione intertemporale di transito verso le nuove forme di cooperazione prefigurate dalla riforma "Bassanini", mantengono sicuro valore di riferimento i sopra enunciati principi costituzionali, così come modellati dalla Consulta nei confronti delle varie manifestazioni di esercizio di "potestà estera" delle Regioni."³⁵.

Il convegno di Mosca viene realizzato sulla base di due delibere della Giunta regionale, la n. 916 del 25 giugno 2001 e la 1625 del 14 novembre 2001.

La prima, è una delibera generale riguardante "Realizzazione di iniziative e di programmi di collaborazione interregionale con realtà istituzionali dell'Est europeo. Secondo semestre del 2001" e prevede una spesa complessiva di 250 milioni così suddivisa: convegni 160 milioni, visite di studio 60 milioni, pubblicazioni 20 milioni, spese imprevidite 10 milioni.³⁶

La delibera presenta elementi di genericità in quanto non precisa nessuna iniziativa che si intenda realizzare.

Nel corso dell'istruttoria, è stato fatto pervenire alla Commissione un documento definito dall'assessore Grandi "allegato alla delibera".

In questo "allegato", dal titolo "Programma delle iniziative di cooperazione interregionale nell'area post-sovietica giugno-dicembre 2001", composto da tre cartelle, si descrivono brevemente 5 iniziative in programma, tra le quali anche un seminario sulla regione Moldova, da organizzare in collaborazione con l'Università Umanistica di Mosca.³⁷

Tale allegato, secondo il dott. Paoli, dirigente della Ripartizione Terza, come risulta dalla lettera da lui inviata alla Commissione in data 14 febbraio 2001 "costituisce presupposto e motivazione della citata deliberazione". Il dott. Paoli aggiunge che la deliberazione "non avrebbe altrimenti avuto ragione di essere, come pure il preventivo di spesa".³⁸

La Commissione ha accertato che l'allegato che è stato consegnato è privo di data, di protocollo, di firma e che la delibera non fa alcun riferimento all'allegato in questione.

Quindi non c'è nessun elemento che attesta che tale documento fosse effettivamente allegato alla delibera.

³⁵ Parere dell'Avvocatura distrettuale dello Stato in ordine ad "azioni della Regione a favore delle minoranze linguistiche tedesche in Ungheria". Allegato 46.

³⁶ Vedi nota 25. Allegato 16.

³⁷ Nota dd. 11 febbraio 2002 a firma del Vicepresidente Grandi con allegato il: "programma di iniziative di cooperazione interregionale nell'area post-sovietica giugno-dicembre 2001". Allegato 39.

³⁸ Nota a firma dott. Adriano Paoli dd. 14 febbraio 2002, prot. Cons. reg. 8059. Allegato 18.

Infatti se questo documento, come afferma lo stesso dirigente responsabile che ha firmato la delibera, avesse costituito presupposto e motivazione della delibera stessa, avrebbe dovuto essere citato in delibera ed avrebbe dovuto presentare i necessari elementi di legittimazione quali data, protocollo e firma.

La Commissione quindi esclude che il documento sopra citato fosse effettivamente allegato alla delibera.

Pertanto gli elementi di genericità della delibera rimangono inalterati.

Con la seconda delibera, la n. 1625 del 14 novembre 2001, che vede l'astensione dell'Assessora Zendron, dal titolo "Modifica alla deliberazione n. 916 del 25.6.2001 relativa alla organizzazione di un seminario sul regionalismo", la Giunta regionale provvede a nominare il dott. Davide Zaffi funzionario delegato e autorizza "un'apertura di credito a favore del funzionario del Servizio Studi, Davide Zaffi, pari all'importo di lire 40.000.000 per il pagamento delle spese, che dovranno risultare da idonea documentazione di spesa, di 'vitto, alloggio, trasporti e traduzioni' relative al convegno 'No war no peace: Moldavian Perspectives'".³⁹

Si osserva in primo luogo che la delibera in parola è estremamente generica, in quanto a proposito di questo convegno, per il quale si stanziavano 40 milioni, si cita soltanto il titolo, omettendo il luogo, la data di svolgimento, i relatori presenti, i contenuti e gli obiettivi del convegno stesso.

In secondo luogo, la delibera non viene inserita all'ordine del giorno della Giunta, ma, come si dice in gergo, viene portata "fuori sacco", vale a dire che viene presentata alla discussione ed alla valutazione della Giunta all'ultimo momento, senza il controllo preventivo della Ragioneria e della Segreteria generale.

Nel caso specifico di questa delibera, va ricordato che la Commissione, nel corso delle audizioni, ha accertato che essa in una sua prima stesura era stata sottoposta dal dott. Zaffi, estensore della medesima, all'attenzione della Ragioneria⁴⁰.

In questa prima stesura l'importo di spesa previsto era di lire 30.000.000.

La Ragioneria suggeriva al dott. Zaffi di motivare meglio la delibera, in quanto la stessa era troppo generica.

La stesura finale della delibera, invece, non sarà più sottoposta dal dott. Zaffi alla valutazione della Ragioneria, prevederà l'aumento dell'importo da 30 a 40 milioni e non presenterà ulteriori motivazioni, come richiesto dalla Ragioneria, ma risulterà ancora più generica e carente di motivazioni rispetto alla prima

³⁹ Vedi nota 26. Allegato 17.

⁴⁰ Bozza della delibera n. 1625. Allegato 19.

stesura, togliendo addirittura le frasi: “il Convegno avrà luogo a Mosca il 23 e 24 novembre 2001” e “in collaborazione con l’Università Umanistica di Mosca”.

Nelle audizioni è emerso che il dott. Grandi e il dott. Zaffi hanno giustificato la carenza di informazioni e motivazioni della deliberazione n. 1625 con il fatto che la stessa si limitasse solamente alla nomina del funzionario delegato e che le informazioni e le motivazioni fossero specificate nella delibera “quadro” n. 916.

In realtà questa delibera “quadro”, come la Commissione ha più sopra dimostrato, risulta essere assolutamente carente di motivazione.

Il funzionario delegato, particolare figura prevista nella pubblica amministrazione, ha normalmente il compito di provvedere al pagamento delle spese di gestione a carico delle sedi periferiche di un’amministrazione.

La Regione ha utilizzato alcune volte questa figura anche per missioni all’estero⁴¹.

La delibera che nomina il dott. Zaffi funzionario delegato prevede che il medesimo debba presentare “un dettagliato rendiconto delle spese sostenute”⁴².

A questo proposito, come avremo modo di illustrare più avanti nel corso di questa relazione, tale rendiconto⁴³, pur essendo stato fornito alla Ragioneria in data 14 gennaio 2002 è stato ritenuto dalla stessa insufficiente per la mancanza della dettagliata relazione di ogni spesa effettuata⁴⁴.

La Ragioneria ha affermato che il dott. Zaffi ha insistito per essere nominato funzionario delegato, in quanto, a giudizio del medesimo, non esistevano altre modalità per affrontare le spese del convegno a Mosca.

Dalle informazioni acquisite in sede di audizione risulta alla Commissione che fossero possibili altre modalità rispetto a quella di disponibilità di denaro contante da parte del funzionario delegato per provvedere al pagamento delle spese attinenti al convegno di Mosca.

Il dott. Zaffi, a questo proposito, ha precisato che la Ragioneria non gli ha prospettato altre forme di pagamento diverse da quelle di denaro contante.

Risulta peraltro che il dott. Zaffi non abbia nemmeno chiesto se ci fossero altre modalità di pagamento.

⁴¹ Legge regionale 9 maggio 1991, n. 10 – art. 50: Funzionario delegato. Allegato 20

⁴² Legge regionale 9 maggio 1991, n. 10 – art. 51 Rendiconti dei funzionari delegati. Allegato 21.

⁴³ Rendiconto del funzionario delegato dott. Zaffi pervenuto alla Ragioneria in data 14 gennaio 2002. Allegato 47.

⁴⁴ Corrispondenza intercorsa fra i dirigenti della Ragioneria e il dott. Zaffi nei giorni 18 e 19 febbraio 2002 e nota esplicativa del dott. Zaffi di data 22 febbraio 2002. Allegato 48.

Alla stessa Commissione la signora Petrucheva S.B., segretaria amministrativa del dipartimento per le relazioni esterne dell'Università Umanistica statale russa, nel corso dell'incontro avvenuto in data 4 marzo 2002 ha riferito che era possibile aprire un conto corrente presso l'Università medesima.

La Commissione ritiene che dovevano essere verificate e praticate altre strade per il pagamento del convegno di Mosca.

Sulla base della delibera n. 1625 il dott. Zaffi ha ritirato, previa le autorizzazioni di rito, presso la CARITRO, tesoriere della Regione, la somma di 17.950 dollari USA in data 20 novembre 2001 corrispondenti a lire 40.000.000 come previsto in delibera.

Per quanto riguarda gli obblighi valutari, la legge italiana prevede la dichiarazione di esportazione e di importazione qualora la valuta superi la somma di lire 20 milioni.

Per quanto riguarda la legge russa sussiste l'obbligo, all'ingresso, di compilare una dichiarazione della valuta e dei valori trasportati e, in uscita, un'ulteriore dichiarazione della valuta rimasta con allegato i documenti giustificativi delle spese effettuate.

L'incarico di funzionario delegato per una missione all'estero e per una somma così consistente avrebbe comportato, in primo luogo, la conoscenza da parte dello stesso delle leggi valutarie in vigore in Italia e in Russia.

La Commissione ha invece accertato che il dott. Zaffi non si è informato a proposito né presso la banca che svolge funzioni di tesoreria, né presso l'agenzia viaggi, né presso il Consolato russo di Milano presso il quale si è recato prima della partenza, né presso la Ragioneria.

Il dott. Zaffi si è giustificato dicendo che nessuno lo ha informato circa l'esistenza di queste leggi.

La Ragioneria peraltro, per quanto attiene al rispetto delle disposizioni valutarie nazionali, ha affermato di aver ricordato al dott. Zaffi la sussistenza dell'obbligo di adempiere alla dichiarazione valutaria.

Questa segnalazione da parte della Ragioneria al dott. Zaffi è provata da tre testimonianze.

A giudizio della Commissione, l'Amministrazione regionale (in primo luogo l'Assessore Grandi e il Dirigente della Struttura dott. Paoli, firmatari della delibera con cui si nomina il dott. Zaffi funzionario delegato) avrebbe dovuto verificare se il funzionario delegato fosse in possesso delle conoscenze necessarie per assolvere al delicato incarico.

In ogni caso la Commissione ritiene che il funzionario delegato, cui è affidata la responsabilità di portare e gestire denaro pubblico in contanti all'estero, dovesse necessariamente informarsi sulle leggi che regolano la materia.

La Commissione ritiene gravi e deprecabili questi comportamenti.

La Commissione ritiene anche che il dott. Zaffi, essendo esperto in questioni internazionali, avendo compiuto per conto della Regione numerosi viaggi all'estero⁴⁵, come risulta dalla tabella alla pagina successiva, ed essendo stato nominato in precedenza funzionario delegato all'estero⁴⁶, dovesse necessariamente conoscere l'esistenza di leggi che disciplinano l'esportazione e l'importazione di valuta.

La Commissione ritiene incomprensibile e non giustificabile tutto questo.

⁴⁵ Moduli indennità e rimborsi per trasferte. Allegato 22.

⁴⁶ Convegno "Autonomia su base etnica" a Chisinau – Moldavia dal 2 al 4 dicembre 1999. Apertura di credito n. 3949 del 29.11.1999 di lire 20.000.000.

TABELLA RIASSUNTIVA DEI VIAGGI ALL'ESTERO EFFETTUATI DAL DOTT. ZAFFI 1996-2001

DAL	AL	DESTINAZIONE
2.12.1996	6.12.96	FLENSBURG - D
14.11.1996	16.11.1996	KLAGENFURT . A
28.08.1997	31.08.1997	SPLIT - HR
17.09.1997	27.09.1997	KESZTHEI - H
14.10.1997	17.10.1997	BUDAPEST - H
21.11.1997	21.11.1997	INNSBRUCK - A
23.11.1997	23.11.1997	SIOFOK - H
9.12.1997	11.12.1997	VIENNA - A
26.03.1998	29.03.1998	CLUJ - RO
05.05.1998	07.05.1998	BUDAPEST - H
18.05.1998	24.05.1998	BUCAREST - RO
20.08.1998	23.08.1998	BORNEMONTH - GB
09.09.1998	14.09.1998	VAASA - SF
11.12.1998	12.12.1998	KLAGENFURT - A
14.12.1998	15.12.1998	INNSBRUCK - A
03.02.1999	07.02.1998	BRUXELLES - B
13.03.1999	19.03.1999	JUGOSLAVIA E BULGARIA
21.03.1999	23.03.1999	BUDAPEST - H
19.04.1999	22.04.1999	ZAGABRIA - HR
12.05.1999	16.05.1999	HADERSLEV - DK
24.07.1999	24.07.1999	CHISINAU - MD
19.08.1999	22.08.1999	BORNEMONTH - GB
25.08.1999	29.08.1999	ALBAJULIA - RO
20.10.1999	22.10.1999	CHISINAU - MD
04.011.1999	05.11.1999	LJUBLIANA - SLO
16.11.1999	18.11.1999	CHISINAU - MD
01.12.199	05.12.1999	CHISINAU - MD
16.12.1999	17.12.1999	KLAGENFURT - A
20.01.2000	25.01.2000	VALEAPIERRJII - MD
17.02.2000	20.02.2000	BRUXELLES - B
29.03.2000	31.03.2000	POLA - HR
18.04.2000	23.04.2000	TALLIN - EST
17.05.2000	21.05.2000	ODESSA - UA
26.06.2000	29.06.2000	TALLIN - EST
10.07.2000	12.07.2000	STRASBURGO - F
28.07.2000	30.07.2000	BUCAREST - RO
06.11.2000	12.11.2000	NARVA - EST NOVOGRAD - RUS
29.11.2000	3.12.2000	CHISINAU - MD
04.12.2000	05.12.2000	ZAGABRIA - HR
06.12.2000	09.12.2000	SENAIOKI - SF
06.09.2001	09.09.2001	CHISINAU - MD
13.09.2001	17.09.2001	TIMISOARA - RO
19.09.2001	22.09.2001	BILBAO - E
07.11.2001	10.11.2001	TALLIN - EST
21.11.2001	XX.XX.2001	MOSCA - RSU

- IV° PUBBLICITA' DEL CONVEGNO -

Per quanto riguarda la pubblicità del convegno, risulta che erano state ordinate alla tipografia della Regione n. 1000 copie di uno stampato con il programma del convegno in lingua inglese e russa⁴⁷.

Il direttore dell'Ufficio Servizi generali, avv. Franco Beber ha accertato che il Centro stampa della Regione, per motivi d'urgenza, ha provveduto alla stampa di n. 100 copie per il 20 novembre, giorno precedente della partenza per Mosca del dott. Zaffi, ma che poi il materiale preparato non è più stato ritirato: "Trascorsa circa una settimana senza che nessuno si fosse presentato per ritirare i depliant, ritenendo che gli stessi fossero di ingombro, e che, essendosi già svolto il convegno, ormai non fossero più utilizzabili, (come dichiarato alla Commissione dal sig. Fruet, a quel tempo responsabile del Centro stampa) decise di gettare il materiale nel raccoglitore della carta da macero"⁴⁸.

La Commissione depreca tale comportamento che evidenzia lo spreco di materiale, l'impiego inutile di persone, di strutture, la superficialità e la non curanza nella gestione delle risorse pubbliche e nell'organizzazione dell'iniziativa.

Ancora in relazione alla pubblicizzazione del convegno, si è potuto constatare che né l'Ufficio pubbliche relazioni, né gli addetti all'Ufficio stampa della Regione, sono stati attivati per l'organizzazione e la divulgazione dell'iniziativa.

In particolare si segnala che la signora Paola Sembenotti, collaboratrice dell'Ufficio stampa dell'Amministrazione regionale, ha dichiarato, con nota del 15 febbraio 2002 inviata alla Commissione, che: "il dott. Zaffi telefonò alla sottoscritta dicendo che il Vicepresidente dott. Grandi non era interessato a far divulgare la notizia del convegno a Mosca"⁴⁹.

Trattandosi di un'iniziativa a cui si attribuiva notevole importanza, trattandosi del primo convegno che la Regione organizzava a Mosca con la collaborazione dell'Università Umanistica di Mosca, su una tematica politicamente significativa, sarebbe stato logico attendersi che ne fosse informata l'opinione pubblica con il dovuto risalto.

La Commissione ritiene singolare e ingiustificabile tale comportamento.

⁴⁷ Richiesta di lavorazione per n. 1000 copie del programma del "convegno di Mosca". Allegato 23.

⁴⁸ Nota avv. Beber dd. 11 febbraio 2002: Ulteriori chiarimenti attività "Centro stampa e duplicazione" per "caso Mosca". Allegato 24.

⁴⁹ Nota sig. Sembenotti del 15.02.2002. Allegato 25.

- V° PARTENZA -

Il dott. Zaffi parte alle ore 14.20 dall'aeroporto Marco Polo di Venezia per giungere a Mosca alle ore 22.45 con il volo Lufthansa LH 3226 via Francoforte⁵⁰.

E' accompagnato dal dott. Fernando Orlandi, fondatore e Presidente del Centro Studi sulla storia dell'Europa Orientale, coorganizzatore del convegno di Mosca.

Il dott. Zaffi ha dichiarato di non aver ricevuto sull'aereo il modulo sul quale si deve dichiarare dati anagrafici, soldi e beni in possesso e che solitamente viene distribuito dal personale di bordo ai viaggiatori affinché lo compilino e all'arrivo all'aeroporto lo facciano vistare e timbrare e quindi lo conservino per poterlo poi ripresentare alla dogana al momento del ritorno per dimostrare che l'eventuale valuta e valori che il viaggiatore porta con sé al momento della partenza sono il rimanente di quanto aveva all'arrivo⁵¹.

Anche il dott. Orlandi ha dichiarato alla Commissione di non aver ricevuto il modulo.

Rispondendo ad una richiesta del 29 gennaio della Commissione, la Lufthansa, tramite il proprio rappresentante per il Triveneto, ha dichiarato che: "Durante il volo LH 3226 da Francoforte a Mosca in data 21 novembre 2001 è stato fatto un annuncio, come da nostra prassi, in tedesco e in inglese e udibile in tutto l'aeromobile e, subito dopo, il nostro personale di bordo ha iniziato la consegna a tutti i passeggeri dei formulari per eventuali dichiarazioni ai fini doganali."

Va precisato che la sottolineatura relativa a "tutti i passeggeri" è della stessa Lufthansa⁵².

La Commissione stessa ha accertato che nel corso del proprio viaggio per Mosca (tratto Vienna-Mosca con la compagnia Austrian-Airlines), il personale di volo consegna a ciascun passeggero due copie del modulo per la dichiarazione doganale, una da utilizzare all'entrata, l'altra da utilizzare all'uscita.

La Commissione ha accertato, inoltre, che i viaggiatori sono invitati, attraverso l'altoparlante, in lingua tedesca ed inglese, a prestare attenzione alla compilazione del modulo.

Il personale di bordo, interpellato dalla Commissione, ha dichiarato che la distribuzione del modulo relativa alla dichiarazione doganale è un'operazione tassativa simile alle istruzioni che vengono date prima del decollo in caso di emergenza.

⁵⁰ Copia dell'orario dei voli a/r del dott. Zaffi. Allegato 26.

⁵¹ Fac-simile del modulo da presentare alla dogana russa. Allegato 27.

⁵² Dichiarazione della Lufthansa dd. 22.02.2002 inerente la consegna dei formulari ai fini della dichiarazione doganale. Allegato 28

Relativamente all'obbligo della dichiarazione doganale va ricordato che lo stesso è segnalato con evidenza sulle guide turistiche più diffuse⁵³.

Inoltre le stesse informazioni sugli obblighi valutari sono riportate anche su siti internet⁵⁴.

All'aeroporto di Mosca i viaggiatori in arrivo devono superare un primo controllo relativo al passaporto e al visto e un secondo controllo doganale.

La Commissione ha accertato le procedure in uso e la cartellonistica presenti in questo aeroporto.

Riteniamo opportuno dare di ciò una descrizione dettagliata.

Il primo controllo, quello dei passaporti, viene effettuato attraverso tre distinti sportelli: uno riservato ai cittadini russi, un altro al corpo diplomatico, un terzo ai cittadini stranieri.

Il controllo passaporti viene effettuato in modo scrupoloso e ciò determina l'accesso uno alla volta dei passeggeri all'area successiva.

Superato il controllo passaporti il viaggiatore entra nell'area successiva dove si ritirano i bagagli. In quest'area, sopra ogni nastro che porta i bagagli sono collocati vistosi cartelli (vedi foto) in lingua inglese e russa⁵⁵.

In questi cartelli è scritto:

“COME SI PASSA PER IL CONTROLLO DOGANALE

Corridoio verde

Se non ha niente da dichiarare passi per il corridoio verde

Corridoio rosso

Se ha:

- **oggetti, valuta o valori da dichiarare**
- **oggetti, duty free in eccesso della quantità concessa e del valore concesso**
- **merce commerciale**

Lei deve passare per il corridoio rosso

Se è in dubbio prende il corridoio verde dove un ufficiale doganale la assisterà e le fornirà informazioni sulle procedure riguardanti le formalità doganali per bagagli non accompagnati, ritardati o mancanti”.

⁵³ Guida Touring Club Italiano Mosca e San Pietroburgo.

⁵⁴ Sito internet www.sheremetyevo-airport.ru/rus.

⁵⁵ Fotografia della cartellonistica inerente i controlli doganali. Allegato 49.

Il viaggiatore dopo aver ritirato il proprio bagaglio, fatti pochi metri, si trova davanti al posto di dogana articolato in due accessi: uno è il corridoio verde e l'altro il corridoio rosso.

Ambedue i corridoi sono evidenziati in modo inconfondibile con due enormi scritte, una di colore verde e l'altra di colore rosso.

Scegliere il corridoio verde significa "non avere nulla da dichiarare", scegliere il corridoio rosso significa "avere qualcosa da dichiarare".

Il viaggiatore che passa per il corridoio verde non deve presentare il modulo, mentre il viaggiatore che passa per il corridoio rosso deve presentare il modulo che viene timbrato, vistato e restituito. Inoltre, in questo caso è molto alta la probabilità che gli sia controllato anche il bagaglio.

Il viaggiatore, che passa per il corridoio verde, può essere comunque soggetto a controllo personale e del bagaglio.

Qualora il viaggiatore, per un qualsiasi motivo, fosse privo di modulo e avesse l'obbligo della dichiarazione doganale può trovarne uno posto su uno dei tavoli lì accanto, dove copie del modulo ve ne sono in abbondanza.

In ogni caso non è possibile che il viaggiatore si possa confondere perché obbligato alla scelta in modo evidente.

A maggior ragione se un viaggiatore porta con sé 17.000 dollari USA, conosce bene l'inglese e il russo, è un viaggiatore esperto⁵⁶ ed in compagnia di un altro viaggiatore esperto che pure conosce le lingue.

Il dott. Zaffi, assieme al dott. Orlandi, passa per il corridoio verde senza assolvere quindi agli adempimenti doganali.

E' evidente che il dott. Zaffi passa quindi volutamente per il corridoio verde e non assolve volutamente agli adempimenti doganali.

Il dott. Zaffi nella relazione inviata alla Commissione, su esplicita richiesta della stessa, afferma che il giorno successivo, 22 novembre: "ho discusso gli ultimi dettagli organizzativi con la segreteria dell'Università Umanistica, ho visionato i locali della conferenza, ho definitivamente concordato i prezzi per i pasti in mensa, ho organizzato il servizio di trasporto con macchina da e per l'aeroporto per i partecipanti alla conferenza. Ho verificato che le "camere di lusso" del campus corrispondevano a standard molto bassi e presentavano una pulizia accettabile ma non confortevole. Verso le 22.00 sono andato all'aeroporto per accogliere l'assessore Grandi che ho accompagnato al campus universitario."⁵⁷.

L'assessore Grandi era partito per Mosca, il 22 novembre, da Venezia con il volo Lufthansa via Francoforte delle ore 14.20.

⁵⁶ Vedi tabella pag. 18.

⁵⁷ Relazione dott. Zaffi prot. n. 7648/C.R. dd. 7.01.02, pag. 9. Allegato 29.

Nella relazione inviata alla Commissione, su esplicita richiesta della stessa, dichiara: "Durante il volo mi venne consegnato da una hostess il modulo per la dichiarazione del denaro che portavo con me. Lo compilai e alla dogana aeroportuale, un funzionario addetto me lo chiese e dopo averlo timbrato me lo restituì."⁵⁸

E' evidente che l'assessore Grandi conosceva le procedure ed avendo denaro da dichiarare compilava il modulo e passava attraverso il corridoio rosso.

E' altresì evidente che l'assessore Grandi, a differenza del dott. Zaffi, ha seguito correttamente le procedure doganali d'ingresso in Russia.

- VI° SOGGIORNO E CONVEGNO -

Il convegno dal titolo "No war no peace: reflections on Moldavian future" si è svolto nei giorni 23 e 24 novembre 2001 presso l'Università Umanistica di Mosca.

La Commissione, data la genericità delle due delibere, n. 916 e n. 1625, (in quest'ultima si rintraccia solo il titolo del convegno e nessuna altra informazione) ha dovuto autonomamente provvedere a raccogliere materiale e documentazione riguardante genesi e motivazioni del convegno.

La Commissione rimanda a quanto scritto in proposito nelle relazioni di Grandi e Zaffi inviate alla Commissione⁵⁹.

Non appare chiaro alla Commissione chi abbia intrattenuto i rapporti iniziali relativi alla promozione ed organizzazione del convegno vista la pluralità dei soggetti coinvolti e la mancanza di chiarezza circa il ruolo effettivo dei soggetti promotori.

La signora Irina Vladimirovna Karapetiants, Vice Rettore e responsabile delle relazioni esterne, ha dichiarato alla Commissione nel corso dell'incontro presso l'Università umanistica che l'iniziativa del convegno è partita dal dott. Bensi, uno dei relatori del convegno di Mosca⁶⁰.

Il relativo e-mail, ritenuto dalla sopraccitata signora, molto importante ai fini della realizzazione del convegno di Mosca non contiene alcun riferimento alla Regione.

⁵⁸ Relazione dott. Grandi prot. n. 7634/C.R. dd. 4.01.02, pag. 5. Allegato 30.

⁵⁹ Vedi nota 57. Allegato 29, relazione del dott. Zaffi; vedi nota 58. Allegato 30, relazione del Vicepresidente Grandi.

⁶⁰ E-mail del dott. Bensi a sig. Karapetiants del 16 settembre 2001 con oggetto Conferenza sulle problematiche in Moldavia. Allegato 51.

Eppure i soggetti promotori del convegno risultano essere tre: Regione Trentino-Alto Adige - Südtirol, Università Umanistica di Mosca e CSEO (Centro Studi sull'Europa Orientale), tutti Enti ai quali il dott. Bensi è estraneo.

Da quanto risulta, inoltre, dalla documentazione in possesso della Commissione solo la Regione ha pagato, mentre gli altri due Enti si sono fatti pagare.

Esempio eclatante di questa affermazione, in base alla documentazione acquisita, il pagamento all'Università Umanistica di Mosca di 300 dollari USA per l'utilizzo della sala.

Al convegno a quanto pare sono intervenuti i seguenti relatori: Yurii Afanasev, Rettore dell'Università umanistica di Mosca; Tarcisio Grandi, Vicepresidente della Regione Trentino–Alto Adige - Südtirol; Adrian Sellerin, Presidente dell'Assemblea Parlamentare dell'OSCE; Malyarciuc, Sottogretario agli Esteri della Transnistria; Dazu Nantoi, Consigliere politico della Repubblica Moldova; Giovanni Bensi, giornalista di Radio Liberty e corrispondente di diversi quotidiani italiani; Fernando Orlandi, Presidente del CSEO; Gabriel Andreusku, Presidente del Comitato Helsinki della Romania; Vladimir Sokor, Direttore della George Town Foundation; Davide Zaffi, Funzionario della Regione Trentino -Alto Adige – Südtirol.

Altri relatori, a quanto pare, previsti dal programma non hanno partecipato.

La Commissione non è in grado di fornire un quadro esatto relativo allo svolgimento del convegno e degli stessi partecipanti, date le lacune e la contraddittorietà risultanti dalla documentazione acquisita.

Tre relatori per i quali la Regione aveva prepagato il biglietto aereo⁶¹ e che risultano essere ospiti della Regione presso il campus dell'Università Umanistica di Mosca⁶² previsti nel programma del convegno stampato a Mosca⁶³, sempre a quanto pare, non risultano aver svolto la relazione prevista⁶⁴.

La Commissione dispone, relativamente ai lavori del convegno, della sintetica relazione del dott. Zaffi inviata dal dott. Paoli, Reggente la Ripartizione Terza, il 18 febbraio 2002, alla Commissione su richiesta della stessa⁶⁵.

Alla Commissione è stato messo a disposizione da parte del dott. Grandi un filmato dei lavori del Convegno in particolare relativo all'intervento introduttivo dello stesso dott. Tarcisio Grandi⁶⁶.

⁶¹ Estratto conto n. 68/01 agenzia viaggi Betulle s.r.l. di Levico Terme dd. 12.12.2001. Allegato 31.

⁶² Lista dei pernottamenti a Mosca. Allegato 32.

⁶³ Materiale illustrativo del convegno "No peace no war: considerations on Moldova's future" stampato a Mosca. Allegato 33.

⁶⁴ Relazione sul convegno a firma del dott. Paoli dd. 18.02.2002. Allegato 34.

⁶⁵ Vedi nota 64. Allegato 34.

⁶⁶ Videocassetta VHS disponibile presso la Segreteria del Consiglio regionale.

Dalle relazioni Zaffi e Grandi si apprende che, essendo tutti i relatori sistemati al campus, anche il dott. Grandi optava per questa sistemazione ed invitava il dott. Zaffi a disdire la camera prenotata a suo nome presso un hotel.

Il dott. Zaffi afferma ancora nella relazione che la sistemazione di tutti i relatori al campus “ha comportato un notevole risparmio per il budget dell’iniziativa”⁶⁷.

Per quanto concerne le persone ospitate presso la casa alberghiera del campus universitario, alla Commissione sono state fornite incomprensibilmente più liste diverse dallo stesso funzionario dott. Zaffi.

Risultano inoltre depositate due diverse liste relative ai pernottamenti presso l’Università Umanistica di Mosca; nella prima lista⁶⁸ figurano 14 nominativi, nella seconda lista⁶⁹ figurano solo 13 nominativi, oltre alla dichiarazione che il dott. Zaffi e il dott. Grandi erano ospitati gratuitamente presso la struttura moscovita.

E’ opinione della Commissione che la documentazione relativa ai pernottamenti sia inattendibile e comunque ricostruita a posteriori.

Dalla documentazione in possesso risulta una notevole discrepanza fra la lista dei pernottamenti fornita dal dott. Zaffi e quella rilasciata alla Commissione dall’Università Umanistica⁷⁰.

In particolare, stando alla lista dell’Università, contrariamente a quanto affermato dal dott. Zaffi, non risultano aver pernottato le seguenti persone:

- Adrian Severin - Presidente dell’Assemblea parlamentare dell’OCSE
- Paul Legrange - Funzionario OCSE-Segreteria del Presidente
- Giovanni Bensi - Presidente di sessione
- Natalja Verashaghina - Traduttrice

Per questi risulta, sulla base della documentazione fornita, essere stato pagato il pernottamento.

Emerge inoltre, sempre in base alla documentazione fornita⁷¹, che con riferimento alla lista delle persone accreditate presso l’albergo del campus, dalle schedine di pernottamento rilasciate risulta un numero inferiore di ospiti rispetto a quello per il quale la Regione ha pagato il pernottamento.

In particolare mancano le schedine delle seguenti persone:

- Davide Zaffi
- Fernando Orlandi

⁶⁷ Vedi nota 57. Allegato 29, relazione del dott. Zaffi.

⁶⁸ Vedi nota 62. Allegato 32.

⁶⁹ Seconda lista dei pernottamenti a Mosca. Allegato 52.

⁷⁰ Lista dei pernottamenti fornita dall’Università di Mosca. Allegato 53.

⁷¹ Schedine di pernottamento presso l’Università Umanistica di Mosca. Allegato 54.

- Alexandr Malyarciuc
- Tarcisio Grandi
- Gabriel Andreescu

Stando alle dichiarazioni della signora Irina Vladimirovna Karapetiants – Vice Rettore e Responsabile delle relazioni internazionali dell'Università Umanistica, della segretaria Swetlana Petucueva, nonché delle impiegate della reception della casa di soggiorno dell'Università, il dott. Zaffi risulterebbe ospite della casa, pur mancando il riscontro delle schedine, mentre il dott. Grandi e il dott. Bensi non avrebbero dormito presso la struttura alberghiera.

Relativamente alla giornata del 25 novembre, la Commissione non possiede alcuna informazione.

Il giorno 26 novembre Grandi, Zaffi e Orlandi, secondo le loro affermazioni, si sono recati presso la sede dell'associazione "Memorial" che riunisce i dissidenti del regime sovietico ed ex internati nei lager stalinisti.

Tale incontro era preparatorio per l'organizzazione di un convegno e di una mostra da svolgersi a Trento nella primavera del 2002.

Nel pomeriggio dello stesso giorno Grandi e Zaffi sono stati ricevuti dall'Ambasciatore d'Italia a Mosca, al quale hanno relazionato relativamente alle iniziative della Regione "in talune aree della Federazione russa rese particolarmente problematiche a causa di irrisolte questioni di autonomia regionale"⁷².

A questo proposito il dott. Zaffi afferma che "l'Ambasciatore ha quindi espresso un convinto apprezzamento per l'iniziativa del convegno appena conclusosi."⁷³.

La mattina del giorno successivo, 27 novembre, il dott. Grandi e il dott. Zaffi ritornano all'Ambasciata d'Italia per incontrarsi con il dott. Marsilli, primo consigliere politico dell'Ambasciata per un approfondimento delle tematiche affrontate il giorno precedente.

La Commissione ha appreso dal dott. Marsilli e dal dott. Marchegiani che l'Ambasciata è stata informata del convegno con una E-mail del dott. Orlandi dallo stesso inviata qualche giorno prima.

Nel corso dell'incontro dei membri della Commissione con il dott. Marsilli e il dott. Marchegiani presso l'Ambasciata d'Italia a Mosca, gli stessi hanno confermato quanto avevano scritto alla Commissione e cioè che "l'Ambasciata non è stata coinvolta nell'organizzazione del convegno."⁷⁴.

La Commissione ha ritenuto di dover ringraziare i funzionari Marsilli e Marchegiani per l'impegno profuso per la liberazione del dott. Zaffi.

⁷² Vedi nota 57. Allegato 29 Relazione del dott. Zaffi pag. 9.

⁷³ Vedi nota 57. Allegato 29 Relazione del dott. Zaffi.

⁷⁴ Relazioni del dott. Pietro Marchigiani e del dott. Marco Marsilli. Allegati 35 e 36.

La Commissione considera che, data la delicatezza e la complessità del tema affrontato dal convegno e dalla rilevanza politica degli obiettivi che la Regione si prefiggeva, sarebbe stato opportuno coinvolgere preventivamente l'Ambasciata anche per una doverosa attenzione e rispetto istituzionali.

- VII° IL RITORNO -

Nel pomeriggio, verso le ore 14.00 del 27 novembre, il dott. Grandi e il dott. Zaffi, stando alle loro dichiarazioni, si recano all'aeroporto per il rientro in Italia con il volo Lufthansa diretto a Venezia via Monaco delle ore 17.30 e insieme affrontano le operazioni di imbarco.

Tutti i viaggiatori in partenza da Mosca devono attraversare tre punti di controllo.

Il primo per la dichiarazione doganale e valutaria, il secondo per il controllo del passaporto e il visto e il terzo è effettuato tramite l'attraversamento del portale del metal detector che dà immediato accesso alla sala d'imbarco.

Al primo controllo il passeggero è opportunamente informato da avvisi in lingua inglese e russa che, come per l'entrata anche per l'uscita, deve scegliere tra il corridoio verde se non ha nulla da dichiarare e il corridoio rosso se ha valori o valuta da dichiarare.

Chi non ha nulla da dichiarare passa per il corridoio verde.

Chi sceglie il corridoio rosso deve esibire la dichiarazione doganale in suo possesso vistata e timbrata all'arrivo e inoltre un nuovo modulo di dichiarazione che attesti i valori e la valuta rimasta in suo possesso.

Questa procedura serve per consentire alla dogana russa di effettuare i dovuti riscontri tra i valori e la valuta denunciati all'ingresso e i valori e la valuta denunciati all'uscita.

Il dott. Grandi e il dott. Zaffi scelgono di passare assieme per il corridoio verde, pur sapendo il dott. Zaffi di avere 11.503 dollari USA della Regione che andavano dichiarati e, pur avendo il dott. Grandi fatto la dichiarazione all'ingresso, che avrebbe dovuto ripresentare e ripetere all'uscita.

Superati i primi due controlli, al terzo controllo, quello del portale metal detector, il dott. Zaffi e il dott. Grandi, stando alle loro affermazioni, arrivano uno accanto all'altro unitamente ad altri viaggiatori.

Essendo unico il portale è evidente che uno deve passare prima e l'altro deve passare dopo.

Dai riscontri effettuati la Commissione non è in grado di capire se sia passato prima il dott. Zaffi o il dott. Grandi, anche se il dott. Zaffi afferma di essere stato un passo avanti.

Stando alle loro dichiarazioni, risulta che il metal detector abbia suonato per entrambi allertando i poliziotti, che sono intervenuti per i previsti controlli effettuati per entrambi da agenti diversi con un metal detector portatile.

In questa fase il dott. Zaffi era perfettamente visibile al dott. Grandi e viceversa.

Il dott. Grandi, stando a quanto da lui affermato, terminato questo controllo, fatti pochi metri si è trovato nell'attigua sala d'imbarco, divisa dal punto di controllo da una semplice vetrata perfettamente trasparente; il dott. Zaffi è stato invece trattenuto poiché, a seguito dell'ispezione con il metal detector portatile, venivano scoperta in una tasca della sua giacca, la somma di 11.503 dollari USA.

A questo punto la Commissione ha accertato, verificando l'esatta sequenza dei fatti immediatamente precedenti il fermo del dott. Zaffi, versioni contrastanti che emergono dalle relazioni Zaffi e Grandi, dalle audizioni di entrambi e dal loro contraddittorio e dall'intervento dell'Assessore Grandi in aula il giorno 5 dicembre 2001⁷⁵.

Nella sua relazione, il dott. Zaffi scrive: "richiesto di cosa portassi in tasca ho risposto che si trattava di valuta, che tuttavia non era di mia proprietà".

Il dott. Zaffi scrive ancora: "L'agente mi ha fatto segno di seguirlo ad un piccolo tavolo nelle immediate vicinanze. Mi sono voltato per dire qualcosa all'Assessore ma egli aveva già raggiunto la sala d'imbarco"⁷⁶.

Il dott. Zaffi viene quindi fermato, interrogato e gli vengono confiscati 11.503 dollari della Regione.

Terminata la fase della verbalizzazione dell'accaduto, il dott. Zaffi, secondo quanto da lui stesso dichiarato, cerca di telefonare, senza successo, prima al dott. Orlandi, che ricordiamo aveva effettuato con lui il viaggio di andata, quindi all'Ambasciata italiana, pure senza successo, ed infine telefona alla moglie, riuscendo ad avvertirla del suo fermo.

In questa fase, il dott. Zaffi però, secondo quanto afferma egli stesso, non telefona al Vicepresidente Grandi, sostenendo di non avere il suo numero.

La Commissione registra questo fatto come sconcertante.

⁷⁵ Resoconto stenografico dell'intervento del Vicepresidente dott. Grandi nella seduta del consiglio regionale dd. 5.12.2001. Allegato 37.

⁷⁶ Vedi nota 57. Allegato 29, Relazione del dott. Zaffi pag. 10.

Successivamente il dott. Zaffi, e sempre secondo la sua versione, ammanettato viene trasferito in un carcere alla periferia di Mosca.

A proposito delle summenzionate telefonate, il dott. Fernando Orlandi ha dichiarato alla Commissione di essere stato avvertito dal suo autista che il dott. Zaffi lo aveva cercato verso le ore 21.

A quell'ora il dott. Zaffi doveva essere in volo per l'Italia.

Secondo il dott. Orlandi, se l'autista aveva ricevuto una telefonata verso le ore 21.00, voleva dire che il dott. Zaffi non era in volo ma si trovava ancora a Mosca, perché il telefono dell'autista riceveva solo le telefonate del circuito urbano di Mosca.

La preoccupazione del dott. Orlandi fu tale che tentò di contattare, ma invano, l'Ambasciata d'Italia a Mosca, quindi telefonava al Ministero degli Esteri a Roma dove gli davano il numero diretto del funzionario di servizio dell'Ambasciata a Mosca.

Il dott. Orlandi telefonava quindi a quest'ultimo e gli esponeva le sue preoccupazioni sul destino del dott. Zaffi.

Risulta quindi che né il dott. Zaffi, al momento dell'arresto, né il dott. Orlandi, preoccupato delle sorti di Zaffi, abbiano cercato di contattare il dott. Grandi.

Relativamente al giro di telefonate, sia in questo momento che nei successivi, sarebbe stato interessante avere i tabulati delle telefonate che la Commissione ha chiesto, ma non ottenuto malgrado ripetuti solleciti⁷⁷.

Ritorniamo al momento del fermo del dott. Zaffi.

Il Vicepresidente Grandi dichiara di non essersi accorto del fatto. Egli afferma che, superato il controllo del poliziotto, è entrato nell'attigua sala d'imbarco e si è seduto a leggere 'La Repubblica' attendendo l'arrivo del dott. Zaffi.

Nella sua relazione scrive: "Dal gate n. 17 non si possono vedere le operazioni dell'ultimo controllo. Accanto a me avevo tenuto riservato il posto per Zaffi appoggiando il mio cappotto. Dopo aver letto un po', mi sono alzato per vedere dov'era il dott. Zaffi e, non vedendolo, sono ritornato sui miei passi. Ho oltrepassato i due gate, pieni di gente, ma non sono riuscito a vederlo né in questi né nel luogo del controllo dove continuavano a transitare persone. Pensai a motivi molto banali. Prestai attenzione all'ascolto degli avvisi via altoparlante per sentire se veniva fatto il mio nome o quello di Davide Zaffi. Ero certo del positivo superamento del dott. Zaffi. Davo per scontato che lo avesse già superato e che sarebbe arrivato. Mai e poi mai avrei immaginato che gli potesse essere contestato traffico di valuta. In quel mentre arrivava il personale di servizio addetto all'imbarco. Chiesi se era a conoscenza di problemi per il

⁷⁷ Solleciti per la fornitura dei tabulati telefonici. Allegato 55.

passaggero Davide Zaffi; ebbi risposta negativa; attesi e mi imbarcai per ultimo e, passando, richiesi ancora di Zaffi: mi si rispose che non risultava alcun problema. Salii allora sull'aereo, sempre con la convinzione che Zaffi sarebbe arrivato in tempo. Quando l'aereo si mise in moto pensai che per qualche ragione di natura organizzativa, indipendente dalla sua volontà, come peraltro accadde anche a me due volte in passato, egli avesse ormai perso la possibilità di essere imbarcato e che sicuramente avrebbe preso un successivo volo per l'Italia.⁷⁸

Relativamente alla ricostruzione dei fatti da parte del dott. Grandi, la Commissione osserva che essa non è assolutamente convincente.

Il fermo del dott. Zaffi è avvenuto in modo eclatante, come lo stesso dott. Zaffi ha ricordato in audizione.

I viaggiatori vicini, tra cui l'assessore Grandi, (il quale, stante le versioni contraddittorie, non si sa se fosse immediatamente davanti, accanto al dott. Zaffi o immediatamente dietro) non potevano non accorgersi del fatto; la sala di imbarco infatti non è molto grande ed è divisa dal luogo del controllo da una semplice vetrata trasparente che consente un'amplissima visuale come risulta dall'allegata documentazione fotografica⁷⁹.

I viaggiatori che superano il controllo necessariamente entrano nella sala di imbarco; il Vicepresidente Grandi sarebbe dovuto subito ritornare indietro, non vedendo arrivare il dott. Zaffi, visto che erano assieme al controllo.

Risulta invece che il Vicepresidente Grandi si sia seduto a leggere il giornale per dieci, quindici minuti.

Egli non si preoccupa subito di verificare come mai il dott. Zaffi non sopraggiungesse, visto che, come si è detto, al controllo erano assieme.

Soltanto dopo aver letto il giornale, si preoccupa di cercare il dott. Zaffi.

La Commissione si chiede meravigliata come mai, nel corso dei venti, venticinque minuti di attesa prima dell'imbarco, il dott. Grandi non avesse mai pensato di chiamare il dott. Zaffi sul cellulare, come egli stesso ha dichiarato alla Commissione, mentre, sempre come egli stesso ha dichiarato, proverà a chiamarlo soltanto all'aeroporto di Monaco, vale a dire circa tre ore dopo.

Al dott. Zaffi, nel corso dell'audizione della seduta n. 4 del 16 gennaio 2002, viene posta questa domanda: "Da questo che sta dicendo si presume, da parte sua, che il Vicepresidente Grandi avesse assistito al suo arresto, fosse passato oltre e, per il bene comune, fosse partito per l'Italia perché in Italia era più utile e che quindi, in qualche modo, lei condividesse questa sua...".

⁷⁸ Vedi nota 58. Allegato 30. Relazione Vicepresidente Grandi pag. 8.

⁷⁹ Fotografie della sala di imbarco e locali attigue. Allegato 56.

A questa domanda il dott. Zaffi risponde: “Non era un fermo e quando lui è passato con me era un controllo. Lui è passato mentre mi stavano controllando. Mi sono rivolto al poliziotto e ho detto: “Ho dei soldi, non sono miei, appartengono alla Regione, ad un Ente pubblico.” Lui ha detto: “E’ lo stesso, per me non cambia niente.” Allora mi sono girato per dire, che avevo un problema ma Grandi era già passato oltre. Dopo di che io non ho pensato di dire alle guardie: “Guardate di là c’è uno che viaggiava con me.” Ho valutato che non potesse aiutarmi sul posto, rischiando anche lui di essere trattato come sono stato trattato io.”.

Quindi il dott. Zaffi si rende conto, nel momento in cui viene scoperto con la valuta non denunciata, di aver commesso un reato grave e preferisce non far chiamare Grandi perché non vuole che l’assessore venga coinvolto, pensando che lo stesso lo possa aiutare una volta giunto in Italia.

A precisa domanda da parte di un commissario con la quale si chiedeva se dal suo punto di vista il dott. Grandi avesse potuto accorgersi del fermo, lo stesso dott. Zaffi risponde in modo sibillino, affermando: “è fonte di imbarazzo dover dire di uno che non ha potuto non vedere o non sapere”⁸⁰.

A parere della Commissione, presa direttamente visione dei luoghi e valutate deposizioni e contraddittorio, non è assolutamente possibile credere che il dott. Grandi non abbia visto il fermo del dott. Zaffi ed abbia abbandonato il dott. Zaffi al suo destino partendo da solo per l’Italia.

Solo al suo arrivo a Monaco, secondo quanto da lui stesso riferito, cerca di contattare il dott. Zaffi, il cui cellulare risultava spento.

Stando alla versione dei fatti come raccontata dal Vicepresidente Grandi, il medesimo non effettua da Monaco alcuna telefonata per cercare di capire dove mai fosse finito il dott. Zaffi. Per verificare se il funzionario fosse stato ancora a Mosca, ad esempio, avrebbe potuto chiamare il dott. Orlandi, coorganizzatore del convegno, che per motivi personali si trovava ancora nella capitale russa.

Giunto a Venezia, afferma di essersi messo in contatto con il dott. Zaffi, il cui telefonino, risultava ancora spento.

Nemmeno in questa occasione dichiara di aver telefonato ad altre persone, ad esempio avrebbe potuto cercare a Trento la moglie del dott. Zaffi.

Egli dichiara inoltre nella sua relazione che: “a Monaco e a Venezia più volte feci il numero del dott. Zaffi ma il numero era sempre spento e così pensai che stesse volando su un altro aereo e che lo avrei rivisto a Trento il giorno dopo”⁸¹.

Fin qui la versione del dott. Grandi.

⁸⁰ Audizione n. 6 del 18 gennaio 2002.

⁸¹ Vedi nota 58, Allegato 30, pag. 8.

La Commissione non è in grado di ricostruire l'effettivo giro di telefonate, non avendo ottenuto i tabulati telefonici richiesti.

Grandi arriva a Trento verso le ore 23.00-24.00, come risulta dalla sua dichiarazione in aula il 5 dicembre 2001, senza telefonare ad alcuno, nemmeno alla signora Zaffi.

La signora Zaffi verso le ore 23.00 (21.00 ora di Mosca) aveva ricevuto la telefonata dal marito che la informava che stava per essere arrestato, secondo quanto dichiarato dallo stesso dott. Zaffi.

Anche in questo caso la Commissione non è in grado di ricostruire l'effettivo giro di telefonate, non avendo ottenuto i tabulati telefonici richiesti.

A questo proposito la Commissione stigmatizza il fatto che non solo non è stata messa in condizione di consultare i tabulati telefonici, ma non ha avuto nemmeno la comunicazione dei numeri dei cellulari di servizio della Regione ripetutamente richiesti e sollecitati⁸².

La signora Zaffi telefona al dott. Paolo Magagnotti, consulente della Regione, e, in uno stato di comprensibile agitazione, lo informa dell'arresto del marito e gli chiede aiuto.

Il dott. Magagnotti riferisce alla Commissione che, dopo aver tranquillizzato la signora Zaffi, assicura il proprio aiuto; infatti, conoscendo il dott. Marsilli, addetto all'Ambasciata italiana a Mosca, cerca di contattarlo.

Non riuscendo a reperirlo, verso mezzanotte invia una e-mail all'Ambasciata chiedendo di interessarsi del caso in questione.

Risulta alla Commissione, dalla relazione del dott. Marsilli, che la signora Zaffi ha contattato il funzionario di turno addetto alle emergenze che possono avvenire in ambito internazionale del Ministero degli Esteri italiano a Roma prima delle ore 22.00.

Questo funzionario, attorno alle ore 22.00 (mezzanotte di Mosca), riesce a reperire il dott. Marsilli e provvede ad informarlo dell'avvenuto arresto del dott. Zaffi⁸³.

La Commissione precisa che la signora Zaffi, invitata per un'audizione, non ha raccolto il relativo invito.

⁸² Vedi nota 77. Solleciti per la fornitura dei tabulati telefonici. Allegato 55.

⁸³ Vedi nota 74 Relazione dott. Marco Marsilli – Consigliere d'Ambasciata presso l'Ambasciata di Mosca. Allegato 36.

I commissari ritengono, a questo punto, di dover segnalare la dichiarazione rilasciata alla Commissione stessa dal dott. Magagnotti riferita alla signora Zaffi. Il dott. Magagnotti ha riferito che la signora Zaffi, in preda ad una comprensibile agitazione, gli aveva confidato che a pagare non doveva essere solo suo marito ma anche il dott. Grandi (vedi audizione del dott. Magagnotti). Questa dichiarazione richiama una affermazione sconcertante dell'assessore Grandi riportata "dal quotidiano Adige del 2 dicembre 2001 pag 11" che si riporta testualmente: " lo ho sempre difeso e aiutato Zaffi in questi anni, e la signora lo sa bene, e in molte diverse circostanze. Non si può dire che non ho fatto abbastanza in momenti di difficoltà per Zaffi, come sa bene la moglie". Richieste in audizione di chiarire il significato di queste affermazioni il dott. Grandi ha dato una risposta assolutamente evasiva.

Al mattino seguente il Vicepresidente Grandi si reca in ufficio e, come dichiara in aula comincia a lavorare⁸⁴.

La Commissione rileva come il dott. Grandi ancora una volta non si informa sulle sorti del dott. Zaffi, non telefona a nessuno, ma cominci a lavorare.

Il dott. Grandi riceve invece verso le ore 8.30-8.45 la telefonata del dott. Marsilli, Primo Consigliere dell'Ambasciata d'Italia a Mosca, che lo informa circa il fermo del dott. Zaffi e testualmente, come risulta dall'intervento del Vicepresidente Grandi in Consiglio regionale: "La informo che c'è stato un qualche problema - perché la telefonata è stata molto, molto pacata, come riportata dal giornale - per il dott. Zaffi, che era con noi ieri, è stata trovata in suo possesso della valuta, non era stata probabilmente compilata all'ingresso la cartellina e per questa ragione adesso si sta vedendo se, stante il fatto che ci sono tutte queste testimonianze e stante il fatto che al vostro convegno erano presenti anche grandi personaggi, come il Rettore dell'Università di Mosca - certo Afanesev che voi sapete essere uno dei massimi nomi in questo momento più conosciuti nell'Unione Sovietica, che aveva poi avuto modo di incidere, anche profondamente nella storia in questi ultimi tempi dice - contiamo con l'aiuto di tutti questi, con le testimonianze di questi che sia messo in libertà. Se ciò non dovesse essere, allora occorre mettere in conto che bisognerà versare il 50% di ciò che è stato trovato per poter avere la liberazione". Grandi dichiara a questo punto: "lo dissi: non c'è problema, dica al dott. Zaffi che versi metà della somma che ha con sé e dopo in qualche modo ripareremo, ingenuamente, perché il dott Marsilli mi disse: guardi che glielo hanno confiscato tutto il denaro"⁸⁵.

La Commissione ritiene che questa dichiarazione sia importante perché il dott. Grandi non dimostra sorpresa né preoccupazione per il fatto che il dott. Zaffi sia stato arrestato a Mosca e questo pur avendo sempre dichiarato di essere stato tranquillo sulle sorti del funzionario.

⁸⁴ Vedi nota 75 Resoconto stenografico dell'intervento del Vicepresidente dott. Grandi nella seduta del consiglio regionale dd. 5.12.2001. Allegato 37.

⁸⁵ Vedi nota 75 Resoconto stenografico dell'intervento del Vicepresidente dott. Grandi nella seduta del consiglio regionale dd. 5.12.2001. Allegato 37.

Tra l'altro non si sorprende del fatto che il dott. Zaffi sia stato arrestato per esportazione di valuta ed infine non si preoccupa di telefonare immediatamente alla Presidente della Giunta regionale e nemmeno alla moglie del dott. Zaffi.

A tal proposito nella sua relazione scrive che dopo aver ricevuto la telefonata del dott. Marsilli che lo informava dell'arresto di Zaffi: "mentre stavo predisponendo numeri telefonici e persone da coinvolgere, la Presidente della Regione mi ha convocato nel suo studio dove erano presenti la dott.ssa Engl e l'avv. Conci. Ho informato del contenuto della telefonata del dott. Marsilli e contemporaneamente sono venuto a conoscenza di ciò che il dott. Magagnotti, la dott.ssa Engl e l'avv. Conci avevano fatto. Da quel momento in poi la vicenda era seguita dalla Presidenza della Giunta"⁸⁶.

A tal proposito la Commissione esprime il proprio convincimento che il comportamento del Vicepresidente Grandi, nella sequenza degli episodi come dal medesimo narrati, appaia inverosimile ed illogico.

La Commissione ritiene inoltre che il dott. Grandi abbia evitato di farsi coinvolgere nel fatto ed infine che la condotta del medesimo sia incomprensibile e deplorabile sia sul piano umano, sia per quanto attiene alle responsabilità di un pubblico amministratore nei confronti di un proprio funzionario.

Rimane irrisolto l'interrogativo del perché il dott. Grandi abbia fatto di tutto per non essere coinvolto in questa vicenda né a Mosca né a Trento.

Verso le ore 10.00 della mattina del 28 novembre, la Presidente Cogo raggiunge la sede della Regione e viene puntualmente informata dei fatti dall'avv. Conci, al quale conferisce l'incarico di seguire in prima persona il "caso Zaffi".

L'avv. Conci, venuto a conoscenza dello stato di fermo del dott. Zaffi da parte del dott. Magagnotti, riferisce alla Presidente di aver telefonato al dott. Marchegiani, Vice Responsabile della Cancelleria Consolare dell'Ambasciata d'Italia a Mosca, il quale lo informa che ulteriori e più dettagliate notizie in merito alla vicenda sarebbero state acquisite soltanto dopo le ore 17.00, al rientro del dott. Marchegiani dalla visita al luogo di detenzione del dott. Zaffi⁸⁷.

Va ricordato che l'Ambasciata italiana a Mosca si è occupata del caso Zaffi tramite il dott. Marsilli e il dott. Marchegiani.

Il dott. Marsilli, come più sopra ricordato, era stato informato dell'accaduto verso la mezzanotte (ore 22.00 italiane) del 27 novembre, tre ore circa dopo il fermo del dott. Zaffi, da una telefonata del funzionario di turno del Ministero degli Esteri italiano a sua volta allertato da una telefonata della signora Zaffi.

⁸⁶ Vedi nota 57. Allegato 30 Relazione Vicepresidente Grandi pag. 9.

⁸⁷ Relazione dell'avv. Conci dal titolo "Fermo del dott. Zaffi". Allegato 38.

Il dott. Marsilli esegue immediatamente gli accertamenti del caso, che proseguono nella mattinata del giorno successivo, mercoledì 28 novembre e nella stessa mattinata avverte la Regione mediante una telefonata al Vicepresidente dott. Grandi.

In precedenza gli aveva telefonato il dott. Magagnotti, ex funzionario della Regione da poco a riposo e consulente della stessa per le problematiche internazionali, a lui il dott. Marsilli aveva illustrato quanto sapeva della situazione del dott. Zaffi.

In quella mattina il Consigliere Marsilli informava il dott. Marchegiani del fermo di Zaffi.

Nel corso di quella giornata, sia il dott. Marsilli che il dott. Marchegiani saranno in contatto con i responsabili della Regione, con il dott. Magagnotti e con la signora Zaffi.

Riportiamo, per la più puntuale descrizione dell'intervento dell'Ambasciata italiana a Mosca, quanto riferito dal dott. Marchegiani su esplicita richiesta della Commissione: "Non ho seguito le fasi immediatamente successive al fermo. Nella giornata successiva, mercoledì 28 novembre, su indicazione dei miei superiori ho contattato il sig. Jurij Viktorovich Kozlov, inquirente dell'ufficio del Ministero dell'Interno per il controllo delle leggi sulla navigazione aerea e marittima (MVD LUVD) presso l'aeroporto di Sheremetev-2 presso il quale era in trattazione il caso Zaffi. Egli mi ha dato telefonicamente alcuni sommari elementi sul caso ed io gli ho chiesto di comunicare per iscritto all'Ambasciata la notizia ufficiale del fermo. Mi sono poi informato dell'ubicazione e delle condizioni in cui si trovava trattenuto Zaffi (nessun contatto con l'esterno, nessun pasto, cella non riscaldata, ecc.), apprendendo che, per visitarlo e portargli dei viveri era necessario un permesso scritto dell'Ufficio di Kozlov, con il quale recarvisi. Su mia pressante richiesta, Kozlov ha dapprima fatto intendere che una cauzione pari alla metà della somma sequestrata avrebbe reso possibile la messa in libertà del Dr. Zaffi, ma in seguito - per motivi a me ignoti - ha cambiato parere, pretendendo una lettera ufficiale dell'Ambasciatore al Capo dell'Ufficio in questione, sig. Tomas Georghevich Tvaltvadze, immediatamente redatta e inviata, con cui si chiarivano gli scopi del viaggio dello Zaffi in Russia e alla sua qualificazione di funzionario pubblico. E' stata poi richiesta una seconda lettera, c.d. "di garanzia" con cui l'Ambasciata chiedeva di nuovo la revoca del fermo, garantendo che lo Zaffi avrebbe presenziato alle fasi successive dell'istruttoria del caso. Verso le 16.00 del 28 ho appreso però che anche questa seconda lettera non era considerata sufficiente e che veniva richiesta all'università invitante una lettera di garanzia simile, anch'essa redatta in due fasi successive. Alle ore 16.30, come concordato per telefono, mi sono presentato al Vice capo dell'Ufficio MVD LUVD Kostantin Vladimirovich Djumen. E' stata predisposta l'autorizzazione scritta per visitare Zaffi, consegnatami alle 17.45. Sono stato inoltre ricevuto, su mia richiesta, dal Capo dell'Ufficio MVD LUVD, sig. Tvaltvadze. Egli mi ha assicurato che, ricevute tutte le lettere di cui sopra, la Procura competente avrebbe l'indomani disposto

la revoca del fermo. Mi sono quindi recato al luogo di detenzione del Dr. Zaffi portando con me dei viveri di prima necessità e venendo ammesso al campo di detenzione circa alle ore 19.45. I viveri sono stati ispezionati ed in parte (birra) trattenuti. Il Dr. Zaffi è stato accompagnato nella stanza in cui mi hanno fatto accomodare solo alle 20.30. Siamo stati costretti a parlare in russo, in presenza delle guardie. Ho lasciato il campo di detenzione alle ore 21.15 del 28 novembre⁸⁸.

L'avv. Conci, responsabile in prima persona, come da mandato della Presidente, segue con l'Ambasciata d'Italia a Mosca il caso Zaffi al fine di giungere alla sua liberazione.

L'avv. Conci, per sapere cosa la Regione debba fare per la liberazione di Zaffi, in particolare se fossero necessarie cauzioni o altre garanzie, attende la telefonata del dott. Marchegiani, annunciata per le ore 17.00 di quel giorno, quando quest'ultimo ritorna dal sopralluogo al carcere.

Nel frattempo il dott. Magagnotti e la signora Zaffi mantengono i contatti con l'Ambasciata d'Italia ed in particolare con il dott. Marsilli; ed un certo punto del pomeriggio, constatato che l'avv. Conci vuole aspettare fino alle ore 17.00 la telefonata del dott. Marchegiani invia, a mezzo fax, la lettera di garanzia all'Ambasciata, firmata da lui stesso e dalla signora Zaffi, con la quale si dice che il dott. Zaffi era a Mosca per la Regione.

Stando alle dichiarazioni delle persone coinvolte nel fatto, il fax⁸⁹ viene inviato dal dott. Magagnotti nel tardo pomeriggio, circa alle ore 17.00.

L'avv. Conci, dopo le 17.00, cerca come concordato, ripetutamente, di contattare il dott. Marchegiani all'ambasciata, ma inutilmente.

Riprendiamo testualmente le parole dell'avv. Conci: "Riferisco alla Presidente la quale mi dice di contattare l'Ambasciata russa in Roma e telefono su indicazione della Presidente stessa, alla dott.ssa Trenti della Segreteria particolare per avere il numero. Poco dopo entrano nel mio ufficio il dott. Magagnotti accompagnato dalla moglie del dott. Zaffi. Il dott. Magagnotti mi chiede se è stato inviato il fax e io rispondo che attendo disposizioni dalla Presidente. Riferisco che non sono riuscito a contattare il dott. Marchegiani e la Presidente mi ha incaricato di contattare l'Ambasciata russa a Roma. Il dott. Magagnotti mi dice di lasciare perdere perché lui ha già parlato con il Consigliere Marsilli. Il dott. Magagnotti richiama il Consigliere Marsilli ed assieme andiamo in Presidenza. La Presidente chiama il dott. Magagnotti e si fa dare il numero telefonico del Consigliere Marsilli. Poco dopo la Presidente mi dà disposizione di spedire il fax. Provvedo immediatamente. Il fax viene trasmesso alle ore 20.08 che sul rapporto di trasmissione figurano come le

⁸⁸ Vedi nota 74. Relazione dott. Pietro Marchigiani – Vice Responsabile Cancelleria Consolare presso l'Ambasciata di Mosca. Allegato 35.

⁸⁹ Fax del dott. Magagnotti all'Ambasciata. Allegato 57.

21.08 per mancato aggiornamento in seguito all'entrata in vigore dell'ora legale"⁹⁰.

Le notizie fornite dall'avv. Conci sono confermate dal dott. Marsilli⁹¹.

Il giorno dopo, 29 novembre 2001, l'avv. Conci, telefona al dott. Marchegiani all'Ambasciata e gli fa presente che, non avendolo trovato la sera precedente, è stato contattato il dott. Marsilli.

Il dott. Marchegiani si scusa dicendogli che l'impegno assunto ha richiesto più tempo del previsto.

L'avv. Conci continua: "Chiedo se hanno ricevuto il fax e mi risponde affermativamente. Riferisco il tutto alla Presidente."⁹².

Dalla documentazione, risulta che dalle ore 10.00 in poi la questione viene seguita dall'avv. Olivo, Capo di Gabinetto della Presidente Cogo, su mandato della stessa.

L'avv. Olivo scrive nella sua nota : "Intorno alle ore 10 ho sentito, su indicazione della Presidente, l'Ambasciata di Mosca. Il Cons. Marsilli avendo precisato che il suo collega Marchegiani stava ancora approfondendo la questione e che non era facile poter parlare direttamente con il dott. Zaffi e, quanto un eventuale cauzione la stessa avrebbe potuto rilevarsi non necessaria. Ci siamo lasciati con l'accordo di sentirci nel pomeriggio. Richiamando il Cons. Marsilli attorno alle ore 15.00 veniva comunicato che era emersa l'ulteriore necessità che il dott. Zaffi dovesse essere sentito formalmente dal Giudice prima di poter essere rilasciato. Dopo questo passaggio procedurale avrebbe potuto avvenire il rilascio. Data l'ora, circa le 17 a Mosca, tale interrogatorio sarebbe presumibilmente avvenuto il giorno dopo. Il Cons. Marsilli assicura che l'Ambasciata si sarebbe fatta carico, e si era anzi già attivata, per garantire al dott. Zaffi assistenza legale adeguata. Come suggerito dalla Presidente, ho chiesto al Cons. Marsilli se poteva risultare utile per la posizione del dott. Zaffi disporre di una relazione in merito all'impegno della Regione nei Paesi dell'Est, all'attività specifica del dott. Zaffi ed al recente convegno. Il dott. Marsilli esprimeva un tiepido interesse, ipotizzando che una simile relazione avrebbe eventualmente potuto servire in funzione del futuro processo, così come un'eventuale presenza a Mosca di un rappresentante della Regione. A tale proposito comunicava che il dott. Zaffi, una volta rilasciato, avrebbe presumibilmente dovuto restare a Mosca per alcuni giorni prima di poter rientrare in Italia. Il processo verbale avrebbe avuto luogo più avanti. Il denaro per il momento era stato posto sotto sequestro, a causa dell'omessa dichiarazione di possesso al momento dell'ingresso e dell'uscita dalla Russia, e se ne prevedeva la confisca in sede processuale. Immediatamente dopo la

⁹⁰ Vedi nota 87. Relazione dell'avv. Conci dal titolo "Fermo del dott. Zaffi". Allegato 38.

⁹¹ Vedi nota 74 Relazione dott. Marco Marsilli – Consigliere d'Ambasciata presso l'Ambasciata di Mosca. Allegato 36.

⁹² Vedi nota 87. Relazione dell'avv. Conci dal titolo "Fermo del dott. Zaffi". Allegato 38.

telefonata, la Presidente dava disposizioni al dott. Paoli ed al dott. Hofer di redigere assieme a me una relazione da inviare a Mosca. La Presidente mi chiedeva di attivarmi per acquisire al più presto il visto per la Russia. Tale relazione, predisposta e verificata, veniva trasmessa nel tardo pomeriggio all'Ambasciata di Mosca. Nel corso del colloquio con la signora Zaffi, che veniva aggiornata sui contatti intervenuti, veniva sentita l'Ambasciata; la Presidente passava il telefono anche alla signora Zaffi, che veniva rassicurata sul fatto che si stava facendo tutto il possibile. Successivamente, tra le ore 17.00 e le 19.00 circa, sentivo più volte il cons. Marsilli che confermava che l'interrogatorio sarebbe avvenuto nella mattina di venerdì e il rilascio sarebbe seguito. La mattina del venerdì 30 novembre ho più volte parlato con il dott. Marsilli apprendendo dapprima un particolare che era emerso, ossia che dopo il rilascio il dott. Zaffi avrebbe potuto partire subito e quindi non appariva opportuno che io cercassi di recarmi a Mosca. In una successiva telefonata, attorno alle ore 11, il cons. Marsilli riferiva che il dott. Marchegiani era presso la struttura detentiva e si attendeva il rilascio a breve. Alle ore 12.00 circa l'Ambasciatore Facco Bonetti chiamava comunicando che il rilascio era in corso; subito dopo il dott. Zaffi sarebbe stato condotto in Ambasciata per ristorarsi e che se, se la fosse sentita avrebbe potuto imbarcarsi su di un volo in partenza alle ore 17.00 locali (ore 15.00 in Italia). Intorno alle ore 13.00 il dott. Marsilli confermava l'avvenuto rilascio; avrebbe comunicato se il dott. Zaffi sarebbe partito o meno nel pomeriggio così da poterlo accogliere in Italia. Ancora nel corso del pomeriggio l'Ambasciata, da me interpellata, comunicava che il dott. Zaffi preferiva partire all'indomani. In serata veniva comunicato che il dott. Zaffi sarebbe arrivato il giorno dopo (sabato 1 dicembre) alle ore 18.40 a Venezia. Nel corso dei 2 giorni aggiornavo più volte la signora Zaffi in merito all'evoluzione della situazione. Il giorno dopo il dott. Zaffi si imbarcava sul volo Mosca-Venezia il cui arrivo era previsto per le ore 18.40. A Venezia ad attenderlo c'era la Presidente Cogo che accompagnava la signora Zaffi."⁹³

La fase successiva all'arrivo del dott. Zaffi in Italia è caratterizzata essa stessa da una serie di dichiarazioni contraddittorie sia sulla stampa che nelle sedi istituzionali.

In particolare la Commissione prende atto che la Presidente Cogo in un momento ha riferito di aver appreso la notizia dell'arresto del dott. Zaffi alle ore 17.00 del 28 novembre, mentre successivamente ha ammesso di essere venuta a conoscenza di tutto alle ore 10.00 del mattino dello stesso giorno.

- VIII° IL PROCESSO -

Il processo a carico del dott. Zaffi si svolge il 12 febbraio 2002 presso il Tribunale Intermunicipale (Circoscrizionale) Golovinskij SAO di Mosca rappresentato dalla Presidente della corte federale E.Ju.Kulenevaja, con la partecipazione del Pubblico Ministero V.A.Lebedev e l'avvocato D.Ju.Borisov difensore del dott. Zaffi.

⁹³ Da relazione dell'avv. Olivo. Allegato 58.

La sentenza viene pronunciata il giorno dopo, il 13 febbraio.

La Commissione ritiene necessario riportare integralmente il testo della sentenza:

“Davide Zaffi è accusato di contrabbando, ossia di esportazione in larga quantità attraverso il confine della Federazione russa di beni non esibiti al controllo doganale e non dichiarati.

In data 27 novembre 2001, verso le 17.10 circa, lo Zaffi, in procinto di lasciare il territorio russo con il volo LN 3213 Mosca-Monaco, al controllo doganale dell'aeroporto internazionale Seremet'ev-2 di Mosca, con proposito non dichiarava in forma scritta, come richiesto, e non esibiva al controllo doganale un quantitativo di denaro ingente, ossia 11.503 dollari americani, pari a 344.284 rubli e 79 copeche, che venivano scoperti dalla polizia di dogana nella tasca della sua giacca durante il controllo con metal detector precedente l'imbarco.

Interrogato nel corso dell'udienza del tribunale, Davide Zaffi ammetteva soltanto in parte la propria colpa in riferimento al reato contestatogli e dimostrava alla Corte che non era sua intenzione esportare illegalmente al di fuori del territorio della Federazione russa la suddetta somma di denaro, tra l'altro non di sua proprietà. Il 21 novembre 2001, infatti, lo Zaffi si era recato a Mosca per partecipare alla conferenza internazionale intitolata “Ne pace né guerra:riflessioni sul futuro della Moldavia”. Per le spese di partecipazione alla conferenza la Regione gli aveva messo a disposizione USD 17950. Prima della partenza per la Russia, tramite Internet lo Zaffi sottolineava la necessità di conoscere il paese dov'era diretto. La Regione, che mandava lo Zaffi in missione come partecipante alla conferenza, tuttavia non informava quest'ultimo delle leggi doganali vigenti nella Federazione russa. All'entrata nel territorio della Federazione russa, quindi, lo Zaffi non compilava la dichiarazione d'importazione, essendo all'oscuro della legislazione doganale. Terminata la conferenza, il 27 novembre 2001 lo Zaffi avrebbe dovuto tornare in Italia facendo scalo a Monaco. Aveva con sé USD 11.503, ossia ciò che rimaneva dopo il soggiorno e che avrebbe dovuto restituire alla Regione assieme con i giustificativi delle spese sostenute. All'aeroporto non compilava la dichiarazione doganale, non essendo al corrente delle leggi doganali, e si dirigeva al punto di controllo, assieme agli altri passeggeri. Il funzionario doganale non gli rivolgeva alcuna domanda e lo Zaffi a sua volta non riferiva nulla al funzionario doganale. Al suo passaggio attraverso il metal detector, essendo quest'ultimo entrato in funzione, gli veniva chiesto di depositare sul nastro tutti gli oggetti metallici, cosa che lo Zaffi faceva; il metal detector, tuttavia, continuava a suonare, per cui lo Zaffi veniva sottoposto a ispezione mediante un metal detector manuale. Veniva così scoperta nella tasca della giacca che indossava la summenzionata somma di valuta estera non dichiarata. Era la seconda volta che lo Zaffi si recava nella Federazione russa. Nel febbraio 2001, infatti, era stato a San Pietroburgo a scopo turistico. Lo Zaffi non è in grado di parlare correttamente il russo, ma può capire la lingua parlata e leggere l'alfabeto cirillico; migliore è invece la sua conoscenza dell'inglese. L'importo di denaro non speso doveva

essere restituito alla Regione, che l'aveva messo a disposizione dello Zaffi per il soggiorno.

Il reato di Davide Zaffi è confermato dalla totalità delle prove valutate dalla Corte, ossia:

- Il rapporto del doganiere OOBA D.B. Verchgradskij sul ritrovamento, in data 27.11.2001, alle ore 17.10, durante l'ispezione tecnica, nella tasca sinistra della giacca del passeggero Davide Zaffi in partenza per Monaco, di USD 11.503, non dichiarati nel formulario doganale (prova n.2);
- Il protocollo dell'ispezione, del ritrovamento della valuta e della confisca al passeggero del volo civile, nel corso dell'ispezione, della valuta illegalmente detenuta, dal quale protocollo si evince che in data 27.11.2001 il passeggero Davide Zaffi è stato sottoposto a ispezione, durante la quale è stata ritrovata nella tasca interna sinistra della giacca e confiscata una somma di USD 11.503 non dichiarata nel formulario doganale; in merito al fatto lo Zaffi spiegava di non essere a conoscenza dell'obbligo di dichiarare il possesso di valuta. Tale somma di denaro non era stata spesa dallo Zaffi perché di proprietà della Regione (prova . 3);
- Dichiarazioni simili rilasciate dai testimoni A.E. Cizova, D.V. Verchgradskij, che confermano la confisca a Davide Zaffi della somma di USD 11.503 non dichiarata in dogana, ritrovata nella tasca sinistra chiusa della sua giacca. Il testimone Verchgradskij ha inoltre spiegato alla Corte che l'area doganale è dotata di cartelli informativi nonché di un servizio di informazione doganale e che, oltretutto, ogni 30 minuti un altoparlante informa i passeggeri, in russo e in inglese, in merito alle modalità di dichiarazione doganale;
- Prove materiali: la somma, confiscata allo Zaffi, di USD 11.503 (prova n. 13);
- Fotocopia del biglietto aereo, tratto Mosca-Monaco, che indica l'orario di decollo del volo : 17.30 prova n. 28).

Secondo la Corte, ai sensi del capo I, articolo 188, del Codice penale della Federazione russa, la condotta di Davide Zaffi costituisce reato di "contrabbando", ossia di esportazione in larga quantità attraverso il confine della Federazione russa di beni non esibiti al controllo doganale e non dichiarati.

In riferimento all'articolo 169 del Codice doganale della Federazione russa, la dichiarazione doganale avviene mediante comunicazione, nelle forme previste (scritta, orale o altro), di informazioni precise riguardante le merci e il loro regime doganale nonché di altre informazioni necessarie ai fini del controllo doganale. La forma e le modalità di dichiarazione sono definite dal Comitato doganale di Stato della Federazione russa.

Ai sensi del punto 2.4. delle norme sull'espletamento delle formalità doganali e sul controllo doganale delle merci transitanti attraverso il confine della Federazione russa, non destinate a un'attività produttiva o ad altra attività di tipo commerciale, e confermato con ordinanza n.38 del Codice doganale della Federazione russa del 25.1.1999 e successivi emendamenti del 9.6.2001, si ritengono soggetti a dichiarazione obbligatoria in forma scritta gli importi in valuta estera superiori a USD 1500 esportati dal territorio della Federazione russa da persone fisiche.

Davide Zaffi, essendo non residente nella Federazione russa e avendo in precedenza attraversato il confine statale e doganale della Federazione russa:

essendo la zona doganale dotata di tutte le necessarie informazioni in merito alle modalità di introduzione di merci attraverso il confine doganale della Federazione russa; avendo lo Zaffi una conoscenza di base della lingua russa, nonché sapendo certamente di avere con sé USD 11.503 e di tenerli in un posto difficilmente visibile; non essendo inoltre tale somma accompagnata da documentazione che ne legalizza l'esportazione; tentava di esportare tale somma senza dichiararla, come richiesto, in forma scritta.

Nel corso dell'udienza del tribunale, l'Avv. D.Ju.Borisov, in qualità di legale della difesa, ha avanzato l'istanza di sospensione dell'azione penale nei confronti dell'imputato, essendo cambiate le circostanze del caso.

La Corte, udita l'opinione dei partecipanti al processo, ha ritenuto di poter accogliere l'istanza di sospensione, poiché Davide Zaffi è padre di due figli minorenni, svolge un'attività socialmente utile e si distingue per un comportamento corretto, anche sul territorio della Federazione russa: in passato lo Zaffi non è stato chiamato a rispondere di reati, non ha precedenti penali e il delitto da lui commesso non rappresenta una grave minaccia sociale; dopo aver commesso il fatto, ha tenuto un comportamento che testimonia del suo pentimento, ossia si è premurato di prendere conoscenza della legislazione doganale della Federazione russa nel dettaglio, tanto che, se dovesse attraversare nuovamente il confine russo in futuro, sarebbe in grado di adempiere a tutti gli obblighi doganali; continua inoltre a partecipare attivamente ad attività socialmente utili e, pertanto, ha cessato di essere un soggetto socialmente pericoloso; tutto ciò considerato l'azione penale nei suoi confronti viene pertanto sospesa.

Davide Zaffi non ha nulla in contrario alla sospensione del procedimento per ragioni di carattere non riabilitativo.

Corpo del reato: gli USD 11.503, oggetto del reato di contrabbando, vengono confiscati dalle autorità statali.

Per questi motivi e ai sensi dell'articolo 77 del Codice penale della Federazione russa, degli articoli 6 e 256 del Codice di procedura penale della Repubblica socialista sovietica russa la Corte

DICHIARA

- sospesa l'azione penale promossa nei confronti di Davide Zaffi in forza del capo I, articolo 188, del Codice penale della Federazione russa essendo cambiate le circostanze del caso;
- di revocare la misura preventiva di affidamento a una struttura pubblica decisa nei confronti di Davide Zaffi;
- di confiscare la prova materiale, ossia una somma in valuta estera di USD 11.503, attualmente depositata presso FINO LUVV dell'aeroporto di Seremet'ev.

La presente decisione può essere impugnata presso il Tribunale statale di Mosca entro 7 giorni.

Così deciso nella sede della Corte federale⁹⁴.

La Commissione durante la sua permanenza a Mosca ha ritenuto opportuno incontrare la Presidente della Corte federale, signora E.Ju.Kulenevaja, e il

⁹⁴ Decisione del Tribunale di Mosca del 13 febbraio. Allegato 59.

Pubblico Ministero, signor V.A.Lebedev, ai quali la Commissione ha chiesto raggugli sullo svolgimento del Processo.

Tanto il giudice che il pubblico ministero, pur dimostrando grande disponibilità e cortesia, si sono limitati a richiamare gli atti di causa.

- IX° IL RENDICONTO -

Il rendiconto fornito dal funzionario delegato dott. Zaffi è il seguente (rendiconto n. 110 prot. n. 8146/Cons. reg. del 14.01.2002)⁹⁵:

Nr.	Data di pagamento- Datum der Auszahlung	Creditore Glaubiger	Oggetto della spesa Gegenstand Der Ausgabe	Docum. Giustific. (tipo data) Beleg (Art. und Datum)	Importo pagato Ausgezählter Betrag
1	21.11.01	Sezione Trasporti Tuorskaja	trasporto	quietanza 21.11	350
2	22.11.01	Università Mosca	tasse di registrazione e soggiorno	ricevuta 22.11	120
3	22.11.01	Università Mosca	pranzi del 23-24/11	ricevuta 22.11	335
4	22.11.01	Università Mosca	affitto sala	ricevuta 22.11	300
5	22.11.01	Ristor. Marriot	pranzo	ricevuta 22.11	116,55
6	22.11.01	Ristor. Nausei	cena	ricevuta 22.11	160
7	23.11.01	Ristor. Godunov	cena	ricevuta 23.11	684
8	24.11.01	Conference service	traduzioni russo-inglese e v.v.	ricevuta 24.11	2000
9	24.11.01	Ristor. Tandur	cena	ricevuta 24.11	381
10	25.11.01	Stroimpuls	traduzioni russo-italiano e v.v.	ricevuta 25.11	1000
11	25.11.01	Ristor. StarJi Faeton	pranzo	ricevuta 25.11	67
12	25.11.01	Ristor. Mama Zoja	cena	ricevuta 25.11	36
13	26.11.01	Università Mosca	pernottamenti ospiti	ricevuta 26.11	1200
14	27.11.01	Università Mosca	trasporto	ricevuta 27.11	70
				TOTALE	6819,55 USD
				LIRE	15.187.137
				Cambio 1 USD =	
				2227 LIRA	

⁹⁵ Rendiconto fornito dal funzionario delegato dott. Zaffi prot. 8146 Cons. Reg. del 14.01.2002. Allegato 60.

A fronte dei 40 milioni (17.950 USD) preventivati da delibera n. 1.625 e prelevati dal funzionario delegato dott. Zaffi per il finanziamento del convegno, le spese complessive risultanti ammontano a lire 15.187.137 (6.819,55 USD).

Relativamente al rendiconto la Commissione ritiene di fare le seguenti osservazioni.

Numerose ricevute non portano il nome del funzionario delegato, Davide Zaffi.

In particolare la ricevuta di 2.000 USD emessa dalla Conference Service Inc., relativa al servizio di traduzione simultanea dal russo all'inglese e viceversa, di cui all'allegato 8 del rendiconto, è priva del nome nello spazio riservato al versante.

In secondo luogo va osservato che sulla base di quanto comunicato dalla Ragioneria alla Commissione, entrambi i documenti relativamente al servizio traduzioni sono state consegnate in data 17 dicembre 2001, vale a dire in un tempo successivo rispetto alla consegna della prima parte della documentazione contabile (12 dicembre 2001).

A suo tempo la Commissione interna, presieduta dall'avv. Conci, aveva ritenuto "censurabile il comportamento del dott. Zaffi nei confronti della Commissione per non aver presentato tutta la documentazione in suo possesso in una unica soluzione"⁹⁶.

Abbiamo verificato sulla base dei dubbi emersi dall'esame dei due documenti relativi al servizio di traduzione l'inesistenza delle aziende di traduzione che hanno emesso i medesimi documenti.

Da ricerche effettuate dalla Commissione non risulta che esista la Conference Service Inc. sul territorio degli USA.

Dal documento, al n. 8 del rendiconto, viene individuata la signora Emma J.Canter che la Commissione ha contattato telefonicamente da Bolzano.

La signora Canter in quell'occasione confermava che suo marito aveva fatto il servizio di traduzione e per questo lavoro aveva ricevuto il compenso di 2.000 dollari, rifiutandosi di fornire informazioni sull'esistenza della ditta .

⁹⁶ Vedi nota 10. Relazione conclusiva della Commissione conoscitiva costituita con decreto della Presidente della Regione n. 650/P del 7 dicembre 2001 pag. 17. Allegato 8.

Il numero telefonico della signora Emma J. Canter era stato fornito alla Commissione a mezzo telefono dalla signora Petuchowa dell'Università Umanistica.

A Mosca, nel corso del colloquio con la signora Irina Vladimirovna Karapetiants, Vice Rettore e Responsabile delle relazioni esterne dell'Università Umanistica, la Commissione non otteneva l'indirizzo della società Conference Service Inc., che non era conosciuta, né della signora Emma J. Canter.

La Commissione otteneva invece il numero telefonico della signora Canter. Nel corso della telefonata, la stessa si rifiutava in un primo momento di incontrare i membri della Commissione; dopo pressanti richieste la signora Canter accettava di incontrare la Commissione non nel suo ufficio, ma presso un albergo.

In quell'incontro la signora Canter, accompagnata da suo marito, lasciava a quest'ultimo il compito di interloquire con la Commissione.

Si accertava che il vero cognome della signora Emma risultava essere Kantor; in secondo luogo il signor Kantor dichiarava di non ricordare esattamente il compenso percepito per il servizio traduzione; in terzo luogo i coniugi Kantor riconoscevano in Davide Zaffi, ai quali è stata sottoposta alla loro visione una fotografia tratta da internet, la persona che aveva provveduto materialmente al pagamento.

La Commissione chiedeva spiegazioni circa la mancanza del nome dell'erogatore della somma nello spazio apposito della ricevuta di pagamento di 2.000 dollari.

Il signor Kantor affermava che ciò era dovuto al fatto che lo stesso Zaffi aveva chiesto di non riportare il suo nome.

I coniugi Kantor, pur dichiarando che erano titolari di una azienda di traduzioni, non sono riusciti a dimostrarlo, tanto è vero che non hanno voluto ricevere la Commissione presso i loro uffici.

Nel corso del colloquio con i coniugi Kantor, la Commissione veniva a conoscenza della presenza di una giovane traduttrice, il cui compito consisteva nel tradurre il breve intervento di circa 10 i minuti, così ci hanno riferito, di un relatore che parlava italiano.

Relativamente alla ricevuta di 1.000 dollari, di cui al punto n. 10 del rendiconto, emessa dalla ditta Stroimpuls, la Commissione ha accertato che a San Pietroburgo non esiste questa azienda di traduzioni.

Non solo, il corrispondente numero telefonico risulta essere intestato ad un'anziana signora.

Il numero di fax corrisponde invece ad un numero di telefono di un'altra signora che ci ha informato che quel numero risultava essere addirittura della nonna.

La Commissione ha invece accertato che a San Pietroburgo esiste un'azienda con lo stesso nome, ma si occupa di edilizia.

La medesima ditta interpellata dalla Commissione ha riferito che non ha mai svolto servizi di traduzione.

Dal documento falso Stroimpuls si evince che la signora Natasha Vereshagina sia stata la traduttrice.

La Commissione ha accertato invece che questo nome non compare nell'elenco ufficiale dei traduttori di San Pietroburgo.

A proposito del servizio di traduzioni del convegno di Mosca, la Commissione è stata informata dalla Ragioneria, con nota del 1 marzo 2002⁹⁷ che è sopraggiunta una terza fattura emessa dal Centro Studi della storia dell'Europa orientale, di cui è responsabile il dott. Fernando Orlandi, coorganizzatore del convegno di Mosca, per l'importo di lire 5.016.000.

Relativamente a questa fattura, non risulta alla Commissione, dopo gli accertamenti eseguiti, esser stata effettuata la traduzione simultanea dal moldavo all'inglese e dal moldavo al russo durante il convegno di Mosca.

Accanto agli accertamenti della Commissione ci sono quelli in corso da parte della Ragioneria della Regione che riflettono le stesse osservazioni effettuate dalla Commissione.

A proposito della Conference Service scrive fra l'altro la dirigente della ragioneria nella sua nota alla Commissione del 1 marzo 2002 "sempre da una ricerca internet effettuata in base all'indirizzo indicato, risulta che nel luogo indicato ha domicilio la Thompson & Knight LLP. Questa società da noi interpellata, ci ha comunicato che l'indirizzo da noi ricercato corrisponde ad un intero piano occupato dalla Thompson e pertanto non può avervi sede altra società. Inoltre essa ha comunicato di non conoscere la Conference Service e nemmeno la coordinatrice e direttrice del servizio linguistico Emma J. Canter firmataria della fattura. Secondo la legislazione americana la falsa indicazione di un indirizzo costituisce reato e, pertanto, la Thompson ci ha chiesto la documentazione per gli opportuni passi legali".

Relativamente alla ricevuta del servizio di trasporto dei relatori dall'aeroporto all'università e viceversa, di cui all'allegato 1 del rendiconto, si osserva che il compenso relativo è stato pagato anticipatamente al servizio prestato dal dott. Fernando Orlandi per un servizio di trasporto che era stato organizzato per l'intera permanenza a Mosca.

⁹⁷ Comunicazioni riguardanti il rendiconto del dott. Zaffi. Allegato 61.

Il dott. Zaffi giustifica il fatto che ci sia stato il pagamento anticipato del servizio di trasporto e che tale pagamento sia stato effettuato dal dott. Orlandi e non da lui perché, avendo mal di schiena, dopo aver concordato con l'autista che si sarebbero visti l'indomani mattina alle ore 9.00, si era ritirato nella sua camera.

La Commissione ha accertato presso la sede principale della banca "Tromstroj" di Mosca che la filiale "Tverskoj" che compare sulla ricevuta e sul timbro non esiste.

Inoltre il funzionario della stessa banca ha affermato che la filiale non è mai esistita e che il timbro apposto in calce al documento medesimo è contraffatto.

Lo stesso vale per il documento indicato al punto n. 14 del rendiconto.

Relativamente alla ricevuta, di cui al n. 2 allegata al rendiconto, si osserva che la Regione ha pagato 120 dollari per i servizi di registrazione delle persone ospitate nel campus dell'Università Umanistica.

Non avendo accertato quale fosse il numero effettivo dei partecipanti al convegno e avendo dimostrato la precarietà della documentazione relativa, sia per quanto riguarda la contraddittorietà delle liste presentateci e della riconciliazione della lista ufficialmente consegnata alla Ragioneria dal funzionario delegato con la documentazione rilasciata dalla stessa Università e dalle dichiarazioni dei responsabili della stessa Università, la Commissione non è in grado di poter esprimere valutazioni sulla congruità della spesa.

Lo stesso ragionamento vale per la ricevuta n. 3 di cui al rendiconto.

Per quanto riguarda la ricevuta dell'affitto sala di cui al punto n. 4 del rendiconto, risulta alla Commissione che in un primo momento l'utilizzo della sala non comportava oneri⁹⁸ (vedi relazione Zaffi), successivamente la Regione ha liquidato l'importo di 300 dollari sulla base della ricevuta in parola.

Per quanto riguarda le spese a carico della Regione circa il pernottamento degli ospiti, la Commissione non è in grado di valutare la congruità dell'onere stante la contraddittorietà della documentazione acquisita.

⁹⁸ Vedi nota 57. Relazione del dott. Zaffi. Allegato 29.

ELENCO DEGLI ALLEGATI ALLA RELAZIONE FINALE

NOTA BENE: Tutti gli allegati sono depositati presso la Segreteria del Consiglio regionale a Trento.

Allegato 1: Traduzione del verbale di incriminazione e scarcerazione, trasmesso dalla Giunta regionale in prot. 7642/C.R. del 4.01.2002.

Allegato 2: Locandina del convegno.

Allegato 3: Ordine del giorno approvato a maggioranza dal Consiglio regionale nella seduta del 6 dicembre 2001.

Allegato 4: Decreto del Presidente del Consiglio regionale n. 430 del 10 dicembre 2001.

Allegato 5: Prospetto delle sedute e delle audizioni effettuate con relativi testimoni.

Allegato 6: Testo unificato delle leggi "Iniziativa per la promozione dell'integrazione europea e disposizioni per lo svolgimento di particolari attività di interesse regionale" approvato con decreto del Presidente della Giunta regionale 23 giugno 1997, n. 8/L.

Allegato 7: Documentazione inerente i lavori delle Commissioni legislative degli anni 1988, 1995, 1996 e 1998; resoconti del dibattito consiliare del 1988 attinenti la legislazione sulle "iniziative europee" e libro del cons. Passerini dal titolo "Euregio il ponte o il muro".

Allegato 8: Relazione conclusiva della Commissione conoscitiva costituita con decreto della Presidente della Regione n. 650/P del 7 dicembre 2001.

Allegato 9: Nota della dott.ssa Tassinari: "Appunto per il Segretario della Giunta regionale avv. Franco Conci" del 4 ottobre 1999.

Allegato 10: Decreto n. 63/A del 12 marzo 1999 "determinazione delle ripartizioni degli affari tra i singoli Assessori effettivi".

Allegato 11: Decreto n. 35/A del 10.02.2000 "Modifica del D.P.G.R. n. 63/A del 12 marzo 1999 di ripartizione degli affari tra gli Assessori".

Allegato 12: Decreto 450/A del 12.12.2000 "Determinazione della ripartizione degli affari tra i singoli Assessori effettivi".

Allegato 13: Decreto 643/A del 5.12.2001 “Modifica del D.P.G.R. n. 450/A del 12 dicembre 2000 concernente il riparto degli affari tra Assessori.”.

Allegato 14: Decreto n. 136/A “Collocazione delle Ripartizioni e Strutture equiparate alle dipendenze della Presidente e degli Assessori regionali”.

Allegato 15: Deliberazione n. 1094 del 24.09.1999 “Attivazione della quota parte del Segretariato Alpe Adria spettante alla Regione Autonoma Trentino-Alto Adige”.

Allegato 16: Deliberazione n. 916 del 25.06.2001 “Realizzazione di iniziative e programmi di collaborazione interregionale con realtà istituzionali dell’Est Europeo. Secondo semestre 2001”.

Allegato 17: Deliberazione n. 1625 del 14.11.2001 “Modifica alla deliberazione n. 916 del 25.06.2001 relativa alla organizzazione di un seminario sul regionalismo”.

Allegato 18: Nota a firma dott. Adriano Paoli dd. 14 febbraio 2002, prot. Cons. reg. 8059.

Allegato 19: Bozza della delibera n. 1625.

Allegato 20: Legge regionale 9 maggio 1991, n. 10 – art. 50: Funzionario delegato.

Allegato 21: Legge regionale 9 maggio 1991, n. 10 – art. 51 Rendiconti dei funzionari delegati.

Allegato 22: Moduli indennità e rimborsi per trasferte.

Allegato 23: Richiesta di lavorazione per n. 1000 copie del il programma del “convegno di Mosca”.

Allegato 24: Nota avv. Beber dd. 11 febbraio 2002: Ulteriori chiarimenti attività “Centro stampa e duplicazione” per “caso Mosca”.

Allegato 25: Nota sig. Sembenotti del 15.02.2002.

Allegato 26: Copia dell’orario dei voli a/r del dott. Zaffi.

Allegato 27: Fac-simile del modulo da presentare alla dogana russa.

Allegato 28: Dichiarazione della Lufthansa dd. 22.02.2002 inerente la consegna dei formulari ai fini della dichiarazione doganale.

Allegato 29: Relazione dott. Zaffi prot. n. 7648/C.R. dd. 7.01.02 , pag. 9.

Allegato 30: Relazione dott. Grandi prot. n. 7634/C.R. dd. 4.01.02, pag. 5.

Allegato 31: Estratto conto n. 68/01 agenzia viaggi Betulle s.r.l. di Levico Terme dd. 12.12.2001.

Allegato 32: Lista dei pernottamenti a Mosca.

Allegato 33: Materiale illustrativo del convegno “No peace no war: considerations on Moldova’s future” stampato a Mosca.

Allegato 34: Relazione sul convegno a firma del dott. Paoli dd. 18.02.2002.

Allegato 35: Relazione dott. Pietro Marchigiani – Vice Responsabile Cancelleria Consolare presso l’Ambasciata di Mosca prot. n. 8012/C.R. del 8.02.2002.

Allegato 36: Relazione dott. Marco Marsilli – Consigliere d’Ambasciata presso l’Ambasciata di Mosca prot. n. 7926/C.R. del 31.01.2002.

Allegato 37: Resoconto stenografico dell’intervento del Vicepresidente dott. Grandi nella seduta del consiglio regionale dd. 5.12.2001.

Allegato 38: Relazione dell’avv. Conci dal titolo “Fermo del dott. Zaffi”.

Allegato 39: Nota dd. 11 febbraio 2002 a firma del Vicepresidente Grandi con allegato il: “programma di iniziative di cooperazione interregionale nell’area post-sovietica giugno-dicembre 2001”.

Allegato 40: Dall’audizione del Segretario generale della Giunta regionale avv. Franco Conci del 22 gennaio 2002.

Allegato 41: Audizione della ex Presidente della Giunta Cogo del 22 gennaio 2002.

Allegato 42: Circolare n. 190/SGA del 14 luglio 1994 a firma del Segretario generale Dr. Günther Putz con oggetto: “procedura di formazione dei provvedimenti deliberativi”.

Allegato 43: Circolare prot. 16627-SGA del 7 ottobre 1999 a firma dell’avv. Engl.

Allegato 44: Audizione della Vicesegretario della Giunta regionale avv. Edith Engl del 17 gennaio 2002.

Allegato 45: Parere dell’Avvocatura dello Stato inerente i compiti della Ragioneria generale del 13 marzo 2000.

Allegato 46: Parere dell’Avvocatura distrettuale dello Stato in ordine ad “azioni della Regione a favore delle minoranze linguistiche tedesche in Ungheria”.

Allegato 47: Rendiconto del funzionario delegato dott. Zaffi pervenuto alla Ragioneria in data 14 gennaio 2002.

Allegato 48: Corrispondenza intercorsa fra i dirigenti della Ragioneria e il dott. Zaffi nei giorni 18 e 19 febbraio 2002 e nota esplicativa del dott. Zaffi di data 22 febbraio 2002.

Allegato 49: Fotografia della cartellonistica inerente i controlli doganali.

Allegato 50: Prospetto inerenti gli stanziamenti dei capp. 305 e 310 dal 1994 al 2002 ex rendiconti 1994 fino al bilancio -2001.

Allegato 51: E-mail del dott. Bensi a sig. Karapetjanz del 16 settembre 2001 con oggetto Conferenza sulle problematiche in Moldavia.

Allegato 52: Seconda lista dei pernottamenti a Mosca.

Allegato 53: Lista dei pernottamenti fornita dall'Università di Mosca.

Allegato 54: Schedine di pernottamento presso l'Università Umanistica di Mosca.

Allegato 55: Solleciti per la fornitura dei tabulati telefonici.

Allegato 56: Fotografie della sala di imbarco e locali attigue.

Allegato 57: Fax del dott. Magagnotti all'Ambasciata.

Allegato 58: Relazione dell'avv. Olivo.

Allegato 59: Decisione del Tribunale di Mosca del 13 febbraio.

Allegato 60: Rendiconto fornito dal funzionario delegato dott. Zaffi prot. 8146 Cons. Reg. del 14.01.2002.

Allegato 61: Comunicazioni riguardanti il rendiconto del dott. Zaffi.

Videocassetta VHS disponibile presso la Segreteria del Consiglio regionale.

PRÄSIDENT: Danke, Herr Präsident Taverna für die Verlesung des Berichtes. Jetzt haben gemäß Vereinbarung der Fraktionssprecher, wenn sie wollen, gleich das Wort die Frau Abgeordnete Cogo, der Vizepräsident Grandi und der Vizepräsident Atz, wobei die Reihenfolge beliebig ist.

Verzeihung, vorher noch natürlich die Präsidenten zur Illustration der Berichte. Der Präsident Lo Sciuto und der Präsident Taverna können noch eine viertel Stunde Erläuterungen zu ihren Berichten abgeben.

Abg. Lo Sciuto, möchten Sie jetzt gleich sprechen? Der Abgeordnete Lo Sciuto hat das Wort. Bitte, Herr Präsident.

LO SCIUTO: Avrei evitato di illustrarla se non fosse trascorso così tanto tempo dalla lettura, però do per scontato che i colleghi dell'intero Consiglio ne abbiano preso visione e che ricordino le conclusioni della commissione che sono stato chiamato a presiedere.

Volevo ricordare quale era il contenuto, quindi farò qualche considerazione e riassumerò le conclusioni.

L'obiettivo delle commissioni era quello di accertare comportamenti di amministratori e funzionari della Regione, circa il rispetto delle norme di correttezza gestionale in occasione dell'organizzazione di convegni, viaggi in Italia o all'estero, con le vetture della Regione, o anche comportamenti sempre di amministratori e funzionari sotto il profilo del rispetto delle leggi e di norme di correttezza gestionale nell'erogazione di contributi ad associazioni, enti e così via; cioè, in altre parole, circa la gestione della legge del 1988 così come modificata nel 1995 e nel 1997. E' per questo che noi, nel pur nel breve riesame di questa legge, abbiamo dovuto rilevare come fossero state compiute delle illegittimità nel momento in cui non è stato costituito il comitato, non si è fatto il programma eccetera, pur sapendo che né il viaggio a Mosca né il viaggio a Budapest rientrano in questo contesto, ma eravamo stati chiamati a discutere anche di questo aspetto, circa l'erogazione di contributi quindi non potevamo non mettere in rilievo come fossero state violate precise norme di legge in moltissime delibere che concedevano contributi ad enti, associazioni e così via.

Certamente il viaggio a Budapest, così come quello a Mosca, non rientra tra le competenze comunque di un comitato, se vi fosse stato.

Abbiamo cercato di rispettare il termine ultimo per la conclusione dei lavori che c'era stato assegnato dal Consiglio. Sapevamo che entro il 31 gennaio avremmo dovuto concludere con una relazione e quindi ci siamo dati un programma per rispettare questo impegno. Se nel corso dei lavori fossero emerse delle complicazioni noi avremmo poi rimesso al Consiglio stesso l'opportunità di ulteriori approfondimenti. Mi dispiace per le considerazioni che dovrò fare e mi dispiace dell'assenza dell'assessore Atz e della ex Presidente Cogo. Ecco che è arrivata e sono contento per questo.

Dopo la presentazione della relazione qualcuno, com'era del resto prevedibile, ha parlato di strumentalizzazioni politiche. Per nostra cultura riconosciamo a chi si sente "accusato" il diritto di difendersi ricorrendo ad argomentazioni e persino alla bugia. Riconosciamo questo diritto a chi ritiene di doversi difendere, non riconosciamo lo stesso diritto a chi invece "accusa".

Proprio per questo, perché non fa parte della nostra cultura e del nostro modo di intendere la politica, che non è politica se non ha anche valori e tra questi valori c'è anche il rispetto della persona che occupa un posto centrale.

Certo sappiamo quanto sia difficile mantenersi nella più assoluta neutralità e da un soggetto è quasi una contraddizione pretendere l'assoluta obiettività. Però se pur non si possa pretendere questo, si deve pretendere la totale onestà intellettuale. Allora proprio per questo la nostra commissione ha lasciato che fossero i fatti nudi e crudi e gli attori di questa vicenda a parlare.

D'altra parte, se così non fosse stato, non avremmo raggiunto l'unanimità di consensi all'interno della stessa commissione proprio perché abbiamo lasciato parlare i fatti e le persone che abbiamo ascoltato.

La relazione, se pure in forma riassuntiva e discorsiva per facilitarne la lettura, potrebbe essere in ogni suo passo, in ogni suo periodo, virgolettata e con soddisfazione abbiamo potuto rilevare come nessuno possa venirci a dire, come non ci ha detto, di essere stato male interpretato o, peggio ancora, che abbiamo travisato ciò che era stato detto.

Sulle implicazioni politiche di questo lavoro ci sarebbero state, come credo ci saranno, delle diversità, delle sensibilità diverse perché mentre alcuni magari non ne fanno discendere un giudizio negativo sull'intera gestione della Regione e vogliono limitare il campo del giudizio negativo soltanto alla gestione di questa legge, per quanto mi riguarda invece proprio perché la Regione non ha moltissime altre competenze e anche per le dichiarazioni dell'assessore Atz, il problema l'implicazione negativa riguarda l'intera gestione della Regione.

Se ricordiamo esattamente qual'era l'oggetto dell'inchiesta, ci si rende conto che evidentemente non dovevamo né potevamo svolgere indagini per identificare i ladri delle auto a Budapest. Non era questo il nostro compito e non avrebbe mai potuto essere questo.

Abbiamo rilevato che nessuna responsabilità dolosa possa essere attribuita a amministratori o funzionari dipendenti della Regione in ordine a questo furto. Parlo di responsabilità dolosa. Certo disattenzione, certo modo allegro di gestire le risorse ed anche i mezzi, ma certamente non abbiamo rilevato nessuna responsabilità dolosa, in capo a chicchessia, per ciò che riguarda gli amministratori, i funzionari dipendenti, gli autisti. Anzi, gli autisti sono delle vittime, hanno pagato con beni propri, personali questo furto perché all'interno delle macchine c'erano soldi, effetti ed altre cose che appartenevano agli autisti.

Nella relazione abbiamo certamente suggerito alla Regione che sarebbe stato opportuno seguire e stimolare le indagini in loco, perché sarebbe interessante capire quanto ci sia di vero nelle dichiarazioni di qualche ungherese, non certamente fra gli italiani, diciamo così. Accertare, per esempio, a che ora chiudono gli uffici del Difensore civico perché Heinek dice che alle 16.30, quando è arrivato lì, ha richiamato ancora una volta all'attenzione degli uscieri sul fatto che c'erano delle macchine, mentre gli autisti quando sono arrivati lì hanno constatato il furto e hanno detto che gli uffici erano chiusi.

Sarebbe importante, credo, da parte della Regione seguire, incentivare, stimolare le indagini, non tanto per tentare di identificare i ladri o per recuperare le macchine, quanto per sapere con chi la Regione si sta rapportando quando va in Ungheria. Perché seppure verrà cambiato l'assessore competente di questo settore, Atz, che ha una visione evidentemente del suo ruolo tedescofona, quando si parla di minoranze, perché sembra che esistano solo questo tipo di minoranze per lui, in una visione pangermanistica della sua politica. Quand'anche si cambiasse assessore credo che i rapporti con l'Ungheria continueranno e vorrei sapere, e credo che la Regione lo dovrebbe fare, chi sono le persone con le quali intratteniamo questi rapporti perché molti dubbi su Heinek certamente non li possiamo sottacere.

Questo, come dicevo prima, è compito della Regione, perché è parte lesa, non certo della commissione.

Noi non avevamo motivo, qualcuno ha pure detto che si poteva andare a Budapest, di andare a Budapest. Non ci sembrava necessario e quindi non ci sembrava serio avanzare una proposta di questo genere, perché non dovevamo svolgere indagini in loco e perché non avevamo motivo di dubitare delle circostanze in cui si è verificato il furto per il semplice fatto che tutte le persone ascoltate, gli autisti e tutti gli altri, hanno concordemente indicato tutte le circostanze relative al furto. Non avevamo quindi motivo di andare in Ungheria.

Anche noi abbiamo dovuto rilevare confusione, difficoltà di lettura, per non usare altre espressioni, circa la documentazione prodotta per il rimborso delle spese. Ma qui più che indagare sul singolo scontrino, che è all'oscuro anche per ciò che abbiamo potuto provvedere noi, credo che più che indagare sul singolo scontrino, sapendo che esistono molte differenze tra un paese e l'altro, sarebbe opportuno invece richiamare l'attenzione della Giunta e della Regione per darsi un regolamento più rigoroso e più trasparente anche in queste cose. Certamente, per esempio, sapete che come consiglieri, ma anche nello stato quando si va all'estero c'è un trattamento di missione omnicomprendente, semmai l'unica cosa che può essere pagata a parte è l'albergo decurtando il trattamento di missione, ma certamente non si accettano scontrini che non abbiano veste di ricevuta fiscale.

Quindi darsi un regolamento, prendere esempio, far tesoro di ciò che è emerso per darsi un regolamento più serio e rigoroso mi sembra che sia la raccomandazione più seria che si possa fare in questa circostanza. Così come abbiamo rilevato il pressappochismo che caratterizza innumerevoli deliberazioni. Pressappochismo nelle motivazioni, persino nel fare i conti. Per esempio l'assessore Atz ci ha rimproverato di non saper leggere bene la delibera e si riferiva, evidentemente, alla delibera n. 1615 del 2001, però questa delibera non può essere letta senza tenere sott'occhio anche la prima delibera cioè la n. 1620 del 2000 perché da lì ci si rende conto qual è il maggiore incremento di spesa rispetto a quanto previsto. Poi vorrei dire, dato che l'assessore Atz se le cerca tutte, che se noi forse non sappiamo leggere le delibere è certo che però lui non sa far di conto, come gli è stato giustamente rimproverato. Ma l'assessore Atz ha diritto di difendersi come vuole perché vedete, tanto è sciatto il modo di amministrare tanto è assurdo il modo di fare delibere che non si sono accorti che lire 131.892.800 più lire 89.107.200 non fanno lire 210.000.000 come è scritto nella delibera stessa, ma fanno 221.000.000 e questo significa che nessuno controlla queste cose. Quale altro esempio più macroscopico per dire che la Regione non è stata in modo sciatto con un criterio di pressappochismo così come abbiamo evidenziato nella nostra relazione?

Vorrei dire che evidentemente nella furia di spendere questi soldi in un ente virtuale, amministratori virtuali di un ente virtuale che non ha più competenze per le stesse cose che diceva l'assessore Atz; evidentemente non ci si cura neanche delle forme ed è difficile anche per l'apparato burocratico dare veste giuridica a certe spese, a certi viaggi e così via. Ecco perché non abbiamo voluto buttare la croce addosso ai funzionari pur non assolvendo

nessuno. Bisogna prendere atto, cari colleghi, che i fatti di Mosca e i fatti di Budapest sono incidenti di percorso, probabilmente maledetti dalla Giunta che c'era, ma che noi dobbiamo salutare positivamente perché ci hanno aiutato a scoprire un pentolone. Questo è il vero problema. Sarebbe assurdo limitarci, fare un dibattito per vedere se Zaffi è così cretino da aver volutamente violato certe leggi, e mi chiederei perché l'avrebbe dovuto fare, ma sarebbe veramente riduttivo se noi non centrassimo quale è il problema politico. Questo non significa che i comportamenti umani, individuali, non abbiano un loro peso, ma nulla aggiungono e nulla tolgono al fatto che questo è prima di ogni altra cosa un problema politico, un problema di gestione della Regione.

L'ex Presidente Cogo si è raggelata quando abbiamo letto la nostra relazione perché ha detto: "Ma voi mettete tutti nello stesso calderone?". Noi non abbiamo espresso giudizi morali, è sui giudizi morali che si può fare una certa distinzione; si può graduare l'opinione sui comportamenti umani e morali, ma non sui comportamenti politici e siccome ho detto che questi incidenti sono figli di una gestione, nessuno nella Giunta si può chiamare fuori rispetto a questa gestione, neanche chi votava contro a questa o a quell'altra delibera, tanto è vero che ammettono poi, nella stessa nota che ci è pervenuta, che quando l'assessore Zendron si intrometteva sembrava si immischiasse in faccende altrui. Ma certo che erano faccende altrui nel momento in cui la Giunta si poggia sul patto spartitorio, liquidatorio della Regione.

PRÄSIDENT: Signor Lo Sciuto, lei ha già parlato quindici minuti, però può subito, se vuole, aggiungere ancora dieci minuti come consigliere, così sarebbero 25 minuti. Continui pure.

LO SCIUTO: Magari sì, grazie. Dicevo che sono figli di una gestione della Regione che è spartitoria e liquidatoria e allora chi, quale assessore si può chiamare fuori da tutto questo e come se ne può chiamare fuori la Presidente della Giunta? Ripeto: si possono graduare i giudizi morali, i giudizi personali sul modo di gestire la cosa pubblica, ma come si risolverebbe il problema? Questo è il discorso che voglio fare ai colleghi. Voi pensate che sostituendo la Giunta con persone più accorte, con persone magari più scrupolose nello spendere il denaro, il problema politico di per se è risolto. Il problema politico è che questa Giunta nasce su un accordo che precede ancora l'attribuzione delle deleghe alle province su quelle poche materie rimaste e, di fatto, spogliano la Regione delle ultime competenze e si attribuiscono poi quasi fosse una banca, come è stato giustamente detto, si dividono le risorse; non solo Denicolò, non solo per questa legge, ma per qualunque altro capitolo che riguardasse la distribuzione di risorse, il cinquanta per cento a Bolzano gestito da chi rappresentava Bolzano e non la Regione, e il cinquanta per cento dai trentini che rappresentavano Trento e non la Regione, perché la Regione non ha più una politica, non aveva una politica, non aveva obiettivi propri.

La Regione doveva soltanto distribuire questi soldi che gli erano rimasti dopo che gli erano state tolte le competenze. Da qui lo stato, credo anche di frustrazione, dei pubblici amministratori che amministrano un ente virtuale. E forse anche lo stato di frustrazione dell'apparato, dei funzionari, dei dipendenti che, come qualcuno aveva detto, tutti si sentivano quasi in libera

uscita e quindi tutti si sentivano demotivati a cercare di dare il meglio di sé per il funzionamento della Regione stessa.

Quindi, come dicevo prima, tutto quello che accade deve farsi risalire già all'XI legislatura perché è lì che si comincia a stabilire, con la modifica della legge del 1988, con le modifiche del 1995, con le modifiche del 1997 che intanto ridimensiona il ruolo del comitato, intanto si introducono norme regolamentari per la spartizione al cinquanta per cento per ciò che riguardava gli stanziamenti del capitolo 310, ma l'accordo della XII legislatura va oltre, perché quest'accordo spartitorio, rispetto al quale nessun assessore si può chiamare fuori, travalicava le stesse norme regolamentari con riferimento alla legge qui in discussione per estendersi a tutti i capitoli di spesa.

Allora, di fronte ad una gestione di questo tipo credo che sarebbe riduttivo, e con questo concludo Presidente, se il Consiglio si limitasse a parlare esclusivamente di comportamenti umani, di comportamenti individuali perché, ancora una volta, bisognerà prendere atto che comportamenti individuali e comportamenti umani se sono importanti nella valutazione dei soggetti non risolverebbero il problema centrale della Regione che, per esistere, deve avere un ruolo proprio, che non può essere soltanto un forum di dibattito, non può essere soltanto un ente di coordinamento, ma deve avere competenze e poteri propri perché la Regione abbia un senso.

Credo che se vi sarà un'inversione di tendenza con una nuova Giunta in grado di imprimere una svolta decisiva nella gestione dell'ente anche molti dei problemi che sono emersi all'interno della struttura, degli apparati burocratici, all'interno dei vari uffici delle ripartizioni, dei comportamenti dei singoli funzionari, credo che una Giunta autorevole sarebbe in grado di invertire anche questa tendenza e riportare l'ente alla dignità che gli compete. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke, Herr Präsident Lo Sciuto für ihre Stellungnahme. Lei, signor Presidente, durante il dibattito ha a disposizione ancora 7 minuti.

Altri interventi da parte dei Vicepresidenti?

Mi scusa, cons. Taverna lei vuole parlare ancora? Cons. Taverna, prego.

TAVERNA: Signor Presidente, onorevoli colleghi, a differenza del collega Lo Sciuto ho terminato di leggere l'ultima riga della relazione pochi minuti fa, quindi il mio intervento non avrà luogo per illustrare la relazione che ritengo sia, per quanto concerne la descrizione dei fatti, il risultato di un'attenta valutazione di documenti che abbiamo acquisito e un'attenta valutazione delle numerose persone che abbiamo ascoltato nel corso delle 150 ore di lavoro. A questo proposito mi corre l'obbligo di ringraziare, signor Presidente, i colleghi che hanno con me realizzato questa relazione: il Vicepresidente della commissione collega Andreotti, il segretario della commissione collega Vincenzo Passerini, ed i colleghi Siegrfried Messner ed Andreas Pöder che ringrazio per il clima di collaborazione che hanno innanzi tutto prestato nel corso di questo nostro intenso lavoro. Un clima di collaborazione che è stato motivato innanzi tutto da una consapevolezza che eravamo in quella commissione non già come espressione di forze politiche diverse, tre membri appartengono alla maggioranza, due sono della minoranza ed abbiamo cercato di lasciare fuori

dalla porta le nostre caratterizzazioni politiche anche perché, in questa commissione la rappresentanza politica è la più variegata possibile: destra, sinistra, italiani e tedeschi. Quindi vi è una differenza etnica ed ideologica, vi è una differenza di schieramento ed abbiamo volutamente lasciato fuori tutto questo e ci siamo occupati di svolgere un lavoro che corrispondesse alle esigenze, innanzi tutto di chiarezza, che la pubblica opinione pretendeva a seguito di un avvenimento, l'arresto di un funzionario a Mosca, che aveva lasciato nelle menti e nei cuori dei nostri concittadini un ampio arco di considerazioni. Un avvenimento che sicuramente ha scosso tutti, ha fatto avvicinare questa regione in questi giorni in modo assolutamente diverso, più vicino rispetto, per altro, ad altri importanti appuntamenti che la Regione ha vissuto: basti pensare alla mini riforma voluta dal centrosinistra che è stata consentita anche grazie ad un'insipienza parlamentare del centrodestra che noi non ha saputo certamente contrastare questa visione del centrosinistra.

Ma questo argomento politicamente significativo è passato così come fosse un appuntamento di routine mentre questo altro appuntamento, l'arresto del funzionario con i dollari in tasca, ha suscitato questa reazione e forse anche comprensibile, perché la scia lasciata dei dollari che si perdevano all'aeroporto era sicuramente dell'immaginario collettivo più interessante del fatto che la Regione anziché essere madre diventa figlia delle due Province. Ebbene a questo appuntamento noi ci siamo presentati ed abbiamo cercato di spiegare come mai sia stato possibile un fatto del genere. I dollari a Mosca, all'aeroporto, il funzionario arrestato, il politico che lo accompagna misteriosamente si dilegua e si ritrova come il "deus ex machina" della tragedia greca la mattina dopo alle ore 8.45 a lavorare nel suo studio al palazzo della Regione.

Questo è il fatto, questo è il dato che ha acceso da un lato la rabbia e da un lato anche la curiosità, forse sotto un certo aspetto anche morbosa, di sapere come questo sia potuto accadere a Mosca. Ritengo che la commissione abbia, a questo riguardo, cercato di dare alcune soluzioni ai problemi. Certo qualcuno può leggere in modo diverso, alcuni ridimensionano; non so con quale interesse poi si vada a ridimensionare un documento, fatti e circostanze, prove e documenti perché, in fin dei conti, trattasi di qualche fattura falsa. Anche perché in Russia tutto è falso. A me consta che in Russia non sia tutto falso, di doganieri esistono, controllano, fermano, arrestano; i giudici intervengono, pronunciano sentenze e i pubblici ministeri chiedono condanne.

Pare che quel paese sia un po' più arretrato, ma non è colpa nostra ma del comunismo.

Questa commissione ha cercato di lavorare togliendo dalle nostre teste le rispettive caratterizzazioni politiche, le rispettive militanze ed abbiamo cercato di dare risposte.

Abbiamo cercato di dare risposte sulla base di relazioni scritte che avrebbero dovuto illuminare la commissione circa l'andamento dei fatti. Ebbene, queste relazioni, i documenti acquisiti, i comportamenti accertati, dimostrano che al di là dell'episodio c'è molto da fare e non è possibile immaginare che non si possa fare, perché tanto questo è il caro estinto che può essere accompagnato come un funerale di terza classe al cimitero. Tanto si dice: "In

attesa di questo, in attesa di quest'altro, Giunta lunga, Giunta corta il problema è quello di portare il caro estinto e definitivamente seppellirlo.

Non intendo, in questo mio intervento, puntare su rilievi di carattere politico, sono così evidenti che mi sento esonerato da poterli fare, anche perché mi ritengo ancora Presidente di questa commissione e quindi, anche in questa occasione, voglio confermare quel clima che all'interno della commissione è esistito, grazie al quale abbiamo affrontato con la chiarezza e con il coraggio dovuto. Chiarezza e coraggio. Quegli interrogativi che tutti noi avevamo in testa ed abbiamo cercato, signor Presidente del Consiglio, di arrivare ad un elaborato che dimostrasse una volta tanto che le commissioni politiche quando sono orientate all'accertamento della verità in scienza e coscienza possono anche essere convincenti usando un linguaggio chiaro, non avvolto dal fumo del politichese, dalle nebbie del dire e del non dire, da una sorta di assoluzione.

Questa relazione pur non mettendo conclusioni, perché le conclusioni spettano a ciascuno di noi, all'opinione pubblica ai cittadini ed agli elettori, ma questa relazione è un atto di accusa duro, chiaro. Qui non ci si può nascondere dietro ad un dito. Avevamo un'impalcatura amministrativa e mi auguro che oltre a fare una Giunta i vertici della Regione siano cambiati. Auguro anche che finalmente si superi una situazione insostenibile per cui le ripartizioni sono erette per i tre undicesimi da dirigenti facenti funzioni.

Non è possibile immaginare che all'interno della Regione ci siano strutture ed uomini, che è pur vero hanno l'alibi di essere stati abbandonati a se stessi, ma devono ricordarsi che per effetto di principi della Costituzione essi sono innanzi tutto a servizio della nazione non degli assessori e nemmeno dei partiti. Bisogna richiamare alla responsabilità costoro che al 27 ricevono lo stipendio e queste responsabilità sono in una luce, in un quadro di corrente rispetto delle normative e delle leggi. Le leggi sono strumenti operativi che bisogna osservare e rispettare e guai che questi percorsi non possono essere rispettati e soprattutto coloro che rivestono le qualifiche più alte all'interno della Regione.

Come si fa a pretendere l'esempio se non si è capaci di dare l'esempio. Come si può pretendere che da coloro che sono nei ranghi più umili, nei quadri più modesti, provenga l'attaccamento all'ente se coloro che stanno al vertice non sono capaci di dare con l'esempio il necessario punto di riferimento.

E' una scelta morale prima che politica ed amministrativa e prima che giuridica e costituzionale. A questo riguardo, se vogliamo essere seri, il lavoro è stato fatto, molti interrogativi sono stati risolti, tanti altri interrogativi non sono stati risolti, vi è una montagna di menzogne falsità, e contraddizioni. Vi è anche il tentativo di scarica barile. La colpa è sempre dell'altro.

Dobbiamo richiamare tutto questo alla necessità di una pulizia che comincia al vertice della politica, perché la politica deve essere espressione di pulizia e che deve anche scendere attraverso una linea ideale da chi sta più in alto e chi sta più in basso e deve essere ripresa rivissuta e riconquistata.

Una volontà è un orgoglio di stare nella Regione, non di essere nella Regione come ospite di un qualsiasi pensionato o di una qualsiasi casa di soggiorno per gli anziani o per politici di terza o quarta classe.

Bisogna anche avere l'orgoglio di essere dipendenti della Regione, perché alla Regione si può o si deve riconoscere un ruolo e se questo non lo si

riconosce bisogna avere il coraggio di sciogliere questo ente. Non c'è alternativa, non c'è possibilità di vivere ancora in una zona grigia dove non si capisce cosa si vuol fare, dove non si sa dove si vuole andare.

Ringrazio i colleghi che con me hanno lavorato in commissione, ringrazio per il lavoro profuso, per le responsabilità che ci siamo tutti quanti assunto e anche per il documento che abbiamo licenziato. E' un documento che deve far riflettere e chi non vede e chi non sente non è perché sia cieco o perché sia sordo, ma perché è complice convivente. Allora se andiamo ad individuare le complicità e le convivenze passate, presenti e future, sappiamo bene individuare i conviventi passati, presenti e futuri.

Per quanto riguarda il lavoro profuso...

PRÄSIDENT: Lei ha ancora 10 minuti se vuole aggiungerli adesso.

TAVERNA: Finisco Presidente. Dico che è opportuno segnalare che al termine del lavoro il collega Passerini ha fatto una dichiarazione verbale ed è giusto che sia riportata istituzionalmente, ufficialmente, solennemente all'interno dell'aula, di essere stato minacciato e pedinato. Ovviamente non sta a me, non sta al Consiglio regionale investigare su questo. A me ed al Consiglio regionale sta l'onere e l'onore di rappresentare al collega Passerini tutta intera la solidarietà ed a questa denuncia si è associato anche il collega Pödere, ed anche nei suoi confronti va espressa tutta intera la solidarietà.

Infine, ma non perché questa sia la cosa meno importante, forse avrei dovuto citare prima il personale che ha lavorato con noi. Quando il personale è motivato non bada all'orologio, non bada a timbrare il cartellino. Quando il personale è motivato e si sente responsabile e protagonista risponde. Quindi devo ringraziare sentitamente il personale che ha collaborato con noi senza guardare l'orologio e senza guardare se era di sabato o di domenica, quindi un grazie sentito anche al nostro personale del Consiglio regionale che si è rilevato all'altezza della situazione.

PRÄSIDENT: Grazie, presidente Taverna. Ha chiesto la parola il Vicepresidente Grandi e ne ha la facoltà.

Prego, Vicepresidente Grandi.

GRANDI: Volevo dire signor Presidente e colleghi che ho predisposto una dettagliata relazione su tutti gli avvenimenti, su tutte le questioni che hanno riguardato questo evento e poiché questa relazione mi porterebbe, se dovessi darle lettura, ad andare ben oltre il tempo che mi è stato concesso chiedo a lei di poterla distribuire come aveva fatto con altre comunicazioni che sono state portate alla nostra attenzione e così risparmierei il mio tempo. Chiedo quindi che venga consegnata a lei e che venga distribuita e che, possibilmente, i colleghi dedichino un po' di tempo a leggerla.

Credo che sia la risposta migliore alle tante questioni aperte che per me erano chiuse fin da quando scrissi queste note. Grazie.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen? Aufmerksamkeit, se c'è nessuno chiudiamo i lavori. Die Abgeordnete Kury hat das Wort.

KURY: Nur um Klarheit zu haben. Wir haben in der Fraktionssprechersitzung ausgemacht, dass nach der Erläuterung der beiden Präsidenten die Abgeordnete Cogo, der Vizepräsident Grandi und der stellvertretende Präsident Atz replizieren auf das was in den Berichten steht. Nun haben wir gehört, dass der Vizepräsident Grandi uns ein Dokument zukommen lassen will und wir bedanken uns dafür. In dem Augenblick wo sich Regionalratsabgeordnete einschreiben, wollte ich Sie, Herr Präsident, fragen, ob das heißt, dass die Abgeordneten Atz und Cogo verzichten auf die Replik. Das wollte ich klären auf dass danach nicht wieder eine Diskussion über die Arbeitsweise passiert. In der Fraktionssprechersitzung haben wir ausgemacht, dass anschließend die betroffenen Personen replizieren. Ob das so eingehalten wird oder nicht und daher ersuche ich Sie um Auskunft darüber.

Dann würde ich Sie noch ersuchen angesichts der Tatsache, dass es viertel vor ein Uhr ist, dass bevor die Diskussion durch die Regionalratsabgeordneten begonnen wird, wir die Gelegenheit haben, in der Mittagspause das Dokument vom Abgeordneten Grandi anzusehen, damit wir wissen worüber wir reden. Also, wenn Herr Atz und Frau Cogo auf die Replik verzichten, die Sitzung zu schließen und die Diskussion am Nachmittag zu beginnen, auf dass wir Gelegenheit haben den Bericht des Herrn Grandi anzusehen.

PRÄSIDENT: Cons. Urzi, ne ha facoltà.

URZÌ: Grazie Presidente. Io mi ero anche prenotato per intervenire nel merito, ma qui intendo esprimere due considerazioni rapidissime sull'ordine dei lavori e lei mi ha accordato la parola per questo.

Crede ci sia da giustificare la ragione per cui diversi colleghi, dopo un attimo di imbarazzo, hanno ritenuto di doversi iscrivere per intervenire nel merito delle questioni sollevate dalle relazioni d'inchiesta. L'imbarazzo dettato dal fatto che spontaneamente, al di là della dichiarazione del Vicepresidente Grandi, da parte della Giunta regionale non è arrivata nessuna dimostrazione di sensibilità rivolta verso l'aula per, come dire, intervenire così come per altro la collega Kury ha sottolineato, per offrire elementi ulteriori di valutazione, il proprio punto di vista personale, le persone coinvolte ampiamente citate ed appartenenti alla Giunta regionale probabilmente avrebbero dovuto essere maggiormente stimolate ad intervenire prima dell'intervento dei consiglieri regionali che possiamo definire "di commento" rispetto a tutti gli elementi raccolti.

Di fronte a questa mancata disponibilità da parte dei membri della Giunta di intervenire, con l'eccezione del Vicepresidente Grandi che ha comunicato di voler distribuire una relazione senza volerla illustrare in aula, credo che legittimamente i consiglieri si siano iscritti.

Crede che la risposta all'interrogativo posto dalla collega Kury ci sia già. Mi pare che i colleghi della Giunta regionale non abbiano alcuna intenzione, al di là della nota presentata dal Vicepresidente Grandi, di illustrare la loro posizione. Mi pare che sia confermato un atteggiamento piuttosto ordinario da parte della Giunta regionale sulla quale può passare di tutto, ma che rimane

sostanzialmente, apparentemente estranea a tutto come fa lo struzzo che infila la testa sotto la sabbia e così gli appare una dimensione diversa e gli sembra di essere estraneo alle cose che accadono attorno a se.

Credo si debba prendere atto di questo, siccome abbiamo avuto altre note sicuramente allegate, ma credo che questa sia la sede più opportuna per intervenire; è vero che le commissioni erano rivolte ai fatti Mosca e Budapest, è vero però anche che le relazioni hanno contenuto riferimenti piuttosto anche articolati a diversi altri membri della Giunta regionale. Abbiamo preso atto come la Giunta regionale non sia interessata a partecipare proficuamente ad alcune prese di posizione cartacee al dibattito, e credo che si debba quindi proseguire senz'altro al dibattito dando la parola ai consiglieri regionali e senza dover, come dire, "sollecitare" prese di posizione della Giunta regionale.

Credo che gli elementi siano sufficienti, poi nel merito tornerò in sede di dibattito. Grazie.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Pöder, bitte.

PÖDER: Ich halte die ganze Vorgangsweise auch seitens des Präsidiums und Ihrerseits für höchst unkorrekt und für einen Affront gegen den Regionalrat und speziell gegen die Mitglieder der Untersuchungskommissionen aller Parteien. Wir reden heute hier über zwei Berichte der Untersuchungskommissionen und nicht über irgendwelche Briefchen und Geschreibsel von irgendwelchen Leuten. Wir hatten alle Zeit und alle Gelegenheit vor den Untersuchungskommissionen ihre Versionen und ihre Darstellung darzulegen und ich halte es nicht für richtig, dass hier all diese Briefchen verteilt werden und ich halte es auch nicht für richtig, dass ein neuer Bericht des Tarcisio Grandi hier verteilt werden soll. Es gibt zwei Untersuchungskommissionen und die hatten – und ich sage das noch einmal – alle Gelegenheit angehört zu werden und haben dort das gesagt, was sie für richtig hielten zu sagen und manche haben zum Schluss auch nichts mehr gesagt und hielten es für richtig auch nicht mehr vor den Kommissionen oder zumindest Moskau-Kommission zu erscheinen. Man redet hier heute über die Berichte dieser beiden Kommissionen und nicht über die Briefchen hier. Wo kommen wir denn hier hin? Ich habe in der Zeitung gelesen, dass noch die Briefchen fehlen, die vom Beamten Zaffi und von anderen vorliegen sollten. Wo kommen wir denn hin, wenn wir hergehen und über irgendwelche Briefchen diskutieren? Es wurden ja zwei Kommission vom Regionalrat eingesetzt, die das ihre schreiben und das ihre gesagt haben und wenn wir aufmerksam diese beiden Berichte lesen und speziell den Bericht der Moskau-Kommission, dann werden in diesem Bericht auch die Aussagen der Angehörten wiedergegeben und es wird nichts unterschlagen. Es wird all das wiedergegeben, was die Kommission für wichtig hielt und die Kommissionen waren nicht aus Abgeordneten irgendeiner politischen Richtung zusammengesetzt. Deshalb halte ich es nicht für richtig - und ich wiederhole es zum drittenmal - dass wir hier Briefe von irgendwelchen Leuten, auch von Abgeordneten, diskutieren, sondern wir müssen wenschon über die Berichte der beiden Kommissionen reden.

PRÄSIDENT: Cons. Seppi, prego.

SEMPI: Al di là del fatto che sono perfettamente d'accordo su quello che ha detto il cons. Pöder in questo momento, c'è un altro problema: vorrei che lei si ricordasse, quale Presidente di questo Consiglio, degli accordi che c'erano all'interno della riunione dei capigruppo. Abbiamo detto: la lettura delle relazioni, la presentazione da parte di tutti e due i Presidenti, e mi ascolti Presidente dato che non si ricorda nemmeno quello che dice due giorni prima e questo è molto grave. Si era detto che finite le due relazioni sarebbe stata concessa la parola per un quarto d'ora all'attuale Vicepresidente Atz ed all'attuale Vicepresidente Grandi, perché avessero modo di giustificare e prendere atto delle relazioni esposte. Dopo di che si apriva la discussione.

Già lei ha creato un subbuglio aggiungendo al quarto d'ora previsto ai due Presidenti 10 minuti come consiglieri. Lei non può confondere la funzione di Lo Sciuto e Taverna, quali Presidenti delle due commissioni d'inchiesta, con la discussione all'interno del Consiglio regionale quando loro saranno nelle condizioni di discutere quali consiglieri.

Francamente mi chiedo, signor Presidente, se siamo nelle condizioni di gestire i lavori secondo quelli che sono stati gli accordi precisi. La collega Kury li ha sottolineati prima, il collega Pöder c'era, c'eravamo tutti. Francamente ritengo che a lei Presidente questo disordine piace inventarselo, non è possibile che sia in buona fede perché sarebbe grave.

Era già successo a capigruppo che non si ricordava quello che aveva detto in separata sede, adesso non si ricorda quello che è successo a capigruppo; francamente mi appello alla sua sensibilità, ai suoi ricordi. Dopo di che ritengo che quanto detto dal collega Pöder sia assolutamente la realtà dei fatti. Tutte queste cartacce che ci avete messo sulla scrivania non mi interessano. Non mi interessa cosa dice il signor Orlandi, il signor Franco Conci. E' stato dato compito a questo Consiglio di creare due commissioni, o meglio il Consiglio ha dato ordine di fare due commissioni le quali hanno verificato se era spazio, se era tempo, se c'era la possibilità di chiunque di andare dal cons. Pöder e dai colleghi ad esporre le loro ragioni. Se ora pensano di venire in aula e lavarsi i panni presentando relazioni... cosa pensa il Vicepresidente Grandi presentando un memoriale... Si deve vergognare di aver fatto un memoriale oggi. Aveva tutto il tempo di andare in commissione e presentare le sue ragioni, perché era una commissione istituzionale voluta da quest'aula della quale lui aveva ragione di esserci e alla quale ha rifiutato di esserci a un certo punto. E' inaccettabile che lei autorizzi che il Vicepresidente Grandi dia la possibilità di darci una relazione. Io mi rifiuto di leggerla e penso che chiunque abbia un po' di buon senso e rispetto nei confronti della commissione d'inchiesta debba rifiutarsi di prenderne atto. Grazie Presidente.

PRÄSIDENT: Cons. Lo Sciuto, ne ha facoltà.

LO SCIUTO: Premesso che, personalmente, quello che mi arriva sul tavolo cerco di leggerlo per cercare di comprendere le ragioni di tutti, e quindi anche quando arriverà la relazione del Vicepresidente Grandi la leggerò.

Volevo ricordare ai colleghi che se il collegio dei capigruppo ha voluto dare, secondo me giustamente, la possibilità ai colleghi Cogo, Atz e

Grandi di parlare, non va confusa con l'obbligo di parlare. Se loro non vogliono avvalersi di questa possibilità, quando si aprirà il dibattito avranno diritto a dieci minuti come ciascuno di noi, certo non possono pretendere di rivendicare questo diritto alla fine del dibattito, ma certamente hanno tutto il diritto di dire: "Non intendo prendere la parola, interverrò come tutti gli altri consiglieri quando si aprirà il dibattito e per dieci minuti come tutti gli altri."

Quindi non c'è nessun obbligo e se non si vogliono avvalere di questa facoltà avranno i loro motivi. L'importante è che non pensino di rimandare questa loro concessione al termine del dibattito, perché a quel punto non è più ammissibile.

Credo che se non intendono prendere la parola così come è stato previsto nella riunione dei capigruppo, si apre il dibattito concedendo a tutti i consiglieri il diritto, se vogliono, di intervenire dieci minuti.

PRÄSIDENT: Der Vizepräsident Atz hat das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

ATZ: Danke, Herr Präsident.

Ich habe am Ende der letzten Sitzung des Regionalrates gebeten, dass die sogenannten „Angeklagten“ endlich zu Wort kommen dürfen. Es ist mir das letzte Mal nicht gelungen. Dann haben wir bei der Gruppensprechersitzung ausgemacht, dass heute – und der Präsident hat das heute sehr korrekt angekündigt – früh die Abgeordnete Cogo, der Vizepräsident Grandi und der Unterfertigte zu Wort kommen. Ich habe einfach nur darauf gewartet, dass die Präsidentin Cogo ihren Teil macht und dass der Vizepräsident Grandi seinen Teil macht und dass ich dann zu Wort komme. Damit habe ich dann gesagt, dass ich sehr wohl darauf warte, endlich zu Wort kommen zu dürfen zu diesen ganzen Vorwürfen.

Zu den Äußerungen von ein paar Kollegen hier möchte ich wünschen, dass wir die Uhren 2000 Jahren zurückdrehen könnten und den Tempel endlich von diesem Pharisäertum befreien können. Das ist ja keine Demokratie mehr, wo es nur mehr Angeklagte gibt und denen gibt man keine einzige Chance gibt sich zumindest zu verteidigen. Wenn jemand es vorzieht sich schriftlich zu verteidigen, dann möchte ich auch da sehen, was ist daran anrühlich? Das Recht sich zu verteidigen, Herr Pöder, das haben auch die Mehrheitskollegen und nicht nur sie. Wahrscheinlich sind sie sich nicht so sicher, was sie in ihren Kommissionsberichten geschrieben haben, weil sonst würden Sie zulassen, dass man darüber diskutiert.

PRÄSIDENT: Wenn die drei betroffenen Personen, Frau Cogo, Vizepräsident Grandi und Atz jetzt nicht unmittelbar 15 Minuten replizieren wollen, dann verfallen die 15 Minuten. Aber die 10 Minuten als normale Intervention bleiben aufrecht. Wenn hingegen jetzt einer der drei am Anfang sprechen will, dann kann er auch die 25 Minuten in einem einzigen Mal zusammennehmen.

Man hat das Recht auf 15 Minuten plus 10 Minuten. Wer es alles auf einmal nehmen will, kann es selbst verständlich tun und das haben ja auch zum Teil der Präsident Lo Sciuto und der Präsident Taverna getan.

Nachdem es schon 13 Uhr ist, hebe ich jetzt die Sitzung auf. Die Sitzung geht am Nachmittag um 15 Uhr weiter und als erster für den Nachmittag hat sich der Vizepräsident Atz zu Wort gemeldet.

(ore 13.00)

(ore 15.02)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte um den Namensaufruf.

MINNITI: *(segretario): (fa l'appello nominale)*
(Sekretär): (ruft die Namen auf)

PRÄSIDENT: Prima di incominciare con gli altri interventi ha chiesto la parola la Consigliera Cogo e quindi ha la possibilità di rispondere direttamente e poi andiamo avanti con gli interventi. Va bene, così? Grazie. La parola alla Consigliera Cogo.

COGO: Ringrazio per avermi concesso il tempo di parlare al di fuori dei dieci minuti ordinari, credevo di non dover essere la prima o per lo meno l'unica, ma non approfitterò di tutto il tempo che mi è messo a disposizione, anche perché io abbondantemente avevo già parlato in occasione delle mie dimissioni ed avevo fatto un insieme di analisi che non voglio assolutamente ripetere.

In questa fase, in questo momento mi sento soltanto di dire poche cose. Voglio, e desidero farlo, ringraziare il lavoro che hanno svolto i commissari all'interno di entrambe le commissioni, non voglio neanche permettermi di giudicarle, evidentemente era un lavoro difficile erano delle commissioni consiliari quindi commissioni politiche ed è inevitabile che delle volte si possa anche andare oltre quello che era il mandato. Si possono commettere anche, delle volte, delle piccole dilagazioni però mi sento di dire che, tutto sommato, il lavoro delle commissioni ha impegnato molto i commissari che non hanno fatto sicuramente a cuor leggero quanto era loro stato affidato dal Consiglio e nemmeno io credo volentieri.

Il lavoro delle commissioni è stato utile, perché ha evidenziato i punti critici della Regione che sono regolamentari, legislativi evidenziati in maniera molto evidente e puntuale anche dalla commissione d'indagine interna.

Non pretendo di essere ascoltata, ma riuscire ad ascoltare me stessa e quel che dico, altrimenti perdo il filo del discorso.

Punti critici evidenziati, dicevo, dai lavori della commissione interna che avevo istituito con il mio decreto che in pochi giorni era riuscita a fare un egregio lavoro che non è stato contraddetto nemmeno dalle due commissioni d'indagine consiliari; punti critici che io mi sento anche di poter dire che avevo già evidenziato nelle mie relazioni programmatiche nel momento in cui sono stata eletta Presidente la prima e la seconda volta; che vi fossero delle lacune legislative e regolamentari che la legislazione ed i regolamenti, per quanto riguarda i capitoli di bilancio che poi hanno anche creato grandi difficoltà: regolamenti e leggi alle volte contraddittori, sicuramente che consentivano di

fare tutto ed il contrario di tutto, ed alle volte questo io l'avevo evidenziato, per cui che ci fosse la necessità di por mano alla legislazione attualmente in vigore, che è stata modificata malamente nella legislatura precedente alla mia, questo è il punto di partenza, credo anche, della prossima Giunta regionale.

Il lavoro delle commissioni e della commissione interna, alle quali do la stessa importanza e ringrazio i commissari della commissione interna, hanno messo in luce al di là degli avvenimenti di Mosca e di Budapest che sono episodi gravi che hanno evidenziato come queste leggi e questi regolamenti possano consentire comportamenti che poi evidentemente l'azione individuale delle singole persone può peggiorare indubbiamente, e questi lavori hanno messo in evidenza il fatto che vi sia la necessità di un cambiamento profondo dell'amministrazione regionale che non è, a questo punto, nemmeno soltanto legislativa e regolamentare, ma proprio di strutturazione stessa di tutto l'ente.

Vi è la necessità di dare una "missione" alla Regione e quindi che lo Statuto di autonomia venisse ripreso in mano e venisse modificato era una necessità all'inizio del mio mandato, è una necessità oggi e credo che tutte le forze politiche possano concordare che la rivisitazione dello Statuto è un atto che non può più essere derogato o protratto troppo a lungo nel tempo.

Credo che l'unica maniera per arrivare ad una modifica dello Statuto sia proprio quella che io avevo ipotizzato, quella della commissione regionale. E' ben evidente che, con la modifica dello Statuto, che prevede che sia il Consiglio provinciale in prima istanza a modificare lo Statuto di autonomia, si dovranno prevedere delle commissioni provinciali poi coordinate da una regionale; dobbiamo trovare un sistema di commissione che deve essere una commissione non chiusa soltanto al Consiglio regionale e mi auguro che a questo le forze politiche arrivino in tempi brevissimi. Si sono persi troppi mesi per risolvere la crisi regionale che ancora oggi non è risolta, ma che io mi auguro che alla fine di questi tre giorni arriveremo a votare la nuova Giunta regionale.

Mi assumo tutta la responsabilità di non essere riuscita in questi nemmeno tre anni, e voglio ricordare che il periodo della mia Presidenza è stato davvero breve, davvero tormentato, non sono stati tre anni pieni: in mezzo c'è stata una lunga crisi che è durata almeno sei mesi e quindi, in questo tempo comunque mi dispiace davvero di non essere riuscita a cambiare le cose, ma non mi si può nemmeno negare di non averci provato.

So che le commissioni e soprattutto la seconda, quella che ha terminato i lavori pochi giorni fa, non si è limitata a cercare di capire ciò che è avvenuto a Mosca, si è preoccupata anche di capire delle cose collaterali. Lo so dalle domande che a me stessa sono state rivolte dalla commissione, lo so dalle persone che sono state udite, leggendo le cronache dei giornali non da altre fonti. So che si è occupata di tante altre cose, e di tanti altri convegni e siccome non vedo alcun accenno di questo sulle relazioni si può ben dedurre che non tutto ciò che è stato fatto in Regione sia stato fatto male, senza delle motivazioni profonde, alte e che forse molte cose sono state fatte bene per promuovere non soltanto la nostra Regione per far capire com'è il nostro modello di autonomia e si è cercato anche di avere dei contatti nazionali ed internazionali che hanno giovato all'immagine della nostra Regione.

Me ne assumo la responsabilità per non essere riuscita a fare di più, non essere riuscita a fare meglio, e le mie dimissioni sono assunzione di responsabilità politica che io per prima mi riconosco.

Faccio gli auguri al futuro Presidente, alla futura Giunta, non ho conoscenza di come saranno gli assetti, ne ho conoscenza soltanto dai giornali. Lo dico perché credo di essermi comportata in maniera corretta, non ho interferito o posto barriere di nessuna sorte sui futuri assetti regionali, però se la nuova Giunta sarà quella che io vedo sui giornali di oggi, credo che abbia le condizioni minime per poter ben lavorare e ben fare; condizioni minime che a me sono decisamente mancate. E' una Giunta che da un segnale di cambiamento, è una Giunta breve formata da persone che saranno in grado di affrontare il lavoro difficile che gli si presenta in questo anno e mezzo. E' chiaro che non potranno esserci grandi programmi però, se è vero un punto che ancora leggo dalla stampa, alcune questioni fondamentali vanno affrontate e sicuramente in primis quella della modifica del nostro Statuto. E' chiaro che non ci riusciremo in un anno e mezzo, ma per un anno e mezzo porremo le condizioni per fare ciò, per riordinare l'ente Regione e per ridargli una dignità anche funzionale e credo che la nuova Giunta possa partire dal lavoro che ha fatto la commissione di indagini interne, che hanno fatto le due commissioni di indagine consiliare.

Auguro quindi al Presidente e agli assessori che ci saranno dopo di me di ben lavorare e a questa Giunta io garantisco tutto il mio sostegno. Grazie.

PRÄSIDENT: Noch eine kurze Mitteilung: Kollege Atz hat sich wegen einer dringenden Angelegenheit für eine halbe Stunde entschuldigen lassen, hat sich aber vorgemerkt zu antworten. Abgeordneter Urzì, würden Sie trotzdem jetzt sprechen können?

Grazie. Ha facoltà il cons. Urzì.

URZÌ: Grazie Presidente. Un'annotazione in rivelazione a ciò che lei ha appena sostenuto sia alla possibilità di replica all'assessore Atz, io credo che possa e debba essere corretta la sua affermazione sostenendo che all'assessore Atz, come all'assessore Grandi, come alla ex Presidente Cogo, debba essere concesso il diritto di intervenire nell'ambito del dibattito per il tempo concesso ai singoli consiglieri, ma senza possibilità di replica rispetto alle osservazioni che dovessero essere svolte in aula nel corso del dibattito.

Quindi non di replica si può parlare, ma di intervento nell'ambito del dibattito.

Al di là di questa annotazione io credo, Presidente, che poco altro possa essere aggiunto a ciò che in questi lunghi mesi si è scritto, si è detto, ma credo che una riflessione sia doverosa farla ossia: gli avvenimenti di questi ultimi mesi non possono offrire l'occasione per dare l'ennesima se non definitiva spallata all'istituzione regionale. Non la possono giustificare per lo meno perché noi riteniamo che su due piani si debba ragionare: uno è quello istituzionale legato alle eventuali riforme dell'istituzione regionale e questo il nostro gruppo politico ha già detto da lungo tempo non solo di essere disponibile a intervenire, a offrire il proprio contributo, ma anche desideroso di impegnarsi attivamente affinché una soluzione possa essere trovata per superare la crisi cronica in cui

l'istituzione vive. Altro piano è quello invece legato alla gestione quotidiana dell'istituzione regionale quale oggi è e su questi due piani bisogna intervenire e ragionare senza confondere un argomento con l'altro come invece mi è parso di comprendere si voglia già incominciare a fare come nelle dichiarazioni, e non voglio sicuramente infierire in questo momento sull'ex Presidente Cogo, dell'ex Presidente Cogo ho intravisto questo tentativo di giustificare l'azione confusa dell'attuale amministrazione regionale con lo stato caotico di crisi cronica dell'istituzione regionale di per se.

Credo che questo sia sbagliato ed è da respingere in toto questo tipo di ragionamento, perché le istituzioni, l'istituzione regionale per prima, noi l'abbiamo sempre ripetuto, ha in se la potenzialità per ben operare e ben lavorare nonostante le condizioni in cui essa sia stata oggi portata ad operare. Ma le istituzioni sono fatte di uomini e persone e sono loro che in questo momento vanno cambiate. Sono le mentalità, sono la cultura politica, l'astratta condizione in cui sembravano gestire il loro operato; sono i membri dell'attuale Giunta regionale a dover essere rimodificati e riconsiderati nella loro pienezza. Noi crediamo che non si debba fare in questa sede, per lo meno adesso nel corso di questo dibattito, il processo all'istituzione regionale, perché non è questa la sede per un processo alla Regione Trentino-Alto Adige, questa è la sede per un processo, sia pur politico, a questa Giunta regionale e all'interno di questa Giunta regionale, ad alcuni esponenti di questa Giunta regionale.

E' un processo politico quindi non arriveremo a lapidare nessuno, non arriveremo nemmeno ad esprimere sentenze definitive, solo che in questa sede il giudizio politico dovrà essere espresso e dovrà essere un giudizio politico sulla Giunta regionale e sui membri di questa Giunta regionale e non un processo all'istituzione della Regione Trentino-Alto Adige.

Credo che, a questo riguardo, si debba ribadire ancora una volta che non c'è la tentazione da parte di nessuno sicuramente non da parte nostra di lapidare chi che sia; c'è la voglia, il desiderio forte di attribuire però delle responsabilità politiche. Se riteniamo di non volerle riconoscere rispetto a casi ed episodi specifici sicuramente queste responsabilità politiche devono essere attribuite anche sull'onda di ciò che questi episodi, quelli di Mosca e Budapest, hanno portato alla luce alla gestione ordinaria della Giunta regionale che ha dimostrato, in questi ultimi anni, di vivere in una condizione di totale ermeticità rispetto all'esterno e devo esprimere questa amara considerazione: le condizioni di ermeticità in cui ha lavorato la Giunta regionale e quindi l'ermeticità non garantisce la trasparenza, la visibilità dall'esterno e nemmeno il controllo. Sono state esercitate, garantite e protette anche in rispetto allo stesso Consiglio regionale. Se vogliamo ricordare che in questi ultimi due anni, forse più, anche da parte di questo gruppo politico sono state presentate decine di interrogazioni per avere informazioni dettagliate e precise su manifestazioni promosse, co-organizzate dalla Regione Trentino-Alto Adige e mai, nemmeno in un'occasione, abbiamo avuto la possibilità di avere dettagliata informazione su queste singole manifestazioni.

Se non si è garantita questa trasparenza nei confronti del Consiglio e del nostro gruppo politico non si può oggi non considerare la gravità anche dell'immagine che la Regione ha reso di sé stessa verso l'esterno se il Consiglio regionale non era posto nelle condizioni di essere al corrente ancora

meno, evidentemente, era al corrente delle iniziative della Regione l'opinione pubblica.

Mi domando, perché credo che qui signor Presidente, non si debba fare il conto della serva e andare a spulciare le singole fatture o singoli biglietti di viaggio, credo che sia stato un lavoro importante quello che è stato svolto che ci ha permesso di porci nella condizione di maggiore conoscenza dei fatti, ma credo che non sia questo il problema: mi domando quale utilità possano avere filosoficamente, politicamente le iniziative che la Regione da anni ha sostenuto a prezzo miliardario, in termini di lire, quali utilità possano avere avuto queste manifestazioni se mai una manifestazione fra quelle organizzate dalla Regione ha della sostanza, quando queste siano state organizzate fuori dai confini provinciali, avuto una ricaduta in termini positivi d'informazione, di promozione della coscienza culturale e politica in Regione Trentino-Alto Adige. Che scopo ha avuto? Cerchiamo di porci di fronte a questo problema. Stavamo parlando, in queste ultime ore, della missione a Mosca; se non ci fosse stato l'arresto del funzionario dott. Zaffi, che ricaduta avrebbe avuto sull'opinione locale, ma anche sugli assetti internazionali, l'iniziativa organizzata con i soldi della Regione Trentino-Alto Adige che sia costata un milione o venticinque milioni a Mosca sulla Moldova? Che ricaduta ha avuto? Quale utilità ha prodotto? Quale giustificazione la Regione Trentino-Alto Adige, la Giunta regionale attuale può dare della propria azione politica quando, di fatto, l'ottanta per cento della propria azione politica vola alto sulla coscienza dei cittadini di questa Regione Trentino-Alto Adige nemmeno può essere percepita come azione da parte dei cittadini di questa regione, perché non è offerta nemmeno la necessaria informazione.

Credo che di questo si debba ragionare signor Presidente, e di questo non è colpevole l'istituzione Regione Trentino-Alto Adige. Di questo sono colpevoli persone e nelle persone noi individuiamo persone precise, perché non vogliamo muovere accuse generiche ed è responsabile la classe politica attuale che governa la Regione Trentino-Alto Adige. In primo luogo lo dobbiamo ribadire: l'ex Presidente Cogo, e con lei il partito che ha sostenuto la Presidente Cogo nell'incarico ricevuto e svolto per troppo lungo tempo in Regione. Con la Presidente Cogo gli assessori dello SVP e tutti gli altri che non voglio citare uno per uno perché tutti conoscono. A questa classe politica va riconosciuta una responsabilità che è politica prima di tutto e rispetto alla quale va espresso un severo giudizio di condanna morale e politica.

Chiediamo che non si faccia il processo alla Regione, che non si taglino le teste, che non si arrivi a lapidare le persone, ma che si arrivi a rendere giustizia alla Regione Trentino-Alto Adige, e nell'ambito della Regione Trentino-Alto Adige opera anche un partito come il nostro che ritiene di essere al di sopra di queste vicende estremamente mortificanti e che ritiene quindi di avere avuto un danno morale e personale in termini personali in questa vicenda in quanto rappresentanti anche noi dell'istituzione Regione Trentino-Alto Adige, e che quindi questa vicenda debba concludersi con un'espressione politicamente di condanna morale rispetto a coloro che possono essere ritenuti responsabili di una gestione dell'autonomia regionale e della struttura regionale.

Quindi vado oltre il giudizio che può essere dato ai singoli episodi.

Un'ultima annotazione, rispetto alle affermazioni che ho sentito fare rivolte alle commissioni d'inchiesta. Credo sia doveroso sottolineare che le commissioni d'inchiesta non sono parti politiche e non hanno svolto il loro mandato anche oltre il loro mandato, come ho sentito dire. Sono commissioni che hanno rappresentato, in entrambe i casi, sia la maggioranza politica sia la minoranza politica, composte da membri dell'una e dell'altra. Quindi commissioni consiliari nel vero senso e pieno senso del termine e della parola. Credo che questo dato debba essere sottolineato e riconosciuto senza esprimere giudizi affrettati che possono inquinare in maniera non corretta il lavoro che comunque queste commissioni hanno svolto e di cui oggi noi siamo chiamati a prendere atto. Grazie.

PRÄSIDENT: Grazie, cons. Urzì. Die Abgeordnete Kury hat das Wort.

KURY: Danke, Herr Präsident.

Ich hatte mich heute am Vormittag bereit erklärt, die Gegendarstellung des Herrn Grandi gerne durchzulesen, um auch seine Sichtweise zu hören, wie es – denke ich – eigentlich unserer Aufgabe entspricht, alle anzuhören, bevor man ein Urteil fällt. Herr Präsident, ich stelle allerdings fest – vielleicht könnten Sie, Herr Präsident, auch etwas dagegen tun –, dass weder Herr Grandi noch Herr Atz Interesse daran haben, das zu hören, was wir ihnen zu sagen haben. Ich denke hier ist ein nicht reversibles Verhalten festzustellen. Herr Grandi empfiehlt uns, seinen Bericht zu lesen, aber er ist nicht da, wenn wir über seinen Bericht Stellung nehmen. Ich finde das eigentlich demütigend für ein politisches Organ, wie es der Regionalrat ist. Das nur zur Einleitung.

Ich denke, dass die Bedeutung der Ergebnisse der Kommission Budapest und der Kommission Moskau weit über die einzelnen Fälle hinaus geht, die sie beleuchten sollten, nämlich die Vorgänge des Autodiebstahles in Budapest bzw. die Verhaftung des Beamten Zaffi in Moskau, denn es ist tragischerweise anlässlich dieser rein zufälligen publik gewordenen Fällen ein desolater Zustand deutlich geworden, in dem sich unsere Region befindet. Dieser Zustand muss eigentlich das Vertrauen in demokratische Institutionen erschüttern, und das tut er auch. Darüber möchte ich hier mein großes Bedauern und auch meine große Besorgnis zum Ausdruck bringen. Die Symptome dieses desolaten Zustandes sind heute schon einige Male zitiert worden, aber lassen Sie sie mich noch einmal kurz aufzählen: die Tatsache, dass Gesetze, von denen sie gemacht werden, offenbar nicht einzuhalten sind. Das ist nachgewiesen und insofern bedarf es keiner längeren Erklärung. Was aber besonders peinlich ist an dieser Geschichte, ist die dummliche, arrogante Verteidigung, dass Gesetze nicht einzuhalten sind, und ich beziehe mich auf die Aussagen des Vizepräsidenten Atz im Rahmen der Untersuchungskommission, wo er einfach sagt, wir haben ja politische Absprachen gemacht, dass das nicht einzuhalten ist. Ich denke, dass das schwerwiegend ist, weil das ein weiteres Symptom der Leichtfertigkeit ist, mit der öffentliche Gelder beim Fenster hinausgeworfen werden, bzw. da noch hinterher die Verteidigung eines Herrn Atz oder auch eines Herrn Grandi. Und aus dieser Verteidigung geht ja noch deutlicher hervor, dass man offensichtlich öffentliche Gelder als Privateigentum

ansieht und deshalb damit tun kann, was man will. Ich zitiere wieder den Herrn Atz – eine Nebensache, aber sie macht die Haltung deutlich, wenn er in der Kommission ohne weiteres sagt auf meine Frage hin, warum denn ein Mitglied der Kommission sich weiterhin in Budapest aufgehalten hat, obwohl seine Funktion schon längst erfüllt war und der Zweck der Dienstreise, sagt Herr Atz, Frau Kury, ich habe ihn eingeladen. Auch da ist wieder deutlich, dass öffentliche Gelder offensichtlich Privateigentum unserer Verwalter geworden sind. Man hat total vergessen, dass man eigentlich im öffentlichen Interesse tätig ist. Ein drittes Symptom dieses desolaten Zustandes ist die unheilvolle Verquickung zwischen Verwaltung und Politik, die deutlich geworden ist. Hier ist an die Stelle von Regeln und Transparenzen ausschließlich das politische Nahverhältnis zwischen Assessor und Beamten getreten ist und dadurch das System noch verwirrender, noch undurchsichtiger geworden ist, als es bereits durch die nicht organische Aufteilung der Kompetenzen und der Abteilungen bereits gewesen wäre. Am deutlichsten – denke ich – drückt sich diese desolote Situation aus oder wird thematisiert und verbalisiert, wenn Herr Atz zwei Tage nach der Veröffentlichung des Berichtes der Budapestkommission in der Öffentlichkeit sagt, dieser Bericht sei nicht ernst zu nehmen. Weiters führt er als Begründung an, dass sein Parteikollege Denicolò ja nicht ernst zu nehmen sei, weil er ein Saubermann sei. Ich habe die Presseaussendung hier und deutlicher als in diesen Worten hat eigentlich noch niemand von sich in der Öffentlichkeit als Politiker gesagt, ich habe mit den Saubermännern nichts zu tun und die sind in der Politik suspekt. Diese Sätze, verehrte Kolleginnen und Kollegen, müssten eigentlich alle hier - ob links, rechts, ladinisch, italienisch oder deutsch - eigentlich zu einem kollektivem Aufschrei der Empörung führen, wenn so etwas ungestraft in der Öffentlichkeit gesagt werden kann. Misstraut den Saubermännern in der Politik, denn sie sind nicht ernst zu nehmen und überlasst das Feld jenen, die offensichtlich nicht sauber mit öffentlichen Geldern umgehen wollen, denn dadurch wird eine ganze Kategorie in Verruf gebracht.

Ich möchte noch zwei politische Bemerkungen hinzufügen, die ich im Rahmen der Kommissionsarbeit des öfteren vorgebracht habe. Politisch insofern, als auch die gesamte Ausrichtung des Gesetzes zur europäischen Integration aus meiner Sicht in die falsche Richtung gegangen ist. Herr Atz hat es auch bestätigt in seiner Anhörung, nämlich dass über Jahre in Fortsetzung der Tätigkeit des Herrn Pahl ausschließlich deutschsprachige Minderheiten finanziert worden sind, wobei auch heute bereits gesagt worden ist, dass deren politische Kollokation etwas zweifelhaft ist, und was diesen Verdacht bestätigt, ist die Tatsache, dass auch im Rahmen der Anhörung deutlich geworden ist, dass auch mit einer Stiftung zusammengearbeitet worden ist, die eindeutig im Rufe steht, im rechtsextremen Lager angesiedelt zu sein, nämlich mit der Niermann-Stiftung. Das wurde bestätigt durch den Herrn Atz in einer Antwort auf eine Anfrage des Kollegen Leitner und bestätigt auch durch die Frau Engl, dass mit Vertretern dieser Stiftung zusammengetroffen wurde. Herr Atz hat daraufhin erzählt, es sei ein rein zufälliges Treffen gewesen, aber so ganz kann ich dem nicht Glauben schenken, wenn ich seine Antwort auf die Anfrage durchschaue.

Ich schließe mit dem eindringlichen Appell an alle Kollegen – ob Mehrheit oder Opposition – die konkreten Schlussfolgerungen ernst zu nehmen,

die die Kommission Budapest hier aufgeworfen hat. Die Forderungen, die absolut notwendig sind, auf dass ein Neuanfang beginnen möge. Ein Neuanfang, damit die Menschen wieder Vertrauen gewinnen in demokratische Institutionen. Es geht mir hier nicht ausschließlich um die Region, sondern es geht mir hier um Demokratie insgesamt. Wenn die Institutionen die Glaubwürdigkeit verlieren, dann wird anderen Einrichtungen Glauben geschenkt, die nicht demokratisch legitimiert sind. Also, was schlägt die Budapest-Kommission vor? Ich denke, das ist eine Frage der neuen Mehrheit, und es ernst zu nehmen und somit sofort das Gesetz zu reformieren, dass dieser weitläufigen und unkontrollierten Auslegung die Möglichkeit geboten hat. Zweitens, die Politik und die Verwaltung zu trennen, die Abteilungen neu zu ordnen, die Kompetenzen klarer zuzuweisen und zum Schluss auch die gesamte Neuregelung, wie Autos, die in der Region angekauft werden und worauf wir in der Kommission auch einen Blick geworfen haben. Auch das ist transparent und einheitlich zu gestalten. Wenn dieser Appell nicht gehört wird, dann – denke ich – wird diese Region weiter im Sumpf versinken.

PRÄSIDENT: Danke, Frau Abgeordnete Kury.

Wie ich vorhin gesagt habe, hat sich der Vizepräsident schon eingetragen gehabt. Er hat nur aus dringenden Gründen wegbleiben müssen und deswegen holt er seine Stellungnahme jetzt nach.

Bitte, Abgeordnete Kury.

KURY: Bleibt es dabei, dass Sie regelmäßig Vereinbarungen der Fraktionssprecher brechen? Sagen Sie das klar, dann wissen wir, dass wir nicht mehr zu den Sitzungen zu kommen brauchen. Sonst würde ich Sie ersuchen, das was einstimmig vereinbart worden ist, nämlich die Replik der „Angeklagten“ – wie es Herr Atz nennt – anschließend und dann die Diskussionseröffnung vorzunehmen, und das soll eingehalten werden. Sonst können Sie jedenfalls auf meine Mitarbeit im Fraktionssprecherkollegium verzichten, weil dann doch immer etwas anderes ausgemacht wird als Sie tatsächlich durchführen.

PRÄSIDENT: Kollege Atz hat sich schon vorher entschuldigt gehabt und hat darum angekündigt, dass er es nachholen darf. Das war ja der Wunsch und deshalb glaube ich ist es gerecht, weil dann alle späteren Stellungnahmen sich auf ihn beziehen können.

Abg. Seppi, bitte.

SEPP: Se il collega Atz questa mattina si è giustificato, ha tutta la nostra comprensione per la sua giustificazione. Ma doveva essere lei a dire: “Siccome il collega Atz è giustificato fino alle ore 15.30, i lavori riprendono alle ore 15.30.” Perché sarebbe stato giusto che chi è intervenuto prima di me avesse sentito l'intervento del cons. Atz prima di intervenire.

Questo era l'ordine preposto dei lavori. Lei non può fare del programma dei lavori stabilito dai capigruppo quello che vuole. Eravamo d'accordo che alla fine della lettura delle relazioni ci sarebbe stato un quarto d'ora di tempo per i Presidenti per presentare le relazioni, dopo di che la ex Presidente Cogo ed i due Vicepresidenti avevano un quarto d'ora di tempo per

prendere posizione e dopo di che sarebbe iniziato l'intervento per dieci minuti per ognuno di noi. A questo punto se il collega Atz, aveva delle sue esigenze per non essere presente prima delle ore 15.30, lei non doveva fare altro che prendere atto della giustificazione del cons. Atz e dirci che i lavori sarebbero ripresi alle ore 15.30, perché la collega Kury è intervenuta senza sapere quello che avrebbe detto il cons. Atz e ora non ha più diritto alla parola. Dopo di che, quelli che lo hanno preceduto, sono nelle stesse condizioni.

L'ordine è fondamentale nei lavori. Quando si prendono delle decisioni Presidente, vanno portate fino in fondo. Grazie.

PRÄSIDENT: Ich glaube, es ist eine Frage der Vernunft, dass man ihm jetzt das Wort gibt und dann können sich alle auf ihn beziehen. Das ist eine Frage der Korrektheit.

Herr Vizepräsident Atz, bitte.

ATZ: Danke, Herr Präsident.

Ich möchte anfangen mit dem Komitee, das mir immer wieder vorgeworfen wird und das wir nicht eingerichtet haben. Sie wissen, dass dieses Komitee das Jahresprogramm zu erstellen hat. Sie wissen weiter, dass dieses Komitee aus drei Mitgliedern der Provinz Bozen und drei Mitgliedern der Provinz Trient zusammengestellt sein muss, um die Interessen der beiden Länder weiterzubringen und in diesem Programm aufzunehmen. Sie wissen aber weiters, dass die Budapest-Initiativen oder die Ungarninitiativen jedenfalls nicht der Arbeit des Komitees unterliegen. Sollten Sie das nicht wissen, Frau Kury, dann kann ich Sie nur bitten, lesen zu lernen und ich komme später auf noch ein paar Dinge zu sprechen. Nachdem wir aber relativ rasch das Delegierungsgesetz weitergebracht haben im Ausschuss, mit vielen Schwierigkeiten und das darf ich Ihnen sagen, und somit diese Themen alle delegieren wollten an die beiden Länder, können sie politisch – dafür stehe ich hier –... und juridisch muss ich Ihnen schon sagen, dass unsere Beschlüsse alle durch den Rechnungshof gegangen sind. Juridisch muss ich Ihnen weiters sagen, dass Sie alle der Abschlussrechnung zugestimmt haben. Juridisch gibt es da keinen Strick zu drehen und politisch – für was ich zuständig bin – gebe ich Ihnen jetzt die Antwort.

Die Delegierungen haben wir versucht weiter zu bringen und dass die Delegierungen dann in der Aula hängen geblieben sind und nicht weiter gegangen sind, dafür können wir vom Ausschuss nichts. Weil die Delegierungen nicht weitergegangen sind, haben wir einen Beschlussantrag in die Mehrheit und in den Ausschuss gebracht, der genau diese Kapitel, die Sie hier immer wieder kritisieren, de facto an die beiden Länder delegiert. Sie können sich auch daran erinnern. Das ist uns allerdings nicht gelungen, denn wir haben keine Mehrheit erhalten. Was haben wir dann getan? Die Präsidentin Cogo ist aus diesen Gründen zurückgetreten. Was haben wir dann getan? Wir haben ein politisches Abkommen getroffen, wo die beiden Länder jedes Ansuchen detailliert – viel weiter über das Komitee hinaus – gegenzeichnen mussten. Damit gehen wir viel weiter über die Kompetenz des Komitees hinaus. Das Komitee hätte auf jeden Fall Direktinitiativen der Region - und um solche handelt es sich bei Ungarn - nicht zu beurteilen gehabt und auch nicht in ihrem

Jahresprogramm aufzunehmen gehabt. Wir haben die Rechnungen in den Haushalt gegeben und die Rechnungen sind im Haushalt in der Aula immer wieder abgesehnet worden. Der Rechnungshof hat sie auch abgesehnet und formal rechtlich haben wir auch Funktionäre in unserem Regionalausschuss, und auch die wären gefordert gewesen. Es sind aber keine Aufforderungen gekommen. Wir lesen auch von diesen Vorwürfen 50 zu 50. Auch das ist auf einmal ein Verbrechen. Vor unserer Zeit war es nicht so. Man hat dann auf einmal gesagt, wenn es da Sonderinitiativen in einem Land gibt, wie kann man dann die Gelder 50 zu 50 verteilen? Da habe ich geantwortet, selbstverständlich, wenn es Sonderinitiativen gibt, dann haben wir die auch finanziert und zumindest meinen Teil, so lange ich noch im Ausschuss bin, werden wir die auch in Zukunft finanzieren. Ich darf an die Friedensglocke in Rovereto erinnern. Diese ist außerhalb der 50-50 Regelung und Aufteilung finanziert worden.

Dann schreiben Sie ja selber in Ihrem Bericht, dass es beim Thema Autodiebstähle vom Herrn Atz mindestens kein Fehlverhalten gab. Sie schreiben hier im Beschluss Nr. 1615 von 14.11 – ich will nicht alle langweilen aber Sie wissen anscheinend selbst nicht, was Sie geschrieben haben – wurde die hier angegebene Reise erläutert und seinerseits der mit Beschluss Nr. 1620/2000 genehmigte Kostenvoranschlag von 150 Millionen Lire auf 200 Millionen Lire erhöht. Es ist Ihnen scheinbar entgangen, dass es sich darin um ein Lehrprogramm handelt, um ein Zusammenarbeitsprogramm mit den Lehrern und um Partnerschaftsprogramme, weil sonst könnten sie nicht auf der nächsten Seite stehen – und ich sage Ihnen auch die Seitenzahl: 11: Auffallend ist das Missverhältnis zwischen den letztgenannten Kosten und dem bereitgestellten Gesamtbetrag. Sie haben behauptet in der Pressekonferenz – so zumindest ist es in der Presse wiedergekommen – dass wir 120 Millionen Lire für diese Reise ausgegeben haben. Sie haben übersehen, dass es klar ersichtlich war in den Beschlüssen – und ich habe sie auch hier, wer sie einsehen will – außer 12.143.500.- Lire, die haben wir für die einwöchige Reise mit einer großen Abordnung nach Ungarn und nach verschiedensten Zielen nach Ungarn ausgegeben. Sie haben also übersehen, dass es nicht 120 Millionen Lire waren, sondern 12 Millionen Lire. Die restlichen Millionen Lire sind in das Lehrprogramm geflossen; dass die restlichen Millionen dahin hingeflossen sind, dass wir hier durchwegs das ganze Schuljahr über 4 bis 6 ungarische Deutschlehrerinnen in Tramin und Meran ausbilden, dass wir diese Schülerpartnerschaften finanzieren und dass wir Partnergemeinden finanzieren. Alles vom Gesetz vorgesehene Aktivitäten. Sie haben weiter behauptet, wir hätten bei dieser Reise 7 Feuerzeuge gekauft. Das sind alles Behauptungen, die nachzulesen sind. Ich habe hier den Beleg, von dem Sie ausgegangen sind. Es ist Ihnen entgangen, dass es 7 Filme waren, mit denen wir unsere Reise dokumentiert haben, und die Fotos hätten Sie bei unserem Büro bekommen, wenn Sie nachgefragt hätten. Übrigens sind diese 7 Filme – nur am Rande – mit der Region nicht abgerechnet geworden, sondern wir haben sie privat bezahlt. Sie, Frau Kury, haben weiters behauptet, wie alle die in der Kommission gesessen haben, dass wir Telefonrechnungen bezahlt hätten für Mitglieder dieser Delegation. Ich habe auch hier die Rechnungen, und wer sie sehen will, dem zeige ich sie gerne. Es ist richtig, dass zwei Posten Telefon

aufscheinen auf einer Hotelrechnung und es handelt sich bitte sehr um ein Telefonat 164 Lire umgerechnet und das andere Telefonat 235 Lire, wenn Sie es genau wissen wollen. Das ist eine Summe von 399 Lire, aber es ist Ihnen entgangen, dass dieser Betrag mit der Region nicht verrechnet worden ist. Sie sind zwar auf der Rechnung, und wie oft passiert es Ihnen, dass Sie eine Hotelrechnung bekommen mit dem Frühstück oben und Sie rechnen die Übernachtung zwar ab, aber das Frühstück bezahlen Sie selber und genau das ist hier passiert. Der Posten ist zwar auf der Rechnung angegeben aber er ist nicht mit der Region verrechnet worden. Deshalb behaupte ich, dass Sie, Frau Kury, nicht lesen können, und wenn Sie aber schon nicht lesen können, dann könnten Sie mindestens die Funktionäre danach fragen, bevor Sie Schmutz und Schande über die ganze Region schmeißen, Frau Kollegin Kury, die der Mehrheit angehört.

Nächster Punkt und ich habe noch nicht fertig. Kollegin Kury, ich habe schon verstanden, dass es gewisse Kreise auch innerhalb der Mehrheit gibt, die den Unterfertigen immer in das rechte Eck drücken wollen. Sie versuchen krampfhaft etwas, was Sie auch in der Kommission versucht haben, aber zum Glück ergebnislos, mich mit der Niermann-Stiftung in Verbindung zu bringen. Erstens muss ich sagen, ich fände gar nichts schlechtes und das nur einmal, damit Sie auch diesen Punkt in der Zeitung wieder breittreten können, der Atz hat zugegeben, dass er rechts steht. Ich habe aber bitte – vergessen Sie nie hinzuzufügen – keine Verbindungen und Kontakte mit irgendjemandem in der Niermann-Stiftung, auch wenn es so gut gefallen würde. Es stimmt, dass wir Mitarbeiter nach Ungarn geschickt haben anlässlich der ersten Reise, wo das erste Auto gestohlen worden ist, und bei dieser Gelegenheit haben wir Mitarbeiter - und niemand geringerer als die Vizeregensekretärin der Region, die Notarin ist - hinüberschickt, um die Gelder, die wir beabsichtigen und beschlossen haben hinüberschicken, zu garantieren. Da haben wir die Notarin hinüberschickt, und bei dieser Gelegenheit ist die Notarin drüben in Bojo in das Bildungszentrum gekommen und da hat es Feiern gegeben, wo unter anderem auch ein Vertreter der Niermann-Stiftung da war. Ich habe aber diesen Mann nie gesehen, und ich würde diesen Mann auch nicht kennen, wenn ich ihm jetzt gegenüber stehen würde. Damit ist jede Verbindung, die Sie mir unterstellen mit irgendwelchen Niermann-Stiftungen gelogen und das nehmen Sie bitte zur Kenntnis.

Da steht eine wunderschöne Aussage auf Seite 13, wir haben unsere Mitarbeiter gedemütigt. Sind Sie sicher, dass Sie von Mitarbeitern von uns gesprochen haben? Wenn Sie wollen, lasse ich meine Mitarbeiter, die in meinem Amt arbeiten hier alle aufmarschieren – damit habe ich kein Problem – dann soll Ihnen einer sagen, dass er sich gedemütigt gefühlt hat bei der Zusammenarbeit in den letzten Jahren. Das nur, weil ich vielleicht auch ein bisschen richtig stellen muss, was da für Blödsinne behauptet worden sind, ohne dabei die Bediensteten - immer auf Seite 13 – mitzurechnen, deren Anzahl uns nach wie vor unbekannt ist. Ja, meine lieben Leute, wenn Sie nicht imstande sind eine Frage zu stellen, dann werden Sie auch nie in Erfahrung bringen, wie viele Mitarbeiter wir mitgehabt haben. Fragen Sie mich, dann sage ich es Ihnen genau, und wenn Sie wollen sogar mit Namen, Anschrift und Telefonnummer. Die Reisespesen dieser Leute werden ja abgerechnet und das

liegt in unseren Ämtern ja schwarz auf weiß auf. Was wollen Sie uns da bitte beibringen, dass wir Mitarbeiter verstecken? Dann wird hier bemängelt, dass die Fahrer nicht zur Rechenschaft gezogen worden sind. Das ist auch eine Lüge. Der Ing. Andreatta hat sie beide zitiert und hat sie beide vor Zeugen ausgefragt. Es ist halt nichts dabei herausgekommen, Kollegin Kury. Auch hier tut es mir leid, dass nichts herausgekommen ist, aber das sind nun einmal Fakten. Ich habe dazu nichts hinzuzufügen, außer einen Gedanken, ich bin stolz darauf – ich wiederhole es zum xten-mal und ich lasse mir diesen Stolz von der Kollegin Kury auch nicht nehmen – dass wir heute 0,75% unserer Haushaltsmittel da zurückgeben dürfen, wo wir sie damals bekommen haben im deutschen Sprachraum. Darauf bin ich stolz, und ich habe mir überhaupt nichts vorzuwerfen, und ich werde mir deshalb sicher keine grauen Haare wachsen lassen, nur weil es mehrere Kollegen in der Kommission gegeben hat, die nicht lesen und nicht rechnen konnten.

PRÄSIDENT: Die Frau Abg. Kury hat sich in persönlicher Angelegenheit gemeldet. Könnten Sie kurz sagen, worin die persönliche Angelegenheit besteht?

KURY: Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Atz beweisen, dass ich lesen kann.

PRÄSIDENT: Bitte schön, Sie haben das Wort.

KURY: Danke. Herr Atz wiederholt seit dem Tag, an dem der Budapest-Bericht herausgekommen ist, dass die Kommissionsmitglieder nicht lesen könnten. Ich stelle fest, er hat zu den Hörschwierigkeiten auch noch Rechenschwierigkeiten und mit dem Lesen tut er sich auch nicht leicht. Die Rechenschwierigkeiten kann ich nachweisen, da in dem ominösen Beschluss, wo es um die 210 Millionen geht und wo er uns so fröhlich erzählt, dass alles in Ordnung ist, nicht einmal die Summe zwischen zwei Posten richtig gemacht worden ist. Nach Adam Riese ist 131 Millionen plus 89 Millionen nicht 210 Millionen sondern 211 Millionen. Das zum ersten, Herr Atz. Vielleicht schauen Sie nach bei Ihren effizienten Ämtern, dass Ihnen jemand nachrechnet, wenn Sie Ihre Beschlüsse deponieren, auf die Sie dann so als Beweismaterial verweisen.

Zum zweiten möchte ich wiederlegen, dass Herr Atz dauernd sagt, diese Dienstreise hat 12 Millionen Lire gekostet. Das ist ein absoluter Schwachsinn und hier gibt es Beweise genug. Ich habe die zwei Beschlüsse der Ungarnreise hier und zwar einer, der im Dezember...

PRÄSIDENT: Frau Abgeordnete Kury, wenn ich unterbrechen darf...

KURY: Herr Präsident, dürfte ich Ihnen nur in Erinnerung rufen, dass ich gerne nach dem Herrn Atz geredet hätte, damit ich all diese Lügengeschichten entlarven kann. Sie haben das verhindert und darum geben Sie mir jetzt noch Zeit, seine Lügengeschichten in zwei Minuten zu entlarven.

PRÄSIDENT: Sie können schon sprechen, aber es ist eigentlich eine Diskussion zum Thema und dann denke ich, nehmen Sie die 10 Minuten in Anspruch.

KURY: Ja, danke schön Herr Präsident.
Ich kann jetzt die 10 Minuten in Anspruch nehmen?

PRÄSIDENT: Nachdem es praktisch zum Bericht selber ist, würde ich sagen, das wäre eher eine Angelegenheit für die Intervention. 10 Minuten, aber die können Sie auch jetzt machen.

KURY: Ich habe Sie nicht ganz verstanden. Wenn Sie mich aussprechen lassen, dann bin ich in einigen Minuten fertig und die Sache ist erledigt.

(interruzione)

KURY: Danke schön für die freundliche Unterstützung des Kommissionsmitgliedes Divina. Wir haben uns immer schon nicht allzu gut verstanden.

PRÄSIDENT: Frau Kury, fahren Sie fort.

KURY: Ich fahre fort. Herr Atz, wenn Sie die beiden Beschlüsse vergleichen, dann stellen Sie fest, dass die Erhöhung des ursprünglichen Beschlusses von 78 Millionen auf 131 Millionen ausschließlich unter das Kapitel Fahrtenaufwand kommen. Sie brauchen das nur einmal nachrechnen. Wie ich nachgerechnet habe und ziemlich genau nachgerechnet habe, bin ich auf den Fehler der Summe gekommen. Mindestens 15 Millionen Aufstockung des entsprechenden Kapitels waren ausschließlich begründet, weil eine Dienstreise nach Ungarn anstand. Das ist unsere Behauptung im Bericht, und diese Behauptung kann ich hundertmal belegen. Zur Niermann-Stiftung, denke ich, genügt es, Sie zu zitieren in der Antwort, die Sie dem Pius Leitner gegeben haben, was denn Ihre Mitarbeiter in Ungarn getan haben beim ersten Autodiebstahl. Da sagen Sie, weiters wurde in einem Treffen mit Vertretern der geförderten Einrichtungen von Baja und Pecs mit Vertretern der Niermann-Stiftung eine koordinierte Vorgangsweise in Bezug auf die jeweiligen Vorhaben angesprochen. Ich denke, klarer als diese Antwort, die von Frau Engl bestätigt worden ist...

Herzlichen Dank, Herr Präsident.

PRÄSIDENT: Einen Augenblick. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass um 7 Uhr abends die Sitzung geschlossen ist und deswegen müssen Sie sich jetzt mit der Zeit überlegen, dass Sie alle drankommen, die reden wollen. Wenn Sie jetzt immer wieder sprechen zu persönlicher Angelegenheit und daraus eine Rede machen zum Inhalt, dann ist das nicht korrekt. Deswegen nützen Sie Ihre 10 Minuten aus, es sei denn jemand spricht zur Geschäftsordnung als solches, aber persönliche Angelegenheit ist heute ja identisch mit dem Thema und daher würde ich sagen, 10 Minuten, damit die anderen, die auch noch reden wollen auch wirklich drankommen.

Abg. Molinari, nicht mehr?

MOLINARI: Io interverrò solo per fatto personale. Volevo assicurare al Presidente del Consiglio ed ai colleghi consiglieri che, pur avendo partecipato ai lavori della commissione d'inchiesta, so leggere, scrivere e far di conto contrariamente a quanto qui pubblicamente ragionato dal cons. Atz.

PRÄSIDENT: Danke schön. Das Wort hat der Abgeordnete Pöder. Er hat das Wort.

PÖDER: Und zwar ausnahmsweise nicht in persönlicher Angelegenheit.

Herr Präsident, es mag Zufall sein, dass Tarcisio Grandi gerade den Saal verlassen hat, als ich aufgestanden bin, um das Wort zu ergreifen. Er hat hier doch noch seinen berühmterbuchtigten Bericht verteilen lassen, aber es steht wahrscheinlich nicht einmal dafür, ihn zu lesen. Die Berichte der Kommissionen sprechen für sich. Die Region ist ein Sumpf, der trocken gelegt werden muss. Die Region gehört eigentlich schon lange auf den Müllhaufen der Geschichte, und einige bisher Verantwortliche der Geschichte der Region gehören in die Abstellkammer der Politik. Wenn wir heute über die Berichte der Budapest- und Moskau-Kommission diskutieren, dann sollten wir uns auf diese Berichte konzentrieren und nicht auf den Schmarrn, der hier vom einen oder anderen verbreitet wird. Wir hatten alle die Gelegenheit vor den Kommissionen, ihre Version der Fakten darzustellen. Ich spreche ausdrücklich von der Version der Fakten und eigentlich müsste man sagen, die Versionen der Fakten, denn es wurden verschiedenen Versionen präsentiert. Aufgrund der Tatsache, dass es verschiedene Versionen gegeben hat, haben sich in der Moskaukommission auch drei Mitglieder dafür entschlossen, nach Moskau zu fliegen. Das war keine besonders angenehme Aufgabe, aber sie war fruchtbar, denn sonst wäre dieser Bericht wahrscheinlich nicht 50 Seiten lang geworden, sondern vielleicht sogar nur 20 oder 15 Seiten lang geworden. Viele Fakten wurden verifiziert, und sie sind nachzulesen. Was ich mir heute erwartet hätte? Wäre eine einziges Mal soviel Anstand und Charakter von Seiten des Tarcisio Grandi und von Seiten des Roland Atz gezwigt worden, aufzustehen und sich hier zu entschuldigen für das, was in den letzten Jahren und Monaten in dieser Region passiert ist, und nicht auch noch stolz zu sein, wie Roland Atz erklärt hat. Zu entschuldigen dafür, dass Jahre lang das Gesetz gebrochen wurde und ohne ausreichende legale Basis Beschlüsse gefasst worden sind und ohne ausreichend legale Basis Gelder vergeben worden sind. Das ist nachweisbar, und so steht es auch in einem Bericht einer Kommission, die aus unterschiedlichen Komponenten zusammengesetzt war. Man kann einer Moskaukommission mit Sicherheit nicht vorwerfen, dass es dort ein gemeinsames politisches Interesse gab. Jemand von der SVP saß dort, Andreotti saß dort und eine AN-Mann, ein DS-Politiker und ein Vertreter der Union für Südtirol und man kann dieser Kommission nun wirklich nicht vorwerfen, politische Interessen oder sogar der Oppositionsseite zu vertreten. Ganz sicher nicht. Das Gesetz wurde jahrelang gebrochen und was passiert mit Bürgern, die Gesetze brechen? Sie werden zur Verantwortung gezogen, und das passiert hoffentlich auch einmal in Südtirol mit Politikern, die Gesetze

brechen. Sie werden zur Verantwortung gezogen und das hoffe ich zumindest und nicht nur politisch in die Abstellkammer gestellt, sondern auch einmal rechtlich zur Verantwortung gestellt. Die Politik ist fähig zur Selbstreinigung und darum geht es mir. Was zeigen wir, als die Kommissionen eingesetzt wurden - und es war der einhellige Kommentar in der Öffentlichkeit, seien wir doch ehrlich auch, hier im Regionalrat - gut es werden zwei Kommissionen eingesetzt aber unterm Strich wird nicht viel herauskommen und es wird nicht viel passieren. Es ist etwas herausgekommen und es wird hoffentlich etwas passieren. Hoffentlich sind alle Parteien hier im Regionalrat an einer politischen Selbstreinigung interessiert, denn jede Partei, die nicht daran interessiert ist, die in diese Skandale verwickelten Personen aus den Verantwortungsämtern abzuziehen, aus den Verantwortungsfunktionen abzuziehen, jede dieser Parteien ist Schuld daran, wenn es nicht zu einer Selbstreinigung kommt. Wir sind es den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes schuldig. Eine Entschuldigung seitens des Tarcisio Grandi und des Roland Atz wäre angebracht gewesen, aber es fehlt nicht nur der politische Anstand sondern offensichtlich auch der Charakter dazu, und das ist noch wesentlich schlimmer. Wir brauchen die Fakten nur nachzulesen, die Fakten sind unmissverständlich, und wir brauchen keine Schlussfolgerungen ziehen. Warum muss man noch eine Schlussfolgerung ziehen, wenn festgestellt ist, dass Gesetze gebrochen, wenn festgestellt ist, dass eine sogenannte Veranstaltung in Moskau, die ich doch eher als Freundschaft bezeichnen würde, gar nicht hätte stattfinden dürfen unter der Schirmherrschaft der Region und der Finanzierung und zumindest auch als Organisatorin aufscheinende Region. Das hätte gar nicht so stattfinden dürfen, weil es keinen legalen Beschluss gibt, diese Veranstaltung als Veranstaltung der Region durchzuführen. Es ist auch unmissverständlich, wenn geschrieben wird, dass es nie hätte passieren dürfen, dass man einen Funktionär, einen Beamten der Region mit 40 Millionen Lire von der öffentlichen Hand auf Reisen schickt, wo es doch andere Zahlungsmöglichkeiten gab. Gerade nach Moskau hätte es andere Möglichkeiten gegeben und die Universität hat uns bestätigt, dass es gelogen ist, wenn behauptet wird, dass dort keine Überweisungen akzeptiert werden oder wurden, dass man der Öffentlichkeit weis machen wollte, dass es in Moskau schwierig sei, mit Kreditkarten zu bezahlen. Ich habe nichts anderes getan als mit Kreditkarte bezahlt. Das sind doch keine Hinterwäldler mehr da drüben und das ist mittlerweile eine Weltstadt. Man will uns doch nicht weis machen, dass es nur ein Versehen war, dass der Tarcisio Grandi in den Flieger gestiegen ist beim Rückflug und den Beamten Zaffi drüben gelassen hat. Warum beantwortet uns Tarcisio Grandi nicht die Frage, warum er abgehauen ist? Ich habe das ganz offen formuliert, und warum erklärt er das nicht hier im Regionalrat? Warum wird das nicht gesagt? Das ist eine Frage, die immer noch offen ist. Warum ist man mit den Geldern da hinüber geflogen, und warum hat man 3 verschiedene Übernachtungslisten offiziell präsentiert? Das sind nicht irgendwelche gefälschten Rechnungen von irgendwelchen Firmen in Russland, sondern das sind verschiedene Listen von Übernachtungen, die offiziell und protokolliert der Kommission vorgelegt worden sind von Davide Zaffi. Warum darf dieser Mann überhaupt in der Region noch einen Fuß in ein Büro hineinsetzen? Das muss ich mich ganz offen fragen, auch angesichts der Tatsache, dass es ja immer

noch irgendwelche Regionalausschussmitglieder gibt, die auch hier in diesem Sinne einschreiten müssten und sagen müssten, Disziplinarverfahren und sofortige Suspendierung vom Dienst eines solchen Funktionärs. Was weiß der Davide Zaffi über bestimmte Herren offensichtlich in der Region, dass er noch weiterwerkeln darf? Was ist wirklich in diesem Zusammenhang noch wahr? Wir haben derart viele Unwahrheiten festgestellt, derart viele Lügen gehört und auch von Leuten, die bis vor kurzem glaubten, noch in der Politik weiter machen zu können als Verantwortungsträger im Regionalausschuss, derart viele Unwahrheiten und bis zum Schluss waren wir nahe daran zu sagen, es stimmt überhaupt nichts mehr von dem was man uns gesagt hat. Warum dieser Sumpf und warum wird der erst jetzt aufgedeckt? Zum Glück wird es jetzt endlich einmal aufgedeckt und noch ist die Phase der Selbstreinigung - um es so zu sagen der Trockenlegung des Sumpfes – nicht abgeschlossen.

Lassen Sie mich noch eines erklären, ich bin nicht der Überzeugung, dass die einzelnen Länder ganz frei sind von derartigen Vorgängen, aber das muss dann wenn schon einmal an einem anderen Sitz oder Gremium diskutiert werden. Abschließend ist nur zu sagen, wenn dieses Gremium solche Vorkommnisse, die derart eklatant waren und sind, wie sie sich darstellen und man braucht sie nur nachlesen, sie sind faktisch dargelegt und sie sind auch bewiesen und im Moskaubericht steht nichts drinnen, was nicht auch bewiesen ist. Wenn wir dann sogar noch dahin kommen, dass wir – und das ist wirklich beunruhigend an diesem Bericht – wir niederschreiben müssen, dass eine Frau Zaffi zum Dr. Magagnotti gesagt, es darf nicht nur mein Mann sein, der bezahlt, sondern es muss auch Grandi sein, der bezahlt. Im Gegenzug erklärte Grandi öffentlich, dass die Frau Zaffi sich vergegenwertigen muss, was er eigentlich schon alles für den Herrn Zaffi gemacht habe und sie solle nur nicht behaupten, er hätte nichts für ihn in irgendwelchen schwierigen Situationen getan. Diese Ausgabe wird trotz Nachfrage in der Kommission bei der ersten Anhörung des Herrn Grandi nicht dementiert und nicht kommentiert und auch die andere Aussage wird nicht kommentiert und nicht dementiert und da erreichen wir eine Ebene, auf der wir sagen müssen, dass dieser Sumpf immer tiefer wird und manchen Leuten nicht mehr nur zum Knie reicht, sondern sogar schon bis zum Hals reicht. Hoffentlich gibt es diese Selbstreinigung in der Politik, die sich viele Bürgerinnen und Bürger erwarten und hoffentlich wird hier nicht wieder vieles verschleiert, vernebelt und hoffentlich tauchen jene, die heute, morgen oder übermorgen – ich hoffe inständig – in die Abstellkammer der Politik geschoben werden, nicht irgendwann wieder auf Umwegen auf dem politischen Parkett in Verantwortungspositionen auf. Das würde diesen Selbstläuterungsprozess der Politik, auf den die Bürgerinnen und Bürger warten, nachträglich zerstören.

PRÄSIDENT: Danke, Abgeordneter Pöder. Ha chiesto la parola il Consigliere Morandini e ne ha facoltà.

MORANDINI: Grazie signor Presidente. Articolero, signor Presidente e signori colleghi, il mio breve intervento su due filoni su cui vorrei soffermare la vostra attenzione. Uno, quello relativo alla responsabilità politica ed anche tecnica, per altro non mi soffermerò molto su questo, perché già le commissioni hanno evidenziato compiutamente questo versante, quanto sulla prospettazione di

alcune urgenze da sottolineare per chi prenderà in mano domani e nei prossimi giorni. E l'altro, che è un filone in cui credo di più, perché secondo me, chiusa questa parentesi particolarmente amara bisognerà pensare a dare una prospettiva a questa Regione e quindi sostanziarla di alcune proposte.

Per quanto riguarda il primo filone se dicessi che provo una grande amarezza di fronte a tutto questo direi poco. Vorrei aggiungere anche la parola "sdegno" per quanto è accaduto. Di fronte a queste responsabilità annoto solamente alcuni passaggi, perché mi sono permesso, sia pure a titolo personale, di fare anch'io qualche piccola indagine e quindi vorrei integrare qualche passaggio con alcune annotazioni che, fra l'altro, sono ampiamente documentate.

La prima questione: io penso, e mi spiace che non sia presente la cosiddetta assessora alla trasparenza, perché tutto ha fatto fuorché questo, cioè la collega Zendron. Penso che se fosse stata garantita un minimo di trasparenza amministrativa dentro questo ente non saremmo arrivati a quanto siamo arrivati. Ripeto che ci sono qui sicuramente, sono già state annotate responsabilità di tipo politico, ma ci sono anche responsabilità di tipo tecnico; cioè una parte dell'apparato regionale sicuramente non è stata all'altezza del suo compito o comunque si è lasciata intimidire da qualcuno che aveva responsabilità più alte, probabilmente di tipo politico.

Il primo grande nodo, la prima grande questione che si pone oggi alla Regione che nei prossimi giorni, nelle prossime ore si darà un nuovo assetto regionale, è e deve essere quello della trasparenza. La memoria rilasciata in queste ultime ore dai consiglieri regionali da parte dell'assessore Zendron alla trasparenza, non rileva nulla, perché i poteri che ha un assessore che è seduto per anni in questa Giunta, dovevano essere esercitati prima. Un assessore ai poteri non è assolutamente obbligato a stare nelle Giunte quando non ne condivide il modo di gestire la cosa pubblica, le procedure e l'erogazione dei contributi.

Da questo punto di vista questa è una memoria intervenuta quando i buoi sono usciti dalla stalla, per cui conta peggio di carta straccia, per cui per quanto riguarda questa memoria mi ritrovo nel gesto che ha fatto il cons. Seppi poco prima della sospensione dei nostri lavori e cioè l'ha strappato.

Uno dei passaggi fondanti della trasparenza amministrativa, ne abbiamo parlato più volte in quest'aula, è la separazione netta tra gli atti di indirizzo politico e gli atti di gestione amministrativa. A me è parso, vengo solamente ad uno dei fatti di cui stiamo discutendo, quelli di Mosca, che tutto sia accaduto nei rapporti tra il Vicepresidente Grandi e il funzionario dott. Zaffi fuorché questa separazione. Lì vi è stata una commistione davvero che si commenta da sola.

La prima urgenza che mi permetto di sottolineare alla futura Giunta regionale è quella di mettere mano alla trasparenza, che vuol dire non solamente fissare, come dirò fra poco, leggi chiare, ma leggi soprattutto che lascino maglie poco aperte per quanto riguarda i relativi regolamenti e la loro declinazione.

Per quanto riguarda le responsabilità della struttura, che chiaramente si riannodano alle responsabilità politiche, faccio appello all'attuale Presidente facente funzioni, assessore Atz, per dire che non è possibile Vicepresidente

facente funzioni, una struttura che non è fatta di dirigenti. Lei sa bene che questa struttura regionale eccettuato un dirigente che ha svolto il suo cursus honorum all'interno della Regione attraverso concorsi vari e promozioni, è composta sì di altri tre dirigenti che però provengono due su chiamata dall'esterno come consente una legge regionale e uno comandato dal Consiglio regionale.

Lei sa che le strutture sono rette da personale di nona qualifica con incarico di dirigenza, eccettuato il dirigente, di cui ho fatto riferimento. Per cui, evidentemente, queste strutture sono povere dal punto di vista della preposizione alle stesse di personale che si è guadagnato sul campo la qualifica di dirigente.

La seconda grande urgenza allora che ha questa futura Giunta regionale è quella di preporre alle ripartizioni veri e propri dirigenti attraverso concorsi che si siano guadagnati, e faccio appello al Presidente del Consiglio regionale, sul campo i galloni per presiedere alle ripartizioni, perché le ripartizioni sono un passaggio importantissimo nell'apparato regionale.

Per quanto riguarda poi il versante normativo che ha presieduto alle questioni su cui le commissioni d'inchiesta si sono poi impegnate, faccio presente con velocissima cronistoria che tutto è nato con la Presidenza Grandi attraverso eccessiva discrezionalità nell'assegnazione dei contributi, tutto questo è documentato, ci sono carte che provano questo; attraverso l'approvazione di regolamenti che non sono tali da essere veri e propri regolamenti, perché le maglie che hanno previsto sono larghissime, mi riferisco ai regolamenti della legge n. 11 del 1993 sugli aiuti al terzo mondo modificata poi nel 1996 con una modifica tutt'altro che indiscutibile, anche questo documentato; mi riferisco ai regolamenti sulla legge europea, approvata appunto con legge regionale n. 10 del 1988 e modificata nel 1995 e nel 1997. Ebbene, questi passaggi legislativi hanno evidenziato quanto meno tre lacune su cui evidentemente molti hanno giocato. La mancanza quasi assoluta di criteri che determinassero dei paletti chiari entro cui i regolamenti dovevano regolarsi. L'eccessiva discrezionalità che sicuramente è travasata in molti casi nell'arbitrio come, in qualche passaggio, le relazioni delle commissioni hanno evidenziato e le maglie eccessivamente larghe dei regolamenti. Nessuno dei citati regolamenti aveva come contenuto criteri precisi per la disciplina degli interventi e tutti gli interventi diretti di fatto si sono concretizzati in contributi mascherati, perché laddove la Regione partecipava in apparenza per esempio con un Comune alle iniziative, quello che poi è accaduto quasi sempre è stato che nella specie il Comune faceva le iniziative e la Regione si presentava solamente con le funzioni di ufficiale pagatore. Per cui non c'è stata una selezione delle domande e non c'è stata una scelta; questa si invece doveva esserci discrezionalmente attraverso criteri ben precisati prima delle domande che apparivano più meritevoli secondo le disposizioni di legge, perché evidentemente negli esempi che ho fatto faceva tutto il Comune e la Regione arrivava nel momento in cui bisognava pagare e basta. Ma non era con questo spirito che erano nate le leggi regionali che ho citato, non è con questo spirito che un ente come la Regione deve intervenire su queste iniziative. Evidentemente si è trattato quindi di un vero e proprio contributo diretto.

Da questo punto di vista quello che vorrei evidenziare è che, e anche qui ho fatto una breve indagine, il Segretario generale della Giunta regionale ha in un paio di occasioni evidenziato come fosse necessario dare puntuale rispetto alla circolare Putz quanto alla motivazione delle delibere, quanto a non portarle fuori sacco e quant'altro; lo ha fatto sia nel 19 marzo 1999 sia nella seduta del 16 settembre 1999 e faccio anche presente che sarebbero davvero interessanti alcune domande che possono venire da queste considerazioni, ma non c'è il tempo per farle.

Chiudo annotando un paio di ragionamenti che ritengo importanti come stimolo per una prospettiva politica alla Regione. Il fatto che con la modifica statutaria venuta ancora nel corso del 2000, a livello romano, si sia privata la Regione di una delle più importanti competenze che s'aveva e cioè in capo al Consiglio la disciplina elettorale per l'elezione del Consiglio regionale, ha svuotato la Regione di una sua competenza a cuore, per capirci. Non si è provveduto nel contempo a fornire a riconoscere alla Regione competenze sue proprie che andassero a colmare questo vuoto che, privata della sua competenza elettorale, la Regione aveva con se manifestato.

Allora oggi ormai ridotta ad un ente pressoché vuoto che poi, qualora dovesse passare la legge sulle deleghe sarà assolutamente priva di competenze, perché è privata delle competenze anche in materia di catasto, tavolare e di cooperazione, oggi pensare evidentemente che questa Regione possa essere all'altezza del compito è davvero difficile. Faccio riferimento anche a chi, per quanto riguarda la famosa modifica statutaria venuta nel 2000, l'ha avallata nonostante una serie di proposte che abbiamo portato in quest'aula per far sì che le modifiche statutarie provenissero da queste comunità ed invece vi ha votato contro alle nostre proposte che chiedevano che fossero queste comunità a darsi il proprio statuto e le sue modifiche, faccio riferimento anche ad amici e colleghi del centrosinistra, ebbene privare la Regione di questo ha voluto sostanzialmente significare un depauperamento per cui non è più all'altezza la Regione oggi di svolgere le sue competenze e quindi si vede molte volte che se c'è qualche amministratore che non è all'altezza del compito o che non ha un certo criterio etico va a saccheggiarla a più a man bassa.

Allora, quello che è importante, e noi abbiamo presentato in periodo non sospetto, ottobre 2000, una proposta chiara e pensare per la Regione sue nuove competenze proprie, non fare il Consiglio regionale diventare derivato dei Consigli provinciali e soprattutto, ripeto, andare non oggi come per esempio hanno fatto i cons. Leveghi e Passerini a proporre chissà che cosa sulla Regione quando hanno contribuito a svuotarla, ma andare davvero a riconoscerle qualche competenza sua propria se vogliamo che in particolare l'autonomia del Trentino non vada ad essere distrutta.

PRÄSIDENT: Grazie, Consigliere Morandini. Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Klotz.

KLOTZ: Wir haben heute gleichzeitig mit dem Bericht der Untersuchungskommission „Moskau“ auch den Haushaltsvoranschlag für die Region bekommen und haben sie vorliegen. Ich muss hier ganz kurz darauf

hinweisen, dass für das Haushaltsjahr 2002 – ich rede nicht zum Haushalt, aber das scheint mir hier sehr wichtig zu sein, damit wir dann einige Schlüsse daraus ziehen können – also für das Haushaltsjahr 2002 waren die Ausgaben vorgesehen in Höhe von € 380.925.265,00. Man kann also sagen runde 390 Millionen €, was die Kompetenz anbelangt, aber was den Kassahaushalt anbelangt, so haben wir für das Jahr 2002 hier vorgesehen € 630.631.903,00. Jetzt komme ich zum Grund dessen, warum ich diese Daten verlesen habe.

Wir von der Union für Südtirol und früher schon vom Heimatbund haben immer behauptet, dass diese Region nur deshalb auf Recht erhalten wird und vor allen Dingen von der SVP, um zusätzliche Posten und Pöstchen verteilen zu können und es stellt sich heraus, dass das einer der wesentlichen Gründe ist. Für mich stand das nie außer Zweifel, aber diese Berichte jetzt, die das gesamte darum herum zeigen, zeigen ganz eindeutig: Die Kompetenzen sind im Grunde genommen geschmolzen und das hat der amtierende Präsident Atz zugegeben. Er sagt, ja wir sind in der Delegierungsphase. Auch wenn man in einer Übergangsphase ist, ist das kein Grund für eine – wie es die Italiener nennen – „amministrazione allegra“. Auch in einer Übergangsphase hat es konkrete Regeln zu geben und hat es auch Anstandsregeln zu geben. Ich nehme Ihnen ab, dass Sie sich keiner Schuld bewusst fühlen, und ich glaube Ihnen das, weil Sie überzeugt sind, dass Sie all das dürfen, was Sie hier getan haben und weil Sie überzeugt sind, dass Sie einer der Herrgötter hier sind. Ich werte es beim Kollegen Grandi als Verlegenheit und einer Spur Scham, dass er sich nicht mehr hier herbemüht, aber ich bin überzeugt, dass Sie sich sicher sind, nichts Unrechtes getan zu haben. Es fehlt hier einfach an einer Normalität, die von allen Bürgern vorausgesetzt wird. Diese Leute hier - und ich habe morgens schon Gelegenheit gehabt, darüber auch zu sprechen - manche Leute sind einfach abgehoben. Wir sind in einer Denkweise, in einem Verhalten wie in der Zeit des Absolutismus. Da gibt es Leute, die glauben, ich darf das und die Gesetze gelten für andere, diese Beschlüsse gelten für andere aber doch nicht für mich. Wo kämen wir denn hin, wenn ich mich an all das halten müsste, was wir da für diese Deppelen und Dummeln gemacht haben. Ich danke den Kommissionen dafür, dass sie uns davor bewahrt haben, weiterhin die Deppelen und Dummeln zu spielen und zwar aus folgenden Grund: Als der Noch-Vizepräsident Grandi damals geantwortet hat auf unsere vielen Fragen betreffend die Verhaftung von Zaffi und die verschiedenen Umstände und als auch verschiedene Aussagen von Zaffi in den Zeitungen erschienen sind, muss ich rückblickend sagen, haben Sie uns tatsächlich für die letzten Trotteln gehalten. Kollege Pöder hat es jetzt gesagt und Gott sei Dank sind diese drei Leute nach Moskau gefahren. Ich glaube, es wäre auch nicht schädlich gewesen, wenn die anderen nach Budapest gefahren wären, dass die Leute dort auch mit Kreditkarten zahlen, dass außer Bargeld – sagen wir mal das geschmuggelte Geld in Schuhen oder wo auch immer - außer solchen Zahlungsmodalitäten auch modernere Zahlungsmodalitäten dort Gang und Gebe sind, so müssen wir eigentlich jetzt denken, wie viele Jahre hat man uns einfache Regionalratsabgeordneten eigentlich schon an der Nase herumgeführt? Irgendwann muss das mit der „amministrazione allegra“ ja angefangen haben? Wenn der amtierende Präsident Atz sagt, ja glaubt ihr vor unserer Zeit war es nicht so, dann soll er auch ganz klar sagen was er damit

meint. Wie war es vor seiner Zeit und was hat er von seinen Vorgänger übernommen und von wem hat er was gelernt? Das soll er uns dann auch sagen, der Präsident Atz.

Nach alledem was festgestellt worden ist, noch herzugehen und zu sagen: Mehrere Kollegen in den Kommissionen, die nicht lesen und nicht rechnen können, und dann noch das ganze auf tun als eine Erfindung der Opposition oder als Übertreibungen oder als Hirngespinnste, und das ist ein Unverfrorenheit. Auch das zeigt von der Haltung mancher Leute und auch diejenigen haben Recht, die sagen, wenn es nicht eine gründliche Erneuerung gibt - von uns aus gehört die Region aufgelöst und das sagen wir schon seit 20 Jahren – aber wenn es nicht entweder die Auflösung oder eine gründliche Erneuerung gibt, dann, Kolleginnen und Kollegen, wird an uns allen alles hängen bleiben. Die Leute draußen sagen, wir sollen aufhören, denn wir sind alle die gleichen. Es gibt schon einen Unterschied und alle die gleichen sind wir nicht. Wir Trotteln hier, die einfachen, die nie gerempelt haben und geschlagen um irgendwo einen Posten zu bekommen und auch irgendwo vom Honigtopf naschen zu können, wir haben unsere eigenen Vorstellungen. Ich möchte deshalb nur davor warnen, halbe Schritte zuzulassen, denn dann heißt es ja – schaut wir haben ein großes Theater inszeniert und bis zum Schluss ist es für die Leute nur noch eine Show. Deswegen müssen ganz klare Konsequenzen gezogen werden und das Verhalten hat sich zu ändern, wenn es überhaupt noch eine Regionalregierung geben soll.

In diesem Lichte muss ich etwas sagen, was von niemandem hier noch aufgeworfen worden ist, auch weil es immer wieder geheißen hat, der Abg. Denicoló hat unterschrieben und der Abg. Messner hat auch unterschrieben, aber wer sind die denn? Das sind halt auch zwei Trotteln - aber nicht von der Opposition – Entschuldigung Herr Kollege Denicolò – Trotteln von der SVP und so ähnlich hat es einmal geklungen. In diesem Lichte gewinnt der Rücktritt des Präsidialmitgliedes Messners in der letzten Legislatur eine ganz andere Dimension. Kollege Messner hat nie genau gesagt, warum eigentlich. Für mich aber stellt sich das nicht als nervliche Unzulänglichkeit oder Überlastung dar, im Lichte dessen, was wir heute wissen, und infolgedessen muss das Trottele Messner doch ein bisschen mehr gewesen sein damals. Ich würde sagen, dass er so manches möglicherweise einfach nicht mehr mittragen wollte. Ich ersuche euch noch einmal, mich zu entschuldigen wegen des Ausdruckes, aber ihr werdet mir Recht geben, so wie die uns abspeisen wollten, wären wir schon als Trotteln herausgekommen. Mit Kreditkarten kann man nicht zahlen und man muss Bargeld mitnehmen, weil man sonst dort keine Möglichkeit hat. Wie uns der Vizepräsident Grandi da jämmerlich dargestellt hat, dass er gar nicht gesehen hat, was mit dem Zaffi passiert ist, und er hat es nicht sehen können, denn er als Mann von Kultur muss ja die „Repubblica“ lesen, und er hat noch genau gewusst, welche Zeitung und wie lange er gelesen hat, und so hat man uns abspeisen wollen. Ich komme aber nun langsam zum Schluss, Herr Präsident.

Noch einmal, wenn schon klare Konsequenzen - und das ist auch meine Bitte und Aufforderung an alle jene in den Mehrheitsparteien, die noch Charakter haben und die, die Grundregeln des Anstandes nicht vergessen haben und die, die den Absolutismus nicht wieder einführen wollen.

PRÄSIDENT: Danke, Frau Abgeordnete Klotz.

La parola alla consigliera Conci-Vicini.

CONCI: Grazie Presidente. Credo che oggi non siamo qua per esprimere condanne nei confronti di qualcuno, perché verificare se ci siano stati atti, iniziative o comportamenti penalmente condannabili non attiene a quest'aula. Quindi lasciamo ai magistrati eventualmente di esprimersi rispetto a questo rispettando i reciproci ruoli. Credo però che oggi sia possibile esprimere una condanna di tipo etico, un giudizio politico, un giudizio morale rispetto a ciò che è accaduto e che coinvolge non solo gli uomini, ma le istituzioni stesse.

Se vogliamo, credo che tutti quelli che ci sono in quest'aula lo vogliano, che sia restituita dignità e trasparenza alle istituzioni, in particolare alla Regione, perché della Regione oggi si sta parlando, allora non può essere sottaciuto, non evidenziato lo sdegno che i fatti di Mosca e di Budapest hanno sollevato da parte dei cittadini, ma credo anche da parte di chi, come noi, lavora, si impegna e cerca di rappresentare con dignità e trasparenza le istituzioni e di gestire con onestà la cosa pubblica che è poi la cosa di tutti, la cosa della comunità.

Non voglio entrare nel merito dei singoli fatti e comportamenti che sono già stati evidenziati dalla relazione, e poi il tempo non ci permetterebbe neanche di farlo, e ringrazio i commissari per il lavoro che hanno svolto con puntualità e precisione. Però voglio sottolineare alcune questioni: relativamente a Mosca credo che se ci sono delle leggi, queste vadano rispettate e che non sia ammissibile che se delle leggi prevedono, come di fatto prevede la legge n. 10 del 1988, una relazione annuale prevista all'art. 3 di questa legge, e l'istituzione di un comitato, previsto all'art. 4 della legge stessa, questi per mille motivi e per mille giustificazioni non debbano essere attivati.

L'attivazione di questi strumenti avrebbe potuto salvare, almeno in parte, quell'ambiguità e quella genericità che è stata evidenziata sia dalla commissione consiliare sia dalla commissione interna presieduta dall'avvocato Franco Conci, perché avrebbero potuto essere evidenziati con maggior puntualità, con maggior precisione e trasparenza obiettivi, modalità ed erogazione delle risorse permettendo da una parte alla Giunta una più corretta ed efficace applicazione della legge oltre a permettere anche a tutto il Consiglio una funzione di controllo, un diritto di cui il Consiglio è stato espropriato.

Non voglio entrare nel merito del pressappochismo e della genericità e superficialità con cui sono state redatte le due delibere: la n. 916 del 25 giugno 2001, la 1625 del 14 novembre 2001 che meriterebbero per altro non solo di essere segnalate, ma di essere approfondite.

Dico alcune altre cose, la prima sul rispetto a tutto quanto è stato scritto e letto sul funzionario Davide Zaffi, sulle vicende che attorno a lui si sono svolte.

Noi vediamo qui, e questo è, tra l'altro, attestato nuovamente anche da questo documento, che ci è stato dato da parte del Vicepresidente Grandi, "dott. Zaffi funzionario di settimo livello assunto con concorso pubblico, funzionario di settore cioè specializzato in questioni di cooperazione interregionale, è incardinato nel Servizio studi, parla otto lingue, compreso il

russo. E' membro in rappresentanza della Regione del gruppo di lavoro per le minoranze di Alpe Adria di cui egli è presidente, organizzazione questa che rientra nelle competenze alle dirette dipendenze dell'assessore Grandi."

Non è una persona qualsiasi, non è l'ultimo che passa per la strada, raccolto all'ultimo momento, ma è una persona che ha determinate competenze, una certa professionalità e che è stato scelto e nominato a D.O.C. come funzionario delegato nella famosa delibera n. 1625 che ho appena citato. Non solo, ma ha fatto, almeno questo viene attestato dall'elenco che c'è stato consegnato, ben quarantacinque viaggi in giro per il mondo dal 1996 al 2001.

Come è possibile che una persona così abbia il coraggio di affermare che parte con tanto denaro in tasca, perché la ragioneria non gli ha prospettato altre forme di pagamento diverse da quelle del denaro contante, non conosce le carte di credito, vive in un eremo in mezzo alla foresta in un maso? Non è pensabile che una persona dica ed asserisca una questione di questo tipo. Tra l'altro è stato subito smentito dalla segreteria amministrativa dell'università che dice che era possibile aprire un conto corrente presso l'università stessa.

Altra asserzione di Zaffi che dice di non conoscere, di non essersi informato né presso la banca né presso l'agenzia di viaggi né presso il consolato russo di Milano né presso la ragioneria delle leggi valutarie in vigore in Italia ed in Russia. A parte tutta questa serie di bugie, perché poi la ragioneria conferma di averglielo ricordato, la banca anche, però uno che ha fatto quarantacinque viaggi all'estero di questo tipo, che ha quella professionalità ecc. o chi l'ha messo a quel posto non conosceva la persona oppure non si capisce come può una persona asserire questioni di questo tipo. Dichiaro di non aver ricevuto il modulo mentre era in aereo, qui posso anch'io confermare, anche a me è capitato di non aver ricevuto questi moduli in viaggi di questo tipo quando andavo in veste privata. Credo che la prima volta ti può capitare, ma la seconda volta credo che uno lo richieda sapendo come funzionano le cose.

Ti viene segnalato di nuovo con l'altoparlante, ci sono cartelli informativi, e lui non era uno qualsiasi era uno che conosceva il russo e l'inglese. Quindi è stato tampinato da tutta una serie di cartelli che gli dicevano che cosa doveva fare. Non avesse saputo le lingue avrebbe comunque dovuto chiedere perché si ritrovava davanti due percorsi e quindi avrebbe dovuto capire se entrare in una corsia o nell'altra.

Quello che più mi preoccupa è la sentenza della Corte, che è una sentenza gravissima allorquando si dice: "Davide Zaffi è accusato di contrabbando sia di esportazione in larga quantità attraverso il confine della Federazione russa di beni non esibiti al controllo doganale e non dichiarati."

Questo mi preoccuperebbe di meno se Zaffi fosse andato per suo conto a farsi un viaggio all'estero. Mi dispiacerebbe per lui di tutte le questioni che gli sono capitate da un punto di vista umano, ma mi preoccupa molto da un punto di vista istituzionale, perché asserzioni di questo tipo mettono in ginocchio un'istituzione e noi non possiamo permetterci che questo avvenga. Noi che viviamo, che siamo impegnati, che lavoriamo in questa istituzione.

Tralascio tutta la serie di altre questioni, perché che dire anche degli atteggiamenti del Vicepresidente Grandi? Credo che tutti quanti abbiamo fatto viaggi all'estero, anche come rappresentanti delle istituzioni credo che nessuno

di noi mai abbia avuto un comportamento di quel tipo, sia da un punto di vista umano, sia da un punto di vista del pubblico amministratore che rappresenta le istituzioni. Non dico altro perché credo che l'atteggiamento e tutto il comportamento conseguente sia inqualificabile.

Voglio arrivare, perché il tempo corre, e quindi voglio essere anche prepositiva rispetto a queste questioni dicendo che il quadro che è stato delineato complessivamente sia riferito a una che all'altra commissione denota una sorta di lassismo normativo, di non curanza delle leggi, di gestione della cosa pubblica non sempre corretta. Credo che occorra davvero una svolta, che ci sia, mi auguro che domani questo avvenga, una nuova Giunta fortemente rinnovata che si faccia carico di primo ridefinire competenze e ruoli per la Regione che non siano residuali, ma che siano competenze vere, che diano immagine e forza ad una Regione che è sempre stato il punto di forza della nostra autonomia.

In secondo luogo che stabilisca in modo chiaro i settori d'intervento in modo tale che non possano esserci più questa serie di questioni non governabili così come è accaduto, ma soprattutto che ci sia una Regione rinnovata profondamente nelle figure di chi le governa nei metodi, nelle procedure, nelle sue competenze, perché possa essere esempio per le altre regioni nel panorama italiano, ma che possa anche essere competitiva con il compito che abbiamo davanti di gestione delle relazioni con i livelli europei.

PRÄSIDENT: Grazie, consigliera Conci. Ha chiesto la parola il consigliere Plotegher e ne ha facoltà.

PLOTEGHER: Desidero intervenire brevemente, perché su temi come questi non si può non intervenire. Ci corre innanzi tutto un obbligo come consiglieri e come istituzione di ringraziare queste commissioni che si sono mosse di fronte a fatti che hanno interessato la comunità, la popolazione e hanno, oltre tutto, messo anche in dubbio la correttezza e la moralità di tutti i consiglieri di questo Consiglio.

Quindi era giusto che intervenissero le commissioni che sono intervenute e per la prima volta queste commissioni si sono mosse con uno spirito di trasversalità che le rende assolutamente più credibili e che quindi da loro il conforto di non poter essere tacciate di partitismo, di interessi partitici, di interessi di fazione.

Se queste commissioni sono intervenute, se hanno stilato delle comunicazioni che possono piacere o non piacere, che possono anche essere incomplete, suscettibili di correzioni, ma questo è stato dettato da una situazione generale che richiedeva indubbiamente interventi di questo tipo.

Questa autonomia regionale, anche la stessa autonomia dell'Alto Adige fino a qualche tempo fa considerate universalmente come isole di buona amministrazione vengono, in questo momento, messe in una luce diversa da quella tradizionale e quindi è bene che si ponga l'attenzione anche a questo proprio per evitare che giudizi su episodi che indubbiamente sui quali non è possibile poi fermarsi singolarmente, possa travalicare fino ad andare a compromettere un'immagine che anche a buona ragione in ora è stata di un certo tipo a livello anche europeo ed italiano.

I due episodi sono indubbiamente un indicatore di una situazione che va prontamente corretta proprio pena un decadimento d'immagine da decadenza da tardo impero che nuoce a tutti: alle popolazioni, all'istituzione, singolarmente e personalmente a tutti noi.

La cartina di tornasole è stata posta proprio sul modo disinvolto di usare il denaro pubblico per una competenza che proprio nel momento in cui le varie deleghe venivano tolte è stata potenziata ed ha assunto addirittura al momento prevalente della vita della Giunta regionale: la politica estera; cosa che indubbiamente potrebbe essere anche motivo di prestigio, ma che nelle attuali condizioni non ci possiamo assolutamente permettere e non possiamo assolutamente permettercelo proprio nelle condizioni in cui è stata attuata e non possiamo permettercelo soprattutto quando per modificare gli equilibri della Provincia di Trento si va ad usare i fondi regionali per accontentare qualcuno e per rimediare ad eventuali esclusioni a livello di Giunta provinciale trentina.

Ci sono moltissimi elementi che consigliavano di intervenire, di fare il punto, di procedere, di fare anche duramente, proprio perché sia possibile porci rimedio.

Alleanza Nazionale è l'area della destra, può parlare non essendo mai stata al potere in questa Regione e quindi avendo le mani assolutamente pulite e non potendo essere accusata di interessi di bottega. Quindi, possiamo dirlo, avendo però un notevole interesse nella difesa delle istituzioni non abbiamo nessuna intenzione di giocare al massacro e di approfittare di questa situazione per mandare tutto a catafascio e, viceversa, a noi interessa che la Regione quantomeno, anche se privata delle tradizionali competenze possa continuare a vivere garantendo a tutta la Regione e alla Provincia di Trento un'immagine esterna e anche una potenzialità diversamente ed assolutamente non effettuabile.

Per quel che riguarda i fatti specifici credo che ci sia una differenza fra i due fatti. Non conosco personalmente il cons. Atz e non mi sento di dare giudizi sulla sua personalità e sui suoi trascorsi. Per quel che riguarda il traditore di Comano, viceversa, credo che sia ora e tempo che abbandoni le scene di questo Consiglio regionale e che abbandoni le scene del Consiglio provinciale di Trento, perché non è possibile che noi ci confondiamo in quest'aula e nell'aula di Trento con un personaggio, che trama continuamente, che fa dei suoi interessi il volano per posizioni di potere e che viene anche usato per questo. Crediamo che quel personaggio questa volta abbia, con la vicenda umana, non giudico per altri motivi, perché non ne ho titolo, nel tradimento e nell'abbandono di un funzionario all'aeroporto di Mosca abbia dato finalmente anche all'opinione pubblica la dimensione della sua consistenza morale, e che quindi ben vengano episodi di questo genere se è possibile liberarsi di personaggi di questo genere.

Allora e concludo, ci auguriamo che in questo momento un soprassalto di dignità porti a costituire un Governo di questa Regione che non conceda niente agli interessi particolari della Provincia di Trento, di Dellai e della sua Giunta; che non conceda niente agli interessi personali di qualcuno, ma che serva solo ed esclusivamente a tamponare una situazione, a rimediare di fronte all'opinione pubblica un'immagine che è veramente e gravemente compromessa.

PRÄSIDENT: Grazie, consigliere Plotegher. Ha chiesto la parola il consigliere Divina. Ne ha facoltà.

DIVINA: Grazie Presidente. Volevo rimproverare qualche collega che è già intervenuto e che ha detto, sicuramente in buona fede, che le ultime note arrivate e consegnateci sarebbero da stralciare, da considerarsi carta straccia. In termini di forma hanno perfettamente ragione però sostanzialmente è un errore.

Vi esorto a leggerla riga per riga in modo dettagliato. Ho tirato le mie conclusioni. La mia conclusione è una, che forse verrà bollata di maschilismo: le donne o parlano troppo generalmente o non si parlano affatto. Questa relazione dimostra esattamente questo: che tendono a parlare molto, ma poi nei fatti non riescono a concordare praticamente quasi nulla, perché se si fossero parlate l'assessora e la sua Presidente non avrebbero fatto i pasticci che avrebbero poi combinato.

Sostengo che o una o l'altra dice un sacco di bugie.

Mi piacerebbe che lei rimanesse. Io quando sparo guardo in faccia assessora, ma lei vada a fare ciò che vuole. Se devo dire le cose le dico in faccia e non dietro le spalle.

Che mente la Presidente della Giunta regionale l'abbiamo stabilito, l'abbiamo sentita in aula, emerge dalla relazione della commissione di cui ho fatto parte, ma emerge anche dalla relazione della commissione Mosca presieduta dal cons. Taverna dove dedica un bellissimo passo inequivocabile a pag. 37 e dice in particolare: "La commissione prende atto che la Presidente Cogo in un primo momento ha riferito di aver appreso la notizia dell'arresto del dott. Zaffi alle ore 17.00 del 28 novembre, mentre successivamente ha ammesso di essere venuta a conoscenza del tutto alle ore 10.00 del mattino."

Perché bisogna mentire su una banalità di questo tipo? Ci saranno dei motivi, ma non li vado a cercare.

Vi dico una cosa: ad un politico è permesso quasi tutto tranne il non approfittare della buona fede o della fede pubblica, cioè del raccontare bugie. Perché se un politico racconta bugie tradisce il mandato popolare ricevuto e a questo punto tutto ciò che dice non ha valore, perché tutto ciò che dice è bollato e può essere non vero, può essere tutto ipocrisia, può essere tutto una menzogna.

Vado a leggere le due versioni, a questo punto, delle cose: esordisce nella relazione l'assessora Zendron. Ascoltate bene, se avete voglia, perché questa è il massimo dell'artificiosità per chiamarsi fuori. Trasparenza non significa esercizio di un potere di controllo, ma una maggiore e consapevole partecipazione dei cittadini che ha come obiettivo rendere l'amministrazione più economica, efficiente ecc.

Per far partecipare i cittadini basta un servizio di comunicazione, di informazione, il servizio stampa, l'ufficio relazioni pubbliche.

Secondo noi la parola trasparenza ha un peso e una valenza un tantino diversa.

Patetica la seconda bugia della Presidente Cogo: "Non sono riuscita, purtroppo, a cambiare le cose, ma almeno ci ho provato."

Adesso sarà la stessa cons. Zendron che dice che non ci ha nemmeno provato, anzi, è tutto il contrario.

E allora via lodi sperticate a noi commissari che abbiamo trovato tutte le nefandezze combinate in Regione.

Ringrazio l'ex Presidente Cogo per aver riconosciuto il lavoro dei commissari; a parte che non ce ne era di bisogno, perché forse la ex Presidente Cogo è soddisfatta e noi commissari abbiamo indagato su qualcosa per la quale essa stessa crede di potersi chiamare fuori, perché non siamo andati a cercare sulle trasferte fatte da lei in Cina; non siamo andati a cercare nulla sulle trasferte fatte da lei nei Balcani; non siamo andati a cercare sulle trasferte fatte da lei con un nutrito staff in Palestina, e mi fermo. Probabilmente è contenta che ci si sia rivolti su due filoni della quale lei, in quel momento, era presa da altre vicende.

Assessora Zendron che scrive: "Mi è stato chiesto di non immischiarmi nelle faccende altrui, o di esercitare l'opposizione interna alla Giunta." Poverina non lo poteva fare, perché è stato chiesto a lei, assessore alla trasparenza, di stare fuori dalla porta e di non impicciarsi negli affari ne della Presidente ne degli altri assessori.

Lei dice: "Mi sono astenuta, oppure con voto contrario sono passate tutte le delibere in carenza di motivazione, con l'oscurità di certi impegni di spesa e della necessità di introdurre criteri chiari e precisi. Lei li avrebbe voluti, l'assessore alla trasparenza, però le è stato chiesto di non impicciarsi.

Sempre quello che afferma l'assessora Zendron: "E' invalsa la curiosa pratica di approvare con grave ritardo i verbali relativi di due o tre sedute precedenti." Anche lì lei diceva le cose però nessuno l'ascoltava. Era una pratica invalsa in quel momento nella Giunta.

"Dopo di che..." Sempre lei che scrive. "... ho ritenuto necessaria la predisposizione di un nuovo regolamento interno delle sedute della Giunta per evitare quel brutto fenomeno delle delibere fuori sacco." Le delibere sono sempre andate avanti, ma l'assessora Zendron, oltre ad averne fatto menzione, sembra che non abbia dato corso alla pretesa di trasparenza di regolarità e legittimità di quello che si faceva in Giunta, ma basta dire: "Io ho detto che non andava bene." per essere chiamati fuori dalla responsabilità.

Interessante però cosa dice l'assessora Zendron. Dopo aver detto che era necessario un regolamento per moralizzare dice che su questa iniziativa non ha trovato consensi, perché fu la Presidente stessa a bloccare l'adozione di un regolamento che lei aveva predisposto; instaurando invece di sua iniziativa nuove procedure per l'approvazione di testi regolamentari, ma sentite cosa dice l'ass. Zendron: "Procedure per altro successivamente modificate o disattese totalmente." L'ass. Zendron voleva moralizzare, ma la Presidente Cogo diceva di no.

Dice ancora l'ass. Zendron: "E' stata da me segnalata alla Giunta regionale del 19 aprile del 2000, l'assenza di un programma da presentare annualmente al Consiglio e il comitato regionale consultivo per le iniziative europee." Lo dice e lo testimonia, perché tutti mettevano in dubbio che queste cose le avesse sollevato l'avv. Conci, il segretario generale della Giunta.

Ma allora non si accorge che mette spalle al muro la sua Presidente la quale ha avuto due segnalazioni dall'avv. Conci: la segnalazione, ancora

nell'aprile del 2000, che mancava il comitato e mancava il programma, che si agiva nell'illegittimità e la Presidente Cogo andava avanti tranquillamente, anzi, scrive l'ass. Zendron: "La Presidente, confortata dagli altri assessori, senza ascoltare i motivi del mio dissenso mise ai voti la proposta." che fu approvata con l'astensione dell'assessora alla trasparenza. "Mi sono sempre opposta, ricevendo pesanti critiche di cavillosità da parte della Presidente, a provvedimenti che garantivano solo la trasparenza nominale, ma non già quella sostanziale."

L'assessora alla trasparenza dormiva, segnalava, bastava lavarsi la coscienza, la Presidente per ammissione di una sua assessora continuava imperterrita nella violazione di tutto quanto era segnalato. Ma allora dove andiamo a cercarle le responsabilità?

E' stato insegnato che il sacco si prende per la cima. Quando non va bene niente e dalla relazione che a questo punto non ho neanche il tempo di andare ad illustrare, emerge che la Regione è stata amministrata come un'associazione a delinquere. A questo punto non mi interessa sapere quanti hanno partecipato, quanto si è mangiato, quanto si è provveduto in modo illegale, prendo il sacco per la cima. Deve essere fatto un processo a chi ha diretto in modo irresponsabile, segnalato tutte queste responsabilità dagli assessori stessi. Nonostante tutto nulla è stato fatto.

A me interessa poco andare a prendere il cons. Grandi o il cons. Atz. Prendiamo il sacco per la cima: il processo va fatto alla Presidente che se ne è lavata le mani e che è voluta scappare riversando sacchi di fango su tutti i suoi assessori e questo non è il modo di comportarsi.

Gli uomini hanno una dignità nell'amministrare e nel far politica, si prendano le proprie responsabilità.

Abbiamo visto che le donne, almeno qua dentro, hanno lasciato i loro posti scaricando responsabilità su altri e come fanno le donnine vogliono uscirne anche vergini da questo triennio di amministrazione.

Punto un dito: la Presidente e l'assessore alla trasparenza che non ha fatto assolutamente nulla.

PRÄSIDENT: Grazie, consigliere Divina. Das Wort hat der Abgeordnete Leitner. Abgeordneter Leitner, bitte.

LEITNER: Danke, Herr Präsident.

Es schaut so aus, als ob sich nur noch der Assessor Fontana traut hier vorne zu sitzen, weil er der einzige ist, der in der neuen Regierung offenbar noch Platz hat. Die anderen haben sich alle verflüchtigt. Der Abgeordnete Grandi befindet sich hier zwar nicht auf einem Flugplatz, aber die Orientierung scheint er wiederum verloren zu haben. Die Kollegin Cogo hat eine nichtssagende Erklärung abgegeben und der Abgeordnete Atz war zumindest eine Zeit lang am heutigen Nachmittag hier im Saal. Ich denke, dass die beiden Kommissionen, die hier eingesetzt worden sind, um die Vorfälle in Budapest und Moskau zu untersuchen eine gute Arbeit geleistet haben. Ich habe überhaupt keinen Zweifel, dass die Schlüsse, die sie aus ihrer Arbeit gezogen haben, zur Kenntnis zu nehmen sind, aber dass man daraus auch die nötigen Schritte für die Zukunft ableitet, denn sonst wäre das eine Fleißarbeit gewesen.

Ich möchte beginnen bei der Untersuchungskommission „Budapest“. Hier ist etwas ein bisschen untergegangen, was eigentlich der Anfang war dieses ganzen Skandals und das war nämlich ein Autodiebstahl im Juli vergangenen Jahres, der dem Unterfertigten aus den Ämtern der Region mitgeteilt worden ist, worauf ich eine Anfrage gemacht habe bereits am 20. Juli. Was ich damit sagen will, dass diese Antwort damals äußerst unzufrieden war, und der Kollege Atz ist im Moment nicht da, sonst müsste ich ihm ganz klar ins Gesicht sagen, dass er etwas verstecken wollte. Ich sage Ihnen auch warum, und das steht schwarz auf weiß, er war nicht einmal imstande oder willens, mir die Namen der Funktionäre des Regionalausschusses zu geben, die nach Budapest gefahren waren. Er hat immer nur von zwei Beamten gesprochen. Darf ein Abgeordneter nicht wissen, wenn jemand im Auftrag der Region nach Budapest oder sonst wo hin fährt, wer das ist? Noch etwas, ich habe auch verlangt die Aushändigung der Protokolle und zwar in ungarischer und italienischer Übersetzung, und die hätte ich dann zwar irgendwann einsehen können, aber man hat sich bezüglich der verfassten Protokolle auf den Datenschutz bezogen. Das kommt mir ganz gleich vor, als wenn ich im Landtag eine Anfrage mache über die Gehälter der Verbandfunktionäre, und dann bekomme ich die gleiche Antwort, es fällt unter den Datenschutz. Hier ist es das gleiche. Wenn man solche Dinge verheimlicht, dann liefert man sich ja erst recht dem Verdacht aus, nicht die Wahrheit sagen zu wollen oder etwas verstecken zu wollen. Nur die Schlüsse, die man aus diesem Diebstahl gezogen hat waren folgende: Dass bei der zweiten Fahrt gleich zwei gestohlen wurden. Erklärt bitte einmal der Bevölkerung draußen, dass man glaubhaft darstellen kann, dass so etwas möglich ist. Da fährt man mit 5 Dienstautos nach Ungarn und nimmt eine Menge Funktionäre der Gemeinden mit, und zahlen tut natürlich nur die Region und nicht die Gemeinden, und dass natürlich der Autohändler, von dem die Region die Autos bezieht, auch dabei war, gibt der ganzen Angelegenheit noch einmal einen sehr komischen Anstrich. Wenn man diese Dinge nicht restlos aufklärt, dann bleiben diese Dinge halt hinten, dass man hier nicht unbedingt transparent sein will. Übrigens, habe ich damals auch gefragt, was die Kosten waren für die Rückführung der ganzen Mannschaft, und die Abrechnung habe ich bis heute nicht bekommen. Wie will man den Leuten denn erklären, dass hier Transparenz herrscht, wenn man nicht mal in einer ganz normalen Regionalratsanfrage willens ist, Auskunft zu geben, weil in der Lage müsste man doch sein.

Jetzt komme ich zur Untersuchungskommission „Moskau“. Ich bin selber einige Male in Russland gewesen und über verschiedene Grenzen eingereist und das einzige was mir passiert ist, dass wenn ich 50 DM hingelächert habe, dass es schneller gegangen ist, aber dass ich etwas nicht hätte erklären müssen, das kann mir im Jahre 2002 niemand erklären. Wir waren auch in Linburg, in der tiefsten Ukraine, wo man wirklich technisch noch nicht so weit ist, aber auch dort kann man mit Kreditkarte bezahlen. Das kann mir niemand erklären, und wenn jemand in den letzten 5 Jahren 47 Dienstfahrten ins Ausland gemacht hat, wie der Funktionär Zaffi, dann kann das kein Mensch auf der Welt glauben. Mit solchen Ammenmärchen sollte man doch bitte ein bisschen vorsichtiger sein. Das klingt alles sehr lächerlich. Man muss einmal auch ein bisschen darauf achten, was die Bevölkerung im

Zusammenhang mit dieser Angelegenheit hier sagt, und ich weiß, dass es auch in der Volkspartei Leute gibt, die sehr nahe mit dem Ohr beim Volke sind und wissen was die Leute denken. Wir können ihnen alles erzählen, aber glauben tun sie uns gar nichts mehr in dieser Angelegenheit. Das ist wenig aber wahr, und wenn gleichzeitig eine Steuerbelastung nach der anderen kommt und wenn wir den Haushalt verabschieden müssen, wo wir nicht wissen, wo wir das Geld hernehmen für die Hausfrauenrente und wo wir kein Geld haben für junge schwangere Frauen oder andere Dinge mehr, oder wenn wir 24 Milliarden Lire ins Ausland transferieren, dann bekommt diese Zahl eine andere Dimension. Leider ist der Vizepräsident Atz nicht da, weil er gesagt hat, er ist stolz darauf, bestimmte Gelder zurück zu geben. Das mag alles gut und recht sein, dann muss man es aber auch ganz genau dokumentieren, aber in einer Zeit, wo wir im eigenen Land Sparmaßnahmen setzen müssen, dann bekommen diese 24 Milliarden Lire eine andere Dimension, als es vielleicht in Relation in der Summe zum Haushalt insgesamt ist. Das möchte ich auch ganz klar und deutlich gesagt haben. Uns sprechen die Leute halt so an und ich denke euch alle auch. Das sehen die Leute, und natürlich hat die Abgeordnete Klotz Recht, dass die Region nichts anderes mehr ist als ein Selbstbedienungsladen, wo man Posten zur Verfügung hat für Leute, die man anderswo nicht unterkriegt. Das haben wir immer wieder gesagt und das wird immer augenscheinlicher. Wenn man jetzt daran gehen will, die Regionalregierung zu verkleinern, dann ist das die größte Scheinheiligkeit, die ich je gesehen habe. Wie oft haben hier verschiedene Gruppierungen die Reduzierung der Regionalregierung bei Haushalten und dergleichen immer vorgeschlagen und auch wir, weil wir sagen, bei diesem Haushalt und vor allem bei dieser Kompetenzverteilung so viele Leute in einer Regierung zu haben, gleich wie Schweiz Ministerien hat für ein ganzes Land, und das soll nicht Vergeudung von Steuergeldern sein mit Büro und Chauffeur selbstverständlich. Das ist eine reine Scheinheiligkeit, weil man nicht den Mut hat zu sagen, wir schmeißen den Atz und den Grandi aus der Regierung. Dann sagt man, das tun wir nicht aber wir verkleinern die Regierung und für die beiden ist kein Platz mehr. So ist es dargestellt worden, aber wer glaubt denn solche Dinge noch. Man hat in Wirklichkeit die Notbremse gezogen, weil der Landeshauptmann genau gesehen hat, was die Leute draußen denken.

Deshalb verlange ich und wir Freiheitlichen schon seit langem, befragen wir doch einmal die Bevölkerung zu dieser Region. Was soll sich hier schon ändern, wenn wir morgen eine neue Regionalregierung wählen, eine kleine vielleicht? Kann mir das jemand sagen? Dann verwaltet halt nicht mehr der Kollege Atz diesen Topf, sondern jemand anderes, und dann wird es nicht mehr heißen, wenn der Durnwalder das Geld fertig hat, geht man halt zum Atz, sondern vielleicht zum Theiner. Was hat man aber politisch gelöst? Diese Zusammenarbeit, von der die Trentiner immer reden, wo ist die? Zusammenarbeiten kann ich auch, wenn es zwei autonome Provinzen gibt und wahrscheinlich noch viel besser, denn dann stehen wir uns gegenseitig nicht mehr auf den Füßen und dann werden wir uns als Nachbarn begegnen, wie es in einem modernen Europa gehört. Diese Zwangsehe Region gehört geschieden und der Scheidungsrichter wird hier sicher nicht viel verlangen. Wenn man ehrlich zu sich selber ist und wenn man vor allem dem Wähler mit

offenem Angesicht entgentreten will, dann haben wir nur diese Chance. Diese Herren, die da noch drinnen geblieben sind, hatten ja nicht einmal den Anstand, ihr Mandat ruhen zu lassen, bis die Kommissionen abgeschlossen haben. Das passiert doch überall in der Politik, dass wenn eine Kommission eingesetzt wird, dann lässt man in der Zwischenzeit die politische Funktion ruhen. Dann, wenn sich herausstellt, es ist nichts dahinter, kann man sie wieder in Amt und Würde setzen. Das wäre ehrlicher als so zu tun als wäre nichts gewesen. Sogar in der Sitzung haben Sie noch eine Beamtin in den Stellenplan hineingehievt. Das mag rechtens sein aber es ist keine gute Optik. All diese Dinge geschehen in einer solchen Machtarroganz – wir haben die Mehrheit, uns kann nichts passieren und wir haben sowieso immer Recht – aber die Leute sind nicht mehr länger so dumm. Ich denke, dass wir daraus unsere Lehren ziehen müssen. Stellen wir der Bevölkerung die Region zur Debatte hin, und dann werden wir sehen, wo sie hingehört und zwar auf dem Müllhaufen der Geschichte.

PRÄSIDENT: Danke, Abgeordneter Leitner. La parola ha chiesto il consigliere Seppi e ne ha facoltà.

SEPPI: Grazie Presidente. Inizierei con uno slogan coniato ascoltando i colleghi e prendendo atto di quello che è accaduto dicendo che sia noi che la popolazione che ci sta ascoltando e che ci sta guardando dall'esterno dovrebbe finalmente trovare il coraggio di indignarsi.

Ormai è talmente abituata l'opinione pubblica a digerire di tutto e di più che la forza dell'indignazione, della presa di posizione, della rabbia nei confronti della malagestione comincia ad essere affievolita e superficiale.

Io dico che bisogna stercare in maniera brutale e bisogna dare alla gente la forza di indignarsi. Dobbiamo trovare il coraggio, ma non perché questa palude nella quale è finita l'amministrazione regionale è stata gestita da queste persone, ma perché sono legislature che va avanti in un certo modo, perché sono legislature che la malagestione del tutto clientelare di quelle che sono state le istituzioni pubbliche e ritengo non solo regionali siano poste nelle condizioni di arrivare alle conclusioni che ci hanno dato modo di essere verificate dalle due commissioni.

Voglio ringraziare sentitamente il lavoro svolto dai commissari e dai Presidenti delle commissioni. Ci sono stati solo quattro colleghi insoddisfatti di questo tipo di attività svolta. Evidentemente i colleghi Cogo, Grandi, Atz e Holzmann il quale dice sul giornale che le commissioni non hanno trovato nulla di rilevante e che dalle inchieste è emerso poco. Evidentemente è emerso poco, perché il Presidente di una delle commissioni era il cons. Taverna, perché se fosse stato un altro sarebbe emerso molto di più. Anzi, sarebbe emerso lo stesso, ma il giudizio del cons. Holzmann sarebbe stato completamente diverso.

Anche su questi personalismi di basso profilo va affondata la lama per renderci conto in quale situazione ci troviamo anche fra di noi e anche fra colleghi. Non mi riferisco ai commissari, ma a quelli che magari appartenuti a vecchie maggioranze o perché potenzialmente appartenenti a nuove non vedono l'ora di scaricare fango nei confronti di chi ha gestito fino ad ora, in

questa maniera sconcia, l'apparato pubblico, perché si trova per condizioni sue particolari dall'altra parte della barricata, ma sarebbe potenzialmente nelle condizioni di prendersene altrettanta se casualmente il problema fosse successo con lui al potere e quindi, in passato, e forse in futuro.

Con il collega Taverna qui vicino, con il collega Plotegher potremmo anche inventarci uno slogan: potremmo fare la bonifica dell'agro Trentino visto che quella dell'Agro Pontino è avvenuta in epoche passate. La bonifica dell'agro Trentino che, obbiettivamente, prevedrebbe ben altre conclusioni di quelle viste fin ora. Prevedrebbe una sterzata a novanta gradi, ma una condizione che non possa più concedere alla Regione di essere oggetto di saccheggio continuo e recidivo che è stato posto a mantenere vecchie e nuove clientele, perché questo è il problema.

Candidamente, perché appena arrivata, la pargola di questa Giunta, colei che avrebbe dovuto illuminare di una luce nuova tutto l'apparato, la collega Dominici, la famosa meteora assessorile che forse nella storia d'Italia non c'è mai stato un assessore per tre mesi, ammesso che di assessore si possa parlare, la quale dice che se ne deve andare anche se era bello stare alla cooperazione, perché si conosceva un sacco di gente e si potevano accontentare un sacco di persone. Lei lo dice perché è candida come il sole.

Purtroppo il problema è che quando uno è vergine da un certo punto di vista non ci arriva da quell'altro. Ed allora ecco le condizioni in cui siamo messi.

C'è poco da ridere caro collega che rappresenti i ladini, perché se tu non rappresentassi i ladini non saresti lì. Non sono le tue capacità mentali che ti hanno posto in quella condizione che magari è solo superiore a quella degli altri, ma solamente il fatto di essere ladino.

Questa è la concezione istituzionale di una proporzionale pazzesca, di ottiche sacrileghe da un punto di vista giuridico che ti hanno posto nella posizione in cui sei. Se fossi italiano non saresti forse nemmeno seduto qui.

Sei assessore perché ladino. Comunque non ce l'ho con te.

Questa situazione che merita di essere bonificata, la famosa bonifica dell'agro trentino è una situazione che non è solamente dovuta al malgoverno e alla malcostumanza forse usata da due Vicepresidenti di questa Giunta, ma può essere allargata sicuramente all'assessore alla trasparenza che è talmente trasparente che non si è mai vista svolgere queste funzioni. C'era ma non c'era e se c'era non si vedeva. Si è vista la Presidente Cogo, capro espiatorio, mi ha fatto pure pena poverina, perché quando si tratta di attaccare qualcuno in tempi in cui questo qualcuno è forte, quando si trattava di attaccare Atz in consiglio comunale per le questioni dell'Eisring e per questioni di altro tipo ed i giornalisti sanno a cosa mi riferisco. Eravamo gli unici a farlo, perché c'era lo SVP che si guardava bene dal buttarlo in pasto. Nel momento in cui è nella polvere chiaramente la lavina arriva tuta.

Francamente mi pongo nelle condizioni di dire che questa lavina noi la auguriamo a tutti i tipi come lui, e quando arriva noi ci tiriamo in dietro, lasciamo che vadano avanti gli altri, perché a quel branco di cani affamati che assalta sempre chi sta per terra noi non vogliamo appartenere.

Quando gli uomini sono nella polvere noi non siamo abituati a sparare sui cadaveri, di conseguenza dico che è ora di bonificare tutta questa

situazione. E' ora di porre in condizioni questa Regione di lavorare su basi serie, su basi programmatiche e su basi di pulizia morale ed etica. Ma sicuramente è anche ora di smettere di fare certi giochi, di giocare ai bussolotti e di scaricare addosso ad altri.

Mi auguro che sia partita l'operazione mani pulite. Però ritengo che dobbiamo trovare il coraggio di indignarci per il passato, per il presente e per il futuro, se parte con queste prospettive. Dobbiamo indignarci per il futuro se qualcuno pensa, su queste basi, di distruggere l'istituto regionale. Se il prossimo assessore, nominato Presidente di questa Giunta, dovesse essere il cons. Panizza sia chiaro che sappia che quando si parlerà di deleghe, i cinquemila emendamenti arriveranno.

Che qualcuno non pensi che siccome c'è aria nuova passi la legge sui comuni, che qualcuno non pensi che sia cambiata la musica se non ritiene prima di dover interpellare le opposizioni, se non ritiene di dover prendere atto di tutti i documenti che il cons. Mosconi, quale rappresentante delle minoranze portò avanti e si trovò tagliato fuori in una certa direzione. La musica deve cambiare anche a livello istituzionale.

PRÄSIDENT: Grazie, consigliere Seppi. Das Wort der Abgeordnete Denicolò.

DENICOLÒ: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen!

Als Mitglied der Untersuchungskommission „Budapest“ konnte ich gar nicht anders, als gemeinsam mit den anderen vier – vom Regionalrat bestellten – Kolleginnen und Kollegen feststellen im Sinne des Beschlusses des Regionalrates und des entsprechenden Dekretes des Präsidenten des Regionalrates, dass der Regionalausschuss im Zusammenhang mit der Verwaltung des sogenannten Europagesetzes dieses Gesetz nicht gesetzesmäßig verwaltet hat. Das ist eine Tatsache. Man möge den Artikel 1 dieses Gesetzes hier hören: Die Region verwirklicht, fördert und unterstützt in Abstimmung mit den Initiativen, die von den autonomen Provinzen Trient und Bozen aufgrund eigener Gesetze ergriffen werden, im Rahmen ihrer statutarischen Zuständigkeit, deren wesentlicher Bestandteil der Grundsatz des Schutzes der deutschen und ladinischen sprachlichen Gemeinschaften ist, Maßnahmen zur politischen Integration Europas. Das ist der Zielartikel dieses Gesetzes und dieser Zielartikel zusammen mit dem Artikel 2 verlangt dann, dass der Regionalausschuss einen jährlichen Tätigkeitsbericht und ein entsprechendes detailliertes Programm dem Regionalrat vorlegt. Bericht und Programm sind gleichzeitig Verpflichtung des im Artikel 4 vorgesehenen regionalen Beratungskomitees für europäische Initiativen. Wohlgemerkt diese ersten 4 Artikel sind nicht entsprechend den Vorgaben des Europagesetzes gehandhabt worden. Diese Kommission konnte nicht anders, als dies ganz einfach festzustellen und die Kommission konnte auch nicht anders als akzeptieren, als - obwohl koalitionspolitisch gut gemeint - die Verteilung der Zuständigkeiten auf mehrere Assessoren im Regionalausschuss gleichzeitig den Verwaltungsapparat verwirrt hat in der Handhabung der Administration dieses Gesetzes. Die Untersuchungskommission konnte nicht anders als feststellen, dass der Regionalausschuss mehrfach zu Beginn der Legislatur auf diese Notwendigkeiten hingewiesen worden ist. Also, es blieb dieser

Kommission gar nichts anderes übrig – unabhängig davon, zu welchem Lager man gehört – als dies festzustellen. Dazu stehe ich, und es geht nicht an, dass eine Untersuchungskommission vom Vizepräsidenten oder besser gesagt regierenden Präsidenten Roland Atz hier in Richtung Molinari definiert wird, allora non avresti dovuto sottoscrivere questa porcheria. Es ist im Tonbandprotokoll hoffentlich festgehalten. Gegen so eine Wortwahl verwehre ich mich auch in meiner ganz persönlichen Anständigkeit und Würde als Politiker hier in diesem Raum. Wir haben keine „porcheria“ unterschrieben. Die Verantwortung für diesen Ausdruck geht an denjenigen zurück, der ihn hier in der Aula ausgesprochen hat.

Nun aber zur Rechtfertigung dessen, was Roland Atz und der Regionalausschuss in Zusammenhang mit den Europainitiativen getan haben. Es ist klar, dass es zu den Aufgaben des Regionalausschusses gehört, im Rahmen dieses Europagesetzes sprachliche Minderheiten überall dort zu fördern, wo Förderung notwendig und möglich ist. Das ist eine wichtige Aufgabe, die die Region mit eigenem Regionalgesetz übernommen hat. Es ist mehrfach in der Kommission kritisiert worden, dass der Regionalausschuss sich hier einseitig auf die Förderung einer ethnischen Minderheit, also z.B. der Ungarndeutschen in Ungarn eingelassen hätte. Tatsache ist aber, dass nach entsprechenden Aussprachen mit einer Delegation des Europarates sich zunehmend die Orientierung des Regionalausschusses an jene Gruppen angelehnt, die aktiv geworden sind. Die Ungarndeutsche Minderheit ist aktiv geworden und im Zusammenhang mit den von den Landesselbstverwaltungen der Ungarndeutschen verfassungsmäßig eingerichteten Selbstvertretung in Ungarn hat der Regionalausschuss an der Spitze mit Roland Atz entsprechende Programme entwickelt und durchgeführt. In der Kommission habe ich sehr deutlich gesagt, hier wird eine politische Rolle übernommen, die politisch von uns allen ganz klar mitverantwortet wird. Wenn das jemandem politisch nicht passt, dann kann er es hier zum Ausdruck bringen. Ansonsten ist das ein politisches Programm, hinter dem auch die SVP steht beziehungsweise die Koalition. Ich möchte noch etwas festhalten im Zusammenhang mit der Förderung der Projekte gibt es zumindest laut Unterlagen ganz klare Abstufung auch inhaltlicher Art. Die wurden auch entsprechend finanziell gefördert, und auch hier ist die Transparenz vorhanden. Wo wir in der Kommission die Schwierigkeiten hatten, war ganz einfach die Tatsache, wie mit der Funktion des „funzionario delegato“ umgegangen wird. Hier gibt es ganz deutliche Unterschiede zwischen der Wahrnehmung dieser Funktion durch einen Beamten in Zusammenhang mit den Vorkommnissen in den Osteuropäischen Minderheiten speziell in Moskau und im Zusammenhang mit dem Amtsdirektor Sieghard Gamper, was die Förderung der Programme in Ungarn betrifft. Hier ist die Transparenz vorhanden und es wurden uns alle Unterlagen vorgelegt. Das muss hier auch gesagt werden. Ich möchte noch ein letztes sagen, und zwar, dass im Zusammenhang mit den sogenannten Aufwendungen zwar Kritik geäußert worden ist, aber auch klar war in der Kommission aufgrund der zur Verfügung gestellten Unterlagen, dass alle Personen, die an dieser Delegation teilgenommen haben in ganz bestimmten Funktionen unterwegs war. Man kann jetzt politisch darüber streiten, ob es sich ausgezahlt hat, mit so vielen oder ob es nicht mit weniger auch gegangen wäre.

Tatsache ist aber, dass diese Delegation im Zusammenhang mit ganz klaren Projekten unterwegs war und das ist auch so zur Kenntnis zu nehmen. Einmal, dass man ein Schülerheim baut und es nicht nur der Ungarndeutschen Minderheit zur Verfügung stellt, sondern allen Jugendlichen, die im Raum von Pècs eine Oberschule besuchen, dass man entsprechende Laboratorien mit Unterstützung regionaler Mittel ausstattet und dass man gleichzeitig hergeht und Unterrichtsmaterialien entwickelt in Zusammenhang mit gemeinsamer Lehrerfortbildung zwischen Lehrkräften der Ungarndeutschen Minderheiten und dem Pädagogischen Institut hier in Südtirol. Ich wiederhole noch einmal, der Ausgangspunkt ist die Initiative des Europarates zur Förderung von sprachlich-kulturellen Minderheiten in Europa. Das ist der Ausgangspunkt für den Regionalausschuss, und aus dem haben sich dann die verschiedenen Programme entwickelt. Einen Schwerpunkt darin hat die Förderung der Ungarndeutschen Minderheit übernommen. Die politische Wertung mag so oder so oder so sein und ich wiederhole noch einmal, wir stehen hinter dieser Entscheidung. Die Kritik, die wir als Kommission vorzubringen hatten, konnte gar nicht anders sein, als wir sie beschrieben haben, und ich sie auch hier eingangs erklärt habe. Abschließend ist genauso klar herausgekommen, dass es keine Verantwortung im Zusammenhang mit den Diebstählen gibt. Es wurde aber kritisiert, dass in Zusammenhang mit den Diebstählen die notwendige Untersuchung und damit auch die entsprechende Wertung dessen, was passiert ist, nicht so vorgenommen worden ist, wie es die Verwaltung eigentlich könnte.

Das war die Kritik, die drinnen steht und ich wiederhole noch, da jetzt Kollege Atz anwesend ist, die Grundkritik an der Handhabung des Europagesetzes, was die Artikel 1, 2, 3 und 4 anbelangt, konnte die Kommission gar nicht anders, als im Fakt festzuhalten. Ich hoffe sehr, dass im Zusammenhang mit der Regionalpolitik und mit der Aufgabe, endlich die Verwaltungsmaßnahmen in Zusammenhang mit regionaler Gesetzgebungskompetenz an die Länder zu delegieren, hier auch als Fakt angenommen wird, der ganz einfach die Rolle der Region weit in die Zukunft projiziert, und die nur so sein kann, dass zwei starke Autonome Länder, mit denen sich unsere Bevölkerung identifiziert, dass diese beiden starken autonomen Länder sich in einer regionalen institutionellen Zusammenarbeit finden, dort wo beide Länder sagen, das wollen wir auf die Ebene der Zuständigkeit der Region heben. Diese Auseinandersetzung, die hat im Auftrage unserer Bevölkerungen der gesamte Regionalrat zu leisten.

PRÄSIDENT: Danke, Abgeordneter Denicolò. Das Wort hat der Abgeordnete Valduga, der mit Carlo Willeit tauscht. Der Abgeordnete Valduga hat das Wort.

VALDUGA: Grazie Presidente. Certo è motivo di amarezza pensare che la pochezza politica e morale di alcuni personaggi che sono stati messi a capo della Regione ci abbia portato qui oggi a discutere dei comportamenti assolutamente non corretti da queste persone assunti all'interno della Regione e soprattutto a scoprire adesso, alla luce degli errori da loro commessi che esiste una Regione che avrebbe un'importanza, che sarebbe stato necessario lavorare attorno al concetto, all'idea, all'istituzione Regione per salvaguardare

non solo l'autonomia dei trentini, ma anche per collocare l'Alto Adige in quella dimensione che ha appena accennato il cons. Denicolò e che dice di voler sostenere e cioè di una terra che avendo dentro di se tradizioni di convivenza, di capacità di risolvere i problemi afferenti a diverse etnie può poi porsi come punto di riferimento per il resto dell'Europa e per altre zone dove quei problemi ci sono e non sono stati risolti dalle intelligenze, ma invece vogliono essere risolti dalla forza bruta della contrapposizione e addirittura, talvolta, della guerra.

Credo che l'amarrezza sia forte. Purtroppo vale la pena anche di ripercorrere velocemente quali sono stati i momenti attraverso i quali siamo arrivati a questa situazione ed individuare i responsabili veri di questo stato delle cose.

Non era difficile immaginare che un personaggio squallido come Grandi - uso il termine "squallido" perché l'ho sempre utilizzato - non poteva diventare garante di nessuna linea politica interessante visto e considerato che nella precedente legislatura era stato Presidente della Regione ed aveva trovato modo di farsi sfiduciare dalla sua stessa maggioranza.

Non era pensabile che potessero diventare grandi protagonisti di un disegno di rilancio della Regione gli ultimi all'interno dei partiti, quelli che non avevano trovato posto nelle Giunte provinciali, quelli che non hanno mai saputo nel discorso all'interno del partito portare contributi di idee se non contributi di potenza, di sotterfugio, di clientelismo. Invece c'è stato qualcuno che con una regia perfida e ben predeterminata ha ritenuto opportuno di collocarli a guidare la Regione.

Vi ricordo, cari signori, che questa legislatura nasce con la Presidenza del Consiglio regionale data a Lorenzo Dellai, perché avesse la possibilità di avere una regia che oltre che badare a Trento, dove non aveva una maggioranza, potesse condizionare anche la Regione. Ed è da lì che discende poi il tutto con la creazione di una maggioranza di centrosinistra a Trento, abbracciata e fatta attraverso acquisti successivi: i Muraro, i Casagrande, ce li siamo dimenticati? Attraverso prebende ed offerte di sedi. La stessa cosa è poi successa in Regione e, guarda caso, sia nella Regione che nella Provincia di Trento chi è che compartecipa al banchetto delle prebende, dei premi Margherita, del clientelismo più forsennato? Il partito che si è eletto in Italia a moralizzatore della vita pubblica: i PDS, quelli che hanno usato tutti i mezzi per farsi apparire puri e illibati e per mettere sul banco degli accusati gli altri e qua invece ci stanno e ci sono e collaborano a mettere a capo della Regione persone squalificate, a far silenzio rispetto a comportamenti che gridano vendetta e che creano problemi anche all'interno dei loro iscritti che prima o dopo scoppieranno in una maniera molto più forte di quanto non stia succedendo adesso.

E chi ti mettono lì? La signora Cogo, la quale in nome di essere Presidente immagina che possa dimenticarsi dei comportamenti scorretti nei suoi assessori, salvo dopo ripetute prove e controprove della sua inefficienza dichiarate anche dalla sua maggioranza e dell'impossibilità di venirne fuori salvo fare il salto della quaglia ed improvvisamente accorgersi che lei è brava, che gli altri sono cattivi e, in nome proprio di quello che è l'atteggiamento tipico dei PDS, ricostruirsi una dignità ed immaginare che gli altri sono dei tetrodi.

Ma dov'era lei? Era Presidente di se stessa? Della Regione? Guidava una Giunta o guidava un'accollita a delinquere? Se le assuma fino in fondo le responsabilità. Ed insieme alla signora Cogo anche il partito da cui è espressa.

Veniamo a quanto avrebbero dovuto fare: se vige la politica che Dellai ci ha imposto a Trento, delle formule invece che dei programmi, dei proclami invece che delle realizzazioni, allora si arriva allo stato miserando in cui siamo in Regione. Non c'è uno straccio di progetto se non quello di annullare la Regione in un accordo sotterraneo con lo SVP che da sempre però dice in maniera aperta che la Regione non la vuole. Non c'è assolutamente una idea, anche di fronte alla crisi attuale, per immaginare come se ne possa venire fuori e costruire un tragitto per il futuro ed immaginare una Giunta non corta, perché di corti qua dentro ce ne sono molti, ma una Giunta ridotta ad un numero che sia confacente rispetto alle poche competenze che sono rimaste a questa Regione e che possa posdomani lanciare al Trentino-Alto Adige un messaggio di speranza.

Pensate che sia l'accordo che sta nascendo che ci porterà ad avere una Regione più forte, più credibile rispetto all'opinione pubblica? Quando ancora intorno a questo tema ci si muove solo in senso della propria sedia.

L'avete letta l'intervista della signora Dominici? "O ho una sedia o mi ribello." Quasi il problema del Trentino fosse la sedia della Dominici e non invece un progetto, un programma per costruire un avvenire.

E noi dovremmo pensare che da quelle persone possa venire qualche spiraglio di speranza, qualche tragitto positivo. Credo che dovrebbe esserci qua dentro la capacità forte di indignarsi, ma l'indignazione nostra farla diventare vera nella popolazione e non chiacchiericcio, non gioco su quanti soldi sono stati spesi o meno. Sulla vigliaccheria di colui che fugge da Mosca ed abbandona i funzionari, sulla leggerezza con cui si fanno rubare le auto, sul vergognoso atteggiamento di chi vuole risarcimenti che può avere e che poi pretende di essere rispettato.

Sarà il tribunale che deciderà. Spero che decida come deve.

Se abbiamo capacità dal punto di vista programmatico, morale e dell'onestà e della trasparenza forse potremo comunicare qualcosa all'esterno, altrimenti non potremo comunicare niente.

Il signor Dellai, che non c'è ad ascoltare, perché lui evidentemente non si cura dei destini della Regione, lo sappia. E non è attraverso il continuo salvataggio di personaggi incapaci: "Ho salvato tre volte la Cogo." Che si riesce a governare il Trentino ed a dare una linea di governo alla Regione, ma è attraverso le idee, il coraggio di sostenerle, essere capace di avere una maggioranza omogenea e quando dentro la maggioranza nascono attriti e comportamenti scorretti rispetto alle istituzioni, essere capaci di prendere posizioni e cacciare via le persone che si comportano in maniera scorretta.

Mi sia permesso di dire anche, con tutta onestà, che la coscienza verde che purtroppo si traduce in un partito e non ce ne sarebbe necessità, perché inquina. Ormai la coscienza verde l'abbiamo tutti noi, e più forte dei verdi, e dovrebbe essere capace di fare un passo indietro e di non immaginare di essere ancora una volta immune. Se hanno ritenuto opportuno di fare un assessorato alla trasparenza era perché in giro c'era molta non trasparenza,

doveva fare il suo compito fino in fondo e non venire ad invocarlo quando ormai i buoi, scappati dalle stalle e quando ormai la Regione è stata messa alla berlina di fronte all'opinione pubblica, abbiano il coraggio di assumersi le loro responsabilità ed andarsene via.

Bisognerebbe fare piazza pulita di tutti i membri di questa Giunta, anche persone che io sul piano personale stima, ma che, nel momento che appartengono ad un organo collegiale, diventano corresponsabili.

PRÄSIDENT: Das Wort hat die Abgeordnete Zendron.

ZENDRON: Grazie Presidente. Scusi questo spostamento, ma forse ne anticipa uno. Avrei sempre preferito un dibattito molto appassionato sul tema per cui io sono entrata in questa Giunta, che è la riforma della Regione. Mi dispiace molto dover assistere, e prenderne parte, ad un dibattito giustissimo e appassionato, ma su una cosa molto triste.

Vorrei cominciare a ringraziare chi ha lavorato nelle commissioni, soprattutto la commissione di Mosca, perché si è presa la briga di leggere le carte e guardare tutto il materiale. Dobbiamo essere grati a chi ha fatto fatica e non si è accontentato solo di dire alcune cose.

Devo dire che sostanzialmente condivido anche l'impostazione della relazione di Budapest, salvo che per alcuni aspetti a cui si risponde anche all'interno di questo documento che io ho presentato per comodità e non per non rispondere, perché questa mattina avrei parlato subito, ma nessuno mi ha chiesto di parlare prima, era stato chiesto a chi era stato oggetto delle inchieste cioè alla Presidente ed ai due Vicepresidenti, altrimenti avrei parlato senza difficoltà, perché credo di non avere proprio niente da nascondere.

Vorrei cominciare a chiarire una cosa, nel tempo che spero sia sufficiente: ogni tanto si sente qui in aula o da altre parti, e poi questa è una parte che non condivido, questo accenno alla relazione della commissione Budapest che dice questa Giunta aveva anche un assessore alla trasparenza.

Vorrei dirvi cosa vuol dire trasparenza amministrativa che è un concetto molto importante che non ha niente a che fare con il controllare cosa fanno gli altri assessori. La trasparenza amministrativa è un concetto, un esercizio di democrazia amministrativa. E' la cosa con cui si semplifica l'amministrazione, si permette l'accesso ai cittadini a tutte le informazioni. Come assessore alla trasparenza ho cercato di favorire l'accesso alle informazioni. Dovete riconoscere che una grandissima parte delle ragioni di critica verso la Giunta dipendono dal fatto che si sa quello che fa, non è così scontato.

Ho fatto una lunga battaglia all'interno di questa Giunta, molto osteggiata, e molte volte facendo delle cose senza neanche farmi autorizzare per mettere in piedi questo sistema potente ed importante nella pagina web della Regione dove si possono leggere le delibere intere e si può sapere tutto. Quindi, oltre ad avere preso posizione verso le cose che non dividevo, come penso sia mio dovere, ho dotato, come assessore alla trasparenza, di uno strumento importante i cittadini affinché possano sapere cosa succede. E questo è quello che si deve fare.

Non è la trasparenza il fatto di dover controllare gli altri, però devo anche dire che poiché la decisione nelle Giunte è collegiale e chi le prende

insieme le condivide e ne è responsabile allora io ho sempre ritenuto mio dovere preciso, quello di informarmi sulle delibere e di esprimere di volta in volta il mio parere positivo o negativo. Chi avrà letto le carte può vedere come su tantissime delibere che riguardavano proprio la minoranza tedesca di Budapest ecc. in modo molto tranquillo io abbia espresso la mia contrarietà per mancanza di motivazioni, perché non condividevo che si dirigessero gli interventi solo in una direzione e per altre motivazioni che risultano tutte abbastanza sui verbali. Non tutti perché, come abbiamo saputo, è stato addirittura introdotto il sistema di correggerli dopo. I motivi principali delle mie critiche erano: la carenza di motivazione, la mancanza di criteri e su questo vorrei dire che una delle critiche più forti che vengono fatte al fatto che non viene fatto il piano annuale sulle cose dell'integrazione europea ecc., che io ho proposto i regolamenti che alla fine poi un regolamento a questi capitoli è stato approvato.

Purtroppo devo informare l'aula che dopo tre mesi che è stato approvato non è ancora stato pubblicato e che la considero formalmente una forma di omissione di atti d'ufficio. Devo anche dire che di tutte le questioni di cui ho avuto ragione di criticare fermamente le decisioni della Giunta che però per tanti altri versi condividevo, ho informato anche sempre i capigruppo della maggioranza quindi considero che la responsabilità sia anche di altri e che non si possa dire, come ogni tanto mi è stato detto, che faccio opposizioni in Giunta.

Mi sono opposta quasi mai per ragioni politiche, ma per ragioni morali, perché credo che sulle questioni politiche si possano avere idee diverse, ma quando si sta in una Giunta bisogna anche cercare di trovare le soluzioni, i consensi, i compromessi e anche rispettare quello che fanno gli altri però sulle questioni morali spiacente, ma io non sono disposta a nessun tipo di compromesso e tutto il mio comportamento dimostra che è stato così. Lo voglio dire con molta chiarezza e risulta agli atti. Nella politica è di moda anche la calunnia però credo sia giusto dirlo, perché da qualche parte rimane.

Le ragioni che mi hanno vista votare contro le decisioni della Giunta è perché trovavo che le delibere fuori sacco non viste dalla ragioneria non siano ammissibili, e in effetti ho presentato fin dall'inizio una proposta di riforma al regolamento della Giunta dove fosse scritto con chiarezza che queste cose non sono ammissibili come non lo sono in una corretta prassi amministrativa.

Non condivido quello che ha detto il Vicepresidente Atz che ha detto che il regolamento sui capitoli delle integrazioni europee era inutile, perché sarebbero state fatte presto le deleghe. E' la motivazione che mi hanno detto la Presidente e lui quando ho proposto il regolamento tre anni fa. Non è giusto perché anche se uno deve amministrare per due mesi è giusto che spenda i soldi dei cittadini sulla base di criteri precisi. Non esiste che si dica: "Lo facciamo solo per sei mesi." Non lo si deve fare neanche per un giorno, perché chi paga le tasse spesso fa anche fatica a farlo e deve avere la certezza che i soldi siano spesi in modo giusto. Ribadisco che la questione del regolamento è fondamentale, l'ho proposta nella forma in cui solo alla fine, dopo che sono successi i fatti, è stata accettata perciò considero che si siano persi tre anni. Poi le deleghe non erano così vicine e devo dire che le deleghe facevano parte di un progetto di governo legato strettamente ad una proposta di riforma della Regione quindi, secondo me, se non si va avanti con la riforma della Regione

non esiste che poi si faccia lo svuotamento. Questa però è una questione a parte.

Ancora due cose. Credo che bisogna pensare anche a quello che si deve pensare, perché questo non sia, come qualcuno desidera e ha desiderato fin dall'inizio, un incidente che ancora rende più difficile questa riforma importante della Regione che, secondo me, non deve essere in direzione di distruggerla. Questo lo devo dire, l'ho sempre detto e lo ribadisco. Penso che la Regione si debba adottare di uno stile molto sobrio, che non si debbano fare dei viaggi turistici, che si debba dare un taglio drastico alle spese di rappresentanza. Io non ne ho mai quasi avuto bisogno, non capisco perché si debba andare a regalare tante cose in giro. Credo che si possa lavorare bene, come è stato lavorato nel mio assessorado, e con onore per la Regione nelle questioni della giustizia di pace e della giustizia in generale.

Credo anche che si debba rivedere l'aspetto della stampa. Mi permetta presidente di dire un'ultima cosa. Spero che la riduzione del numero degli assessori nella prossima Giunta di cui si parla in questo momento non abbia anche come obiettivo quello di eliminare l'aspetto della trasparenza, e voglio dire, perché mi sembra giusto per la mia esperienza, che nella Regione ci sono dei dipendenti esemplari per quello che riguarda la rettitudine e la professionalità. Ho avuto un'esperienza straordinaria, se faremo il dibattito sulla nuova Giunta potrò dirlo ancora con più chiarezza e convinzione, ci sono delle persone esemplari, non sono quelle che sono state promosse, non sono quelle che occupano i posti più importanti, e che ancora adesso, con il mio voto contrario una settimana fa sono stati prorogati i dirigenti fino alla fine di quest'anno praticamente consegnando alla nuova Giunta una dirigenza imbalsamata e legata.

Anche su questo ho protestato e anche questo credo che sia uno degli elementi piccoli su cui si valuta e si deve fare trasparenza.

Grazie Presidente.

PRÄSIDENT: Danke Abgeordnete Zendron. Wir haben noch eine Reihe von Rednern vorgemerkt, und es könnte sein, dass es ein bisschen über 19 Uhr hinausgeht. Ich werde den Platz nicht verlassen, und die Leute weiterreden lassen und deshalb könnte es sein, dass es eine Viertel Stunde länger dauert. Wer um 19 Uhr gehen muss, kann selbstverständlich gehen. Ich möchte nur nicht dem letzten oder der letzten das Wort nicht erteilen, weil es um eine viertel Stunde geht. Danke.

Jetzt hat der Vizepräsident Willeit das Wort.

WILLEIT: Sarò molto breve. Desidero anch'io esprimere la mia soddisfazione per il buon lavoro svolto dalle commissioni in così breve tempo; per la buona impostazione delle relazioni e soprattutto con la diligenza con la quale hanno lavorato.

Purtroppo era inevitabile che i punti di domanda rimanessero e parecchi anche. Forse le commissioni stesse credevano di demandare l'accertamento di maggiori responsabilità di ordine amministrativo, civile e penale e non di ordine politico, perché della responsabilità me ne frego, non esiste.

Forse si voleva demandare ad altra autorità questo accertamento.

Forse è già stato più volte sottolineato che le due relazioni hanno dei tratti comuni, l'amministrazione discrezionale della Regione sfociata in disorganizzazione degli amministratori, degli uffici, in violazione di legge.

La lottizzazione delle competenze, con alla base l'accordo spartitorio fra Bolzano e Trento, questo sì che è puro politico e non amministrativo. Non corrisponde a nessuna regola amministrativa, con allo sfondo la divisione dei mezzi, l'inadeguatezza della legge, della funzione stessa della Regione. Ciò credo che basti per farci riflettere a fondo sul futuro dell'ente ed anche sull'immediato futuro, sulla Giunta, sul bilancio che approveremo domani o dopodomani ma, a questo punto, mi chiedo e chiedo anche a voi onorevoli consiglieri e consiglieri, se il carattere strumentale della Regione e noi andiamo in questa direzione di un ente strumentale, se questo carattere è idoneo ad evitare, in futuro, disguidi di questo genere, discrezione ed abusi. O che non sia piuttosto la garanzia che questo succeda in misura maggiore di quel che è successo. Il mio parere è che il feudo provinciale è espresso nella Regione a conduzione presidenziale, cioè dei due Presidenti provinciali, sia la garanzia più perfetta della discrezionalità più perfetta.

Desidero esprimere anche la mia più assoluta contrarietà al tentativo di moralizzare la Regione, attraverso il taglio delle funzioni, di queste funzioni che proprio si addicono meglio di tutte le altre alla Regione, ma va appunto riformata, moralizzata la funzione e l'amministrazione. Non si deve pertanto togliere la tutela delle minoranze, la funzione delle minoranze, la funzione riguardante i rapporti interregionali e nemmeno quella riguardante i rapporti europei. Questo il mio parere.

Desidero fare alcune brevissime osservazioni sulle due relazioni. Per quanto riguarda la relazione di Budapest sono rimasti alcuni punti veramente oscuri. Uno riguarda la minoranza dell'ospite, la minoranza tedesca in Ungheria, soggetto al quale si fa visita e se faccio visita a qualcuno prima voglio sapere se è un amico o un nemico, se è affidabile o meno, dove vado e per che cosa vado lì.

Credevo che nessuno di noi riesca a spiegarsi i fatti successi. Nessuno di noi è in grado oggi di dire: "Sì, è vero. No, non è vero. Gli assessori fanno, gli impiegati non fanno. Sono in buona fede, sono in mala fede. Sono responsabili o irresponsabili." Nessuno di noi è in grado di dirlo.

Sono fuori dalla normalità. La cosa più normale è stata una reazione che ho avuto all'indomani dei fatti. Per farsi rubare tre macchine in questo modo occorre non solo lasciare la macchina inosservata, ma occorre anche lasciare la chiave sul cruscotto e il motore acceso se non è possibile. Eppure è possibile e non vado ad incolpare il cons. Atz e compagnia, però i fatti credo debbano trovare un chiarimento.

Vorrei anche sapere quali affari sono stati conclusi di là. Quali gemellaggi con una ventina di persone che si sono recate in Ungheria, quali altre cause hanno fatto spendere duecentodieci milioni.

In ordine a Mosca è chiaro che la versione dei fatti da me appresi dai giornali non è credibile. Troppo poco credibile, ma rimane per me tuttora il desiderio di sapere a che cosa servivano tutti quei soldi e perché si volevano

tenere segreti commettendo reati e trasgredendo le leggi doganali e valutarie russe. Qual era la causa di tanti soldi in tasca? Non ho trovato risposta.

Voglio accennare alle conseguenze o al dopo del fatto, anche se la sentenza non l'ho capita. Non so cosa significhi sospensione del reato o del procedimento penale. Forse quelli più esperti di me l'hanno capito.

La prima cosa che mi sono chiesto, quando ho letto in questa relazione, del trattamento del dott. Zaffi, che non corrisponde a regole civili, se è vero che non aveva da mangiare, che non poteva ricevere nessuno e che il locale non era riscaldato, se è stata fatta una richiesta di spiegazioni tramite il ministero degli esteri o chi di dovere.

Vorrei sapere che ne succede del denaro. Si è ancora in tempo per impugnare la sentenza? Nel caso che la confisca sarà definitiva vi saranno delle azioni di rivalsa o meno?

Non vorrei che questa inchiesta fosse inutile, fosse un atto di controllo di un atto singolare, ma vorrei veramente che fosse un invito all'esame più profondo dell'amministrazione e della Regione di oggi e di domani.

PRÄSIDENT: Danke, Herr Dr. Willeit. Das Wort hat der Abgeordnete Mosconi. Er hat das Wort.

MOSCONI: Grazie signor Presidente. Ritengo doveroso intervenire anch'io anche brevemente, per il tempo ristretto che abbiamo a disposizione, quasi a conclusione di una giornata di commenti, valutazioni, giudizi, e soprattutto da parte delle opposizioni penso di poter dire, tutto sommato, anche moderate e contenute rispetto all'oggetto e agli argomenti della discussione che siamo stati chiamati a discutere oggi.

Siamo qui per dare, come giustamente ha rilevato anche il Presidente, una valutazione politica sulle relazioni che ci hanno consegnato che riguardano i fatti di Budapest e Mosca e sotto questo profilo dico subito che non sono d'accordo con quanto affermato poco fa dal collega Willeit, secondo il quale un giudizio politico non ha motivo di esserci. Sono di opinione opposta su questo fronte, perché dico che in questa sede è solo e quasi esclusivamente un giudizio politico che può avere rilievo, perché non è compito nostro, com'è stato compito delle commissioni fare delle valutazioni che competono ad altre istanze e ad altre autorità.

La prima notazione positiva che faccio per rispondere anche a qualche dubbio che è sorto sull'esterno è sulle relazioni rese dalle due commissioni. Non voglio essere ripetitivo, so che è stato detto fin da questa mattina in quest'aula, le relazioni comunque hanno reso un resoconto chiaro, puntuale, scrupoloso e direi anche abbastanza neutrale sul piano politico, ma sottolineo soprattutto il fatto che le due commissioni hanno avuto una composizione precisa: la maggioranza dei componenti delle due commissioni rappresentava la maggioranza del Consiglio regionale, pur essendo presiedute da un esponente della minoranza e dell'opposizione.

Questo dovrebbe fare giustizia su una serie di illazioni nate anche recentemente sulla stampa dove è capitato di leggere che le due reazioni pervenivano ad una condanna, ad una posizione severa, perché erano

presiedute da membri della minoranza. Non è solo questione di forma, è questione di sostanza sotto questo profilo ed io ci tengo a sottolinearlo.

Dopo di che la conclusione delle due relazioni ci portano, ed è su questo che mi voglio soffermare di più, a delle valutazioni che vanno al di là dei fatti. I fatti hanno ottenuto attraverso due relazioni di provenienza sia di maggioranza che di minoranza, una condanna nei metodi, nelle irregolarità. Ci hanno portati a capire, per me sono state illuminanti, non solo i singoli fatti di Budapest e Mosca, non tanto il fatto se un consigliere regionale ha dormito o meno in una determinata stanza, ma come sono state utilizzate risorse pubbliche del bilancio della Regione per funzioni che nella loro essenza dovrebbero avere una valenza nobile, di alta qualità per le funzioni che una Regione come la nostra può svolgere a favore dell'integrazione europea, e qui scopriamo che dal punto di vista del rispetto della legge, della verifica dei risultati rispetto a ciò che si è fatto ed a ciò che si è speso dal punto di vista del rispetto dei regolamenti, dal punto di vista etico per quanto riguarda certi comportamenti il giudizio non poteva e non può che essere di assoluta severità, ma ripeto che questo coinvolge un giudizio, ecco dove arrivo per rispondere anche al Vicepresidente Willeit, e politico di natura più vasta. A me queste relazioni hanno consentito e consentono di fare un giudizio ed una valutazione di più ampio respiro su ciò che ho potuto conoscere su questi banchi da qualche mese a questa parte.

Per fare questo, una volta tanto, lo faccio volutamente senza accettarne la fonte, per non fare pubblicità gratuita, rifarmi a due passi di un articolo di fondo del giornale "La Stampa" di questi giorni, sto parlando dai banchi dell'opposizione, della minoranza, e quindi leggo parole che sono di altri, ma nelle quali mi riconosco. Le devo leggere, perché mi interpretano perfettamente, probabilmente io non saprei fare di meglio: "Solo questa arroganza culturale, la volgarità politica, la stupefacente prepotenza pubblica derivante dal calcolo sul potere che prevale sulla preoccupazione per il servizio che al di là degli eventi minano ora la salute della nostra autonomia e la coscienza di quanto valgano le rappresentanze liberamente designate. Sono simili esempi i brindisi a chi si sottrae al giudizio rendendo indimostrabile la verità piuttosto che la denuncia politica della trasparenza negata che avviano l'autonomia, la Regione, le due Province, i partiti e la classe politica, verso il baratro di uno smarrito riconoscimento sociale positivo.

Sono le condotte di tali soggetti che sfibrano la tenuta di un'autonomia, la fiducia di un autogoverno consapevole e responsabile."

Penso sia difficile riassumere in poche righe un giudizio complessivo che ripeto, lo dice lo stesso articolista, va al di là dei fatti specifici che noi stiamo valutando. Allora, consentitemi di fare a me stesso e a voi tutti una domanda, visto che siamo nel campo delle valutazioni politiche: se quanto stiamo discutendo, se tutti i fatti che sono stati oggetto delle relazioni che ci hanno prodotto, fossero avvenuti sotto un governo di centrodestra della Regione, riusciamo noi ad immaginare quale sarebbe stata la reazione in quest'aula e forse anche in qualche altra aula, nei media, magari sulle piazze? Riusciamo a dare una risposta convincente a questo interrogativo? Sono venuto questa mattina ragionando su questo. Mi stavo chiedendo cosa potevo dire dai banchi del Consiglio regionale dovendo esprimere un giudizio prevalentemente politico,

perché a noi non competono altri giudizi. Sono costretto a fare una valutazione di questo tipo. Tanto per capire, quella che viene definita l'arroganza culturale, sono convinto, il collega Valduga ha fatto qualche riferimento, io lo faccio con estrema serenità, ma sono costretto a farlo, sono obbligato a farlo, perché il contesto generale, non solo regionale, non solo provinciale, ma anche nazionale ci fa capire o vuol farci rappresentare una realtà completamente diversa.

Sono convinto che alla fine di questa discussione non si voterà, non ci sarà nessuna presa di posizione ufficiale, ci saranno delle conseguenze probabilmente a carico degli esponenti della Regione che è stata totalmente decapitata, ma rimarrà nella coscienza di molti, io spero di pochi, rimarrà comunque la presunzione che certe funzioni pubbliche rette da esponenti di certi partiti sono comunque scusabili, sono comunque al di sopra di ogni sospetto, perché se si cerca correttezza si va da una certa parte, se si cerca lealtà si va da una certa parte, se si cerca intelligenza si va da una certa parte, se si cerca capacità politica, onestà, trasparenza, come diceva l'assessore Zendron, si va da un'altra parte, ma non si andrà mai in direzione di formazioni di convinzioni politiche che non siano quelle che tradizionalmente detengono questo quasi esclusivo primato di rettitudine nella pubblica amministrazione.

Quindi concludo con un giudizio che per me è veramente sconcertante, è veramente deludente, un giudizio che mi porta a dire che quella che è stata l'esperienza, non solo per questi fatti, ma più ampia, più generale del governo e della Regione per questi quasi quattro anni non può essere che definito che come fallimento totale che viene portato a conoscenza, che viene esasperato per i fatti scandalosi che sono ormai di dominio pubblico e che hanno potuto constatare, ma che vada portato soprattutto anche a quello che doveva essere il ruolo, un governo regionale nato per fare le riforme della Regione, un governo regionale nato per creare la regione che deve essere un domani, perché la Regione è stata impoverita di quasi tutte le proprie competenze e su questo non è che mi strappi le vesti, secondo una certa logica che non dura da oggi, ma da decenni si è compiuto un po' quello che era un disegno auspicato fin da qualche decennio fa. Non si può assistere indifferenti di fronte ad una Regione che oltre ad essere impoverita delle proprie competenze è impoverita anche della propria dignità, è impoverita del proprio decoro ed è impoverita della propria credibilità morale sull'opinione pubblica. Non si può umiliare un ente fino al punto in cui è stato umiliato in queste ultime settimane, in questi ultimi mesi; bisogna avere tutti la coscienza di spendersi a favore di un'idea che è difficile da trovare. E' difficilissimo riuscire ad immaginare cosa potrebbe essere la Regione del domani, ma dovere e responsabilità dovrebbe essere in tutti noi, cercare di sforzarsi di pervenire a qualche proposta credibile e sostenibile.

Devo fare un riconoscimento al collega Passerini, anche lui si è espresso molto bene sulla stampa. Differenziandosi da ciò che ho sempre immaginato di lui è arrivato a dire: "Magari un governo di centrodestra, purché questo consenta di voltare pagina." E quindi è dai banchi della maggioranza che arriva anche questa sollecitazione, questa constatazione.

Questa potrebbe essere anche una strada di collaborazione politica per fare in modo che non si verificino le parole gravissime del collega Leitner,

che io ho registrato e scritto, che la Regione non si riduca ad un ente da buttare nella discarica della storia. Grazie.

PRÄSIDENT: Grazie, Cons. Mosconi. Ha chiesto la parola il consigliere Perego e ne ha facoltà.

PEREGO: Grazie signor Presidente. Innanzi tutto vorrei stigmatizzare un comportamento di scarsa correttezza istituzionale da parte dei vertici della Giunta regionale, perché a parte il lodevole assessore Fontana che si sta sentendo tutto quanto può sentire, ma i due principali esponenti i Vicepresidenti Atz e Grandi ritengono di non dover sentire tutto il dibattito che li riguarda.

Sarebbe un atto di correttezza istituzionale al quale lei dovrebbe richiamarli.

Credo che la lezione, che viene da tutte e due le relazioni, abbia un punto in comune; a me non interessa tanto se le auto sono state rubate a una certa ora o se Zaffi è stato arrestato a una tal altra. A me interessa andare a cercare le responsabilità. Voglio capire perché è successo questo. Perché si poteva fare un convegno in Moldavia quando non era competenza della Regione? Voglio capire il perché le delibere sono fatte in un certo modo piuttosto che in un altro. Voglio capire perché a Budapest possono andare dieci – quindici sindaci senza nessun controllo.

Il problema, cari colleghi consiglieri, è quello della responsabilità, l'ha detto anche il cons. Divina. In questa regione si è instaurato un sistema sotto la guida della Presidente Cogo, la guida del centrosinistra della diessina Cogo, si è instaurato un sistema che ha fatto, di questo ente, lo dice il cons. Passerini, una banca dalla quale qualcuno ha prelevato fondi a suo piacimento per farne ciò che voleva, di certo non per l'interesse della Regione.

E' inutile oggi dissociarsi da tutto questo, perché ci sono nei documenti, nei testi, non ultimo il testo dell'ass. Zendron alla quale avrei consigliato anche però, dopo tanti disaccordi in Giunta, un gesto si può fare: è dimettersi, ass. Zendron. L'ass. Zendron punta il dito accusatore contro la Presidente Cogo che non le consentiva di fare alcune cose, che non ha costituito la commissione, che di fronte alle sollecitazioni dei funzionari non ha mai fatto quello che la Presidente deve fare, perché non dovevano farlo i Vicepresidenti Atz e Grandi e nessun altro assessore. Era sulla Presidente che ricadeva, come oggi ricade, la responsabilità di guida di quella Giunta.

Vanno ricercate le responsabilità e lo stesso collega Passerini sulla stampa dice: "E purtroppo questa Giunta, questo disastro è stato fatto da una Giunta di centrosinistra." "Purtroppo a fare questo disastro c'eravamo noi.", dice Passerini, ed arriva allora la famosa frase: "Anche una Giunta di centrodestra pur che si faccia pulizia."

Credo che oggi vada fatto qui un appello forte alla moralità dei comportamenti, all'etica della politica, perché non c'è politica senza etica, non c'è politica senza moralità nei nostri comportamenti. E se la ricerca deve essere quella della moralità e dell'etica politica questa ricerca va fatta in maniera precisa e coerente. Non ha senso il dibattito che stiamo facendo se poi ci viene presentato un bilancio di previsione contiene gli stessi capitoli di bilancio con le

stesse cifre per le quali oggi siamo qui a discutere, per le quali abbiamo fatto le commissioni d'inchiesta.

Collega Molinari, lei aveva fatto degli emendamenti nell'ultima sessione, se non sbaglio, io la invito a riproporli, perché quei capitoli vanno non dimezzati, vanno decimati per evitare che il malcostume, ancora una volta, alberghi in una Giunta lunga, corta, media che sia. Non è la lunghezza che fa la differenza, la Giunta deve essere diversa nei comportamenti, nell'autorità, nell'autorevolezza, nel fatto di essere una Giunta che nasce dalla comprensione del marcio che è stato creato e che vuole fare pulizia etica e morale. Una Giunta non lunga o corta, ma una Giunta diversa che faccia pulizia morale, che porti l'etica dei comportamenti, la moralità dei comportamenti in quest'aula. Cosa che è il dato di fondo in tutto questo. Non c'è stato il controllo della politica o meglio, parafrasiamo una frase famosa: "Il sonno della politica ha generato i mostri del marcio e della corruzione." Il sonno di chi, da politico, da responsabile politico non ha saputo guidare i funzionari, i procedimenti, non ha saputo dare il proprio taglio alle cose quando queste non andavano.

Una battaglia su questo bilancio, una battaglia per la moralità, e non conta modificare la Presidenza in questo senso, collega Andreotti.

Non conta nulla ripristinare soluzioni che ancora una volta hanno un occhio puntato a Trento più che alla Regione.

Significa non avere capito nulla; non significa niente quattro assessori invece che otto. Non significa niente cacciare oggi la collega Dominaci, perché non serve, e perché il voto di scorta a Trento è già stato trovato. Non serve a nulla se non si recupera una moralità di comportamenti e una dignità di questo ente, perché quello che si è perso è la dignità dell'ente Regione.

Oggi se noi usciamo di qui la gente ci considera dei ladri, ci considera dei fanfaroni, ci considera dei soggetti che sono qui a dilapidare i fondi dell'ente Regione e della gente trentina e altoatesina. Questo non è accettabile. La Giunta nuova non deve essere diversa nei nomi o nella lunghezza, deve essere diversa nei comportamenti, ma può nascere solo e soltanto dalla comprensione profonda, piena di quanto è accaduto.

Se non c'è la comprensione di quanto è accaduto e non c'è in quest'aula, perché non sono neanche qui ad ascoltare cosa stia succedendo, se non c'è la comprensione potete fare una Giunta di qualunque altro tipo, ma non cambierà niente.

Ripeto che questo bilancio che ci viene presentato è la dimostrazione che non avete capito niente di quanto sta accadendo.

Questa Regione non può essere una banca, deve essere qualcosa di diverso. Allora credo che i commissari abbiano fatto un grande lavoro che ci ha indicato esattamente le manchevolezze della politica e la strada che si è percorsa dal momento in cui la politica ha abdicato al proprio ruolo di guida dei processi e ha lasciato spazio libero invece alla gestione del denaro in senso clientelare.

Vorrei rivolgermi qui a qualche centinaio di persone che in questa Regione, due giorni fa, ha svolto dei simpatici e festosi girotondi. Vorrei rivolgermi al deputato onorevole Kessler, a tanti altri: venite a fare i girotondi

qua fuori, perché il marcio non è al tribunale di Trento, forse da altre parti. Il marcio forse è qua in quest'aula, in questa piazza, in questi palazzi.

Se i tanti girotondi festosi per la legalità e la moralità volete fare, venite a farli qua, ma qua sarete costretti a farli contro voi stessi, contro la vostra storia, contro la vostra gestione assurda di un ente.

Non dimentichiamo che quanto è accaduto è frutto di un patto politico scellerato. Quanto è accaduto, cioè l'abdicazione totale da parte della Presidente Cogo al proprio ruolo è nata dal fatto che il centrosinistra ha chiesto il favore allo SVP per avere l'accordo alle politiche.

Lì è naufragato tutto. Lì la Regione ha perso dignità, autorità ed autorevolezza, perché è stata barattata sul piatto di una semplice alleanza elettorale.

Credo che la pagina vergognosa che ci ha esposti al pubblico ludibrio in tutta Italia, anche grazie a una finalmente coraggiosa inchiesta di un giornalista di "Il Giornale" e che non sarà finita presumo, credo che questa vergognosa pagina della Regione non sia finita. Questa pagina non è finita, perché non si è compreso cos'è successo. E quanto succederà domani e dopodomani in quest'aula sarà la dimostrazione piena e lampante, collega Molinari, che non si è capito cosa è successo. Andrete ad approvare un bilancio di previsione che è uguale a quelli di prima, e che spartisce in maniera paritetica tra Bolzano e Trento, la gestione di centinaia di milioni che andrete a gestire così come sono stati gestiti prima dai Vicepresidenti Atz e Grandi li gestirà qualcun altro, ma in maniera uguale, perché non avete capito cos'è successo.

Andrete a nominare un Presidente e una Giunta che non saranno diversi, se non nel numero, e nelle figure, ma saranno uguali, perché nascono soltanto dal non aver capito cosa è successo, e nascono ancora rivolti alla risoluzione dei problemi a Trento.

Non si è capito nulla. Avremo buttato via mesi e mesi, avremo ancora una volta sulle spalle un ente e una Regione che saranno esposti al pubblico ludibrio e al gesto infamante della pubblica opinione che riterrà tutti noi indistintamente dei ladri e degli sperperatori del denaro pubblico.

Ripeto il mio richiamo: se in quest'aula c'è ancora chi ritiene che la moralità dei comportamenti e l'etica della politica abbia un senso, in quest'aula si faccia avanti, in quest'aula si alzi in piedi e dica esattamente la propria posizione, perché è importante che la gente sappia che c'è ancora spazio per la politica e per una politica seria. Grazie.

PRÄSIDENT: Grazie, Consigliere Perego. Das Wort hat der Abgeordnete Pürgstaller.

PÜRGSSTALLER: Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe mir heute Nachmittag die Mühe angetan, allen Kolleginnen und Kollegen zuzuhören, und zwar weil ich der Auffassung bin, dass das der Moment ganz einfach gebietet, hier doch einigermaßen den Ausführungen zuzuhören. Es wäre natürlich einfach, sich in den Vorräumen herumzutummeln und sich dort zu unterhalten, aber ich glaube der Moment verlangt es ganz einfach, hier präsent zu sein und seine persönliche Meinung zum Ausdruck zu

bringen. Ich muss sagen, vieles was gesagt wurde ist mir nicht neu, sondern ist mir altbekannt. Etwas Neues habe ich den Berichten der Untersuchungskommission entnommen, und dort ist die Verantwortung ganz klar bei den Regierungsmitgliedern festzumachen. Diese Verantwortung kann auch nicht politisch für richtig erklärt werden, denn hier entsteht ganz einfach politische Verantwortung für Verhalten, so wie es vorhin auch von unserem Fraktionsvorsitzenden erklärt wurde, welches nicht gesetzeskonform war. Nun muss ich aber daraufhin weisen, dass hier alle Bescheid wussten seit Jahren und nicht erst seit heute, dass dieses nicht gesetzeskonforme Verhalten der Regionalregierung besteht. Dieses hat schon Bestand gehabt, bevor diese Regionalregierung überhaupt eingesetzt wurde. Dort war es schon gängige Praxis - und ich habe 1999 z.B. anlässlich der Haushaltsdebatte des Regionalrats sehr deutlich darauf aufmerksam gemacht auf dieses nicht gesetzeskonforme Verhalten - doch damals wurde ich als sogenannter „passerus solidario“ gehandelt. Ich habe weder Unterstützung in unseren Reihen, ich habe aber auch keine Unterstützung von Seiten der Oppositionsbänke erfahren. Bereits zum damaligen Zeitpunkt wussten wir darüber Bescheid, und deswegen ist auch hier Verantwortung festzumachen.

Zum zweiten muss ich darauf hinweisen, wenn wir heute alle hergehen und den verschwenderischen Stil der betreffenden Geldmittel bei der Regionalregierung anprangern, so dürfen wir nicht vergessen, dass wir als Regionalrat hierfür die Verantwortung übernommen haben, denn diese Mittel haben ja wir beschlossen und nicht die Regionalregierung selbst. Die Regionalregierung hat sie selbst vorgeschlagen, aber wir waren es, die diese Mittel gutgeheißen haben. Wir waren es z.B., die bei Argealp einer Kostenentwicklung von 50 Millionen bis 2,6 Milliarden Lire zugesprochen haben. 50 Millionen, die man damals schon nicht wusste wo unterbringen geschweige denn, dann bei den 2,6 Milliarden Lire, aber wir haben immer mehrheitlich diese Beschlüsse mitgetragen. Dasselbe gilt natürlich für die Studien, Kongresse und dergleichen, wo Milliardenbeträge entsprechend zugesprochen wurden. Wir insgesamt haben diese Ausgaben mitgetragen, und deswegen besteht auch ein Stück Verantwortung bei uns. Ich habe des öfteren diese Mittel als Verschwendung angeprangert, und ich sage es ganz klar, das war für mich Mittelverschwendung. Ich wurde damals von den zuständigen Regionalregierungsmitgliedern in der Öffentlichkeit als Unwissender hingestellt, der sich in der ganzen Regionalpolitik wenig auskennt und sich sozusagen etwas tolpatschig entsprechend herumtreibt. Ich habe aber damals schon darauf aufmerksam gemacht und habe sie bei den Haushaltsdiskussionen jeweils auch angeprangert. Fakt bleibt allerdings, wir haben mehrheitlich dafür gestimmt und dann ist es wohl klar, wenn Milliarden und Milliarden zur Verfügung stehen, dass man dann irgendwie großzügig sozusagen diese Mittel dann auch entsprechend unter verschwenderischem Stil weitergibt. Deswegen besteht für mich Handlungsbedarf, und zwar nicht nur in einer Neuformierung der Regionalregierung – das allein wäre eindeutig zu wenig – sondern es besteht auch Handlungsbedarf, indem wir eine neue Prioritätensetzung ansteuern, was die Haushaltsmittel anbelangt. Es kann doch nicht sein, dass wir Milliarden in Kongresse, Studien und sonstigen Initiativen verpulvern und auf der anderen Seite nicht die Gelder haben für die soziale Armut, die wir hier

im Lande haben. Das muss einmal gesagt werden, und schauen wir einmal diesen Leuten in die Augen und geben ihnen eine Antwort, ob wir für sie die Mittel nicht haben, während wir anderweitig diese Mittel ganz einfach verpulvern. Hier müssen wir beginnen, und wenn wir nicht bereit sind für eine Änderung, so werden morgen vielleicht 3 oder 4 andere vorne sitzen, aber im Grunde ändert sich nichts. Deswegen fordere ich auch meine Reihen in der Mehrheit hier zu einer Kurskorrektur auf, denn wir haben bereits einen großen Teil an Glaubwürdigkeit verloren.

PRÄSIDENT: Danke, Abgeordneter Pürgstaller. Ha chiesto la parola la Consigliera Chiodi.

CHIODI: Intervengo dopo aver ascoltato alcuni interventi particolarmente severi di alcuni colleghi trentini. Intervengo tentando di dire due parole al cons. Perego. La prego di guardare il bilancio, perché io ho sostituito il mio collega apposta come capogruppo nella commissione di quel bilancio che lei sta parlando. Assieme ai colleghi di minoranza abbiamo presentato un emendamento che riduce notevolmente le quote del bilancio che era stato presentato dalla Giunta, abbiamo ridotto di cinque dodicesimi per tutti i capitoli di spesa, e prima ancora c'era stato un emendamento dello SVP che tagliava ulteriormente i soldi delle spese di rappresentanza.

Quell'emendamento presentato portava le firme di tutta la maggioranza. Credo che sia stato votato anche, oppure si sono astenuti, da alcuni colleghi di minoranza. L'abbiamo fatto perché ritenevamo estremamente importante che la prossima Giunta potesse lavorare in maniera tranquilla e potesse fare delle scelte sull'assestamento di bilancio che possono diventare delle scelte politiche.

Ho assistito a degli interventi particolarmente severi in quest'aula, forse è stato giusto che questi interventi siano stati fatti, perché mi rendo conto che la mia forza politica, per lo meno per quanto riguarda i DS, quella parte di forza politica del mio gruppo non fa dei passi indietro, si rende conto delle difficoltà che ci sono state in questi tre anni dove la mia forza politica aveva la Presidenza e devo dire che ho voluto e voglio dire che le dimissioni della Presidente Cogo sono state dimissioni per certi versi difficili, sono da vedere in una posizione positiva, perché probabilmente il percorso di questa Giunta non era più attuabile. Non era più possibile attuare un progetto con tutte le difficoltà che c'erano state negli anni passati.

Credo che le commissioni che hanno operato volute dalla maggioranza e dalla minoranza di quest'aula, non dobbiamo dimenticare che in quelle commissioni la maggioranza di questa Regione aveva la maggioranza nelle commissioni e che se avessimo voluto l'esito delle commissioni sarebbe stato forse diverso se avessimo voluto mettere in funzione i numeri.

Cosa che non abbiamo fatto e cosa che i nostri rappresentanti non hanno fatto e credo che in quelle relazioni ci sia scritto in maniera estremamente chiara il primo punto di un percorso di una nuova Giunta.

Credo che proprio dalle relazioni di quelle commissioni che la nuova Giunta dovrà sforzarsi con un patto fra gentil uomini e gentil donne e bisognerà partire da quello che quelle commissioni scrivono. Il male della Regione è un

male che viene da lontano, ce lo trasciniamo da molto tempo, probabilmente perché le forze politiche che sono presenti in Consiglio provinciale, parlo per Trento, la situazione di Bolzano non la so, non hanno prestato alle Giunte regionali l'attenzione che tutti i passaggi che dovevano essere fatti nella Giunta regionale dovevano avere.

Probabilmente non c'è stata attenzione, probabilmente si è andati avanti un po' così. Io ho fatto l'assessore per otto mesi in una Giunta seconda o terza di Andreotti, non ricordo, e devo dire che mi sono occupata di riforma elettorale, e devo dire che certe situazioni non riuscivo a vederle, devo dire che in Giunta arrivavano trenta delibere che vi assicuro che io leggevo da cima a fondo.

Sono convinta, dopo tutto quello che ho sentito, che è un male che arriva da lontano però quando si arriva a un certo punto si può sempre ricominciare, si può sempre costruire un nuovo percorso basta volerlo.

Credo che il nuovo percorso per dare a questo ente un'immagine di rispetto che deve avere non solo nei confronti dei cittadini, ma anche per il personale che ci lavora in Regione, guardate che la situazione nel palazzo di Trento è disastrosa per come si sentono e per come si sentono trattati. Posso dire anch'io che all'interno della Regione ho trovato delle persone molto abili nel fare il loro lavoro e molto brave. Certo che dalle relazioni si è dimostrato che probabilmente in certe parti ed in certe situazioni è mancato il controllo.

Vorrei riprendere il discorso dall'inizio: credo che partendo proprio dalle commissioni la nuova Giunta dovrà fare un grosso sforzo e capire come si dovrà comportare. Ci sono in Regione dei passaggi che ritengo che non servano. La politica estera la facciano le province di Trento e di Bolzano. Questo è quello che dobbiamo fare e se noi abbiamo la possibilità di avere dei soldi in bilancio ci sono interventi sociali che sono, per certi versi, più importanti di tutto il resto.

Questa nuova Giunta che forse andremo a votare domani dovrà mettere al primo posto del percorso che vedrà la data delle prossime elezioni regionali nel 2003, dovrà mettere al primo posto la questione morale e i suggerimenti che le relazioni ci hanno dato.

Ho letto con interesse le relazioni e le carte che ha dato l'ass. Zendron. Sono capogruppo di maggioranza e l'ass. Zendron mi mandava tutta una serie di lettere, come credo alle altre maggioranze, la Presidente Cogo mi mandava delle carte da guardare ecc. Credo che per certi versi questa maggioranza non è stata abbastanza vicina alla sua Giunta, forse, non lo so dire, però credo.

Questa sera finiamo il percorso di queste relazioni, queste ci faranno riflettere per molto tempo però la maggioranza che ci sarà in quest'aula ed alla quale farò parte dovrà decisamente fare uno sforzo notevole: ridare voce e possibilità di respiro alla Regione e in questo modo credo che sia la maggioranza che la minoranza lavoreranno insieme, perché questo lo vedremo subito dall'assestamento di bilancio che la nuova Giunta dovrà fare. Credo che lì un giudizio potrà essere dato e credo che proprio sull'assestamento di bilancio la maggioranza avrà la possibilità di dare un segnale chiaro all'esterno ed anche all'interno dell'istituzione.

PRÄSIDENT: Grazie, Consigliera Chiodi. Adesso ha chiesto la parola il Consigliere Molinari e poi c'è un ultimo intervento del Consigliere Boso, quindi penso che possiamo finire tutti gli interventi anche se andiamo un po' oltre le ore 19.

Il Consigliere Molinari ne ha facoltà.

MOLINARI: Grazie Presidente, colleghe e colleghi consiglieri. Le due commissioni d'inchiesta hanno reso evidente un problema generale sulle questioni di vari capitoli di bilancio regionali cospicuamente dotati ed attinenti a varie discrezionalità della Giunta regionale.

E' stato sottolineato l'ingeneroso, reciproco scarica barile fra i componenti della Giunta regionale e il lassismo dell'intera struttura conseguente alla mancanza di una guida politica seria e di un conseguente controllo.

Credo che dobbiamo amaramente prendere atto che in Regione anche in questi primi tre anni di legislatura il potere è stato occupato piuttosto che esercitato.

Sullo specifico delle due inchieste sul furto d'auto ungherese e sull'arresto moscovita di un funzionario credo occorra prenderne atto con la stessa amarezza.

A parte i risvolti giudiziari di natura personale preoccupa particolarmente lo scarso senso di responsabilità con atteggiamenti generalizzati di scarso interesse e di pressapochismo nello svolgimento del proprio lavoro da parte di dipendenti pubblici, ma peggiore è la trasandatezza, per il pubblico interesse, manifestata dagli amministratori regionali: troppi soldi gestiti con troppa disinvoltura.

La Regione è diventata una comoda greppia, comoda perché i contributi per i più svariati scopi sono elargibili a maglia larga per di più su competenze, a mio avviso, di dubbia attinenza dell'ente Regione stesso.

La convergenza di tempi fra gli esiti delle due commissioni e le dimissioni della Giunta rende superflui altri commenti politici. Accettando le dimissioni della Presidente Cogo lo scorso mese di gennaio ed accettando domani, come spero, quelle della restante parte della Giunta regionale, abbiamo tratto e trarremo opportunamente le conseguenze politiche delle due vicende ungherese e russa espressione di una complessiva negativa gestione di fondi pubblici discrezionalmente disponibili dalla Giunta regionale.

Purtroppo la Giunta regionale, espressa dalla maggioranza alla quale appartengo, non è stata capace di darsi regolamenti, criteri e metodi espliciti e di garanzia per tutti; in più non ha portato a compimento per nulla il programma di legislatura, impegnativo e serio, fin dall'inizio condiviso. L'accoglimento delle dimissioni dell'intera Giunta regionale e la corretta conclusione politica di questa non esaltante fase della vicenda della nostra Regione. Grazie.

PRÄSIDENT: Grazie, Consigliere Molinari. Il Consigliere Boso ha la parola.

BOSO: Grazie Presidente. Ascoltando alcuni colleghi dove si è cercato di fare chiarezza politica, dove si è dimostrato che la responsabilità è nella collegialità della Giunta, cari assessori Zendron e Fontana, siete corresponsabili con Margherita Cogo, con Grandi e con Atz.

Non è giusto che lei, assessore Fontana ritorni in questa maggioranza, perché lei è corresponsabile del malgoverno di questa Regione e sentire il moralismo di lei, assessore alla trasparenza, se proprio era così forte il suo dissenso verso la Presidente Cogo, verso Atz e Grandi, doveva dare le dimissioni per dimostrare questo suo disagio non venire oggi in questo Consiglio e dire che si è trovata a disagio per tre anni e mezzo.

Lei si è tenuta la sedia da assessore, che è un'altra cosa.

Di fronte a questo mi chiedo a lei collega Denicolò, noi non abbiamo detto o discusso sul fatto che fosse o non fosse giusto che Atz portasse dei sostegni alla minoranza linguistica tedesca di Bucarest, abbiamo chiesto come mai con due uscite a Bucarest si è fatto rubare tre Audi.

E' questo il discorso, collega Denicolò, non sono i finanziamenti alle minoranze linguistiche tedesche che ci sono in quelle terre.

Lei non doveva dire che Atz è stato bravo, perché ha portato i soldi, lei ci doveva spiegare come si può, in due uscite, farsi rubare tre Audi.

Se avessero rubato una macchina a me, la seconda non me l'avrebbero rubata. Ma siccome sono macchine della Regione non è importante, perché sono comperate con il denaro pubblico.

Di fronte a questo mi chiedo con quale serietà e responsabilità il collega Andreotti si accinge a diventare Presidente di questa Giunta regionale. Carlo, pensaci seriamente, da uomo. Non ti accorgi che il loro letame politico lo vogliono scaricare sulla tua persona?

Innalza il tuo orgoglio di uomo libero, non farti fregare dal tuo segretario di partito, rimani libero delle tue scelte.

Ecco perché all'interno di questo Consiglio rimango stupefatto quando sento che alcune persone dicono di aver sbagliato e vogliono continuare a farlo.

Ho grande rispetto per la collega Chiodi, e lo sai Wanda che ho tifato per te quando un onorevole del tuo partito spingeva per la Cogo alla Presidenza della Giunta regionale. Forse il tuo carattere, forse la tua moralità di soldato del Partito Comunista ti dava più dignità in rappresentanza, forse tu non hai il dna socialista o social-democratico che altri Presidenti della giunta regionale avevano provenendo da quelle forze politiche poi trasformandosi in democratici di sinistra, perché non vuol dire che se si è di sinistra si è democratici e altrimenti no.

Non è vero, collega Chiodi, che lei domani riuscirà a dare delle svolte all'interno di questa maggioranza. Ci sarebbe stata la possibilità se lei già dall'inizio del 1998 diventava Presidente della Giunta regionale, però ora ho paura che siano gli ultimi colpi di coda di un sistema condannato, annullato politicamente all'interno di questa regione.

Abbiamo sentito anche l'esponente dello SVP che dice: "Io, oggetto nuovo, passero solitario, ho denunciato il malcostume della Regione anche all'interno del mio partito, il partito di raccolta dello SVP." Ma dov'era la moralità di questa forza politica? Mi chiedo, Presidente e collega Pahl, quando lei è stato condannato e criticato dalla Presidente Cogo, quando ha detto che lei è incapace di gestire le tre fasi che lo stesso SVP aveva condannato, annullato e tolto la fiducia alla Cogo, ce lo stiamo dimenticando?

Era lo SVP oppure Atz che toglieva la fiducia alla Cogo?

Veramente dobbiamo credere che nessuno abbia capito come sono scomparse le tre auto?

A me non interessano i soldi che avete portato per altre entità culturali in quel territorio, collega Denicolò, a me interessa sapere come mai è mancata una macchina e nessuno ha preso provvedimenti così ne sono scomparse altre due, con tutti gli antifurti che hanno queste macchine, con il controllo satellitare.

Dall'altra parte c'è Grandi; mi sembrava di aver letto che c'era una vetrata che separava Grandi da Zaffi, all'aeroporto di Mosca. Ma non è che forse quello che separava Grandi da Zaffi era che uno aveva già le valige presso l'invio all'imbarco e facilmente doveva nascondere qualcosa che aveva nelle valige e si poteva abbandonare un funzionario, e poi, questo funzionario parlava il russo e il tribunale ha detto che lui il russo non lo sapeva.

Vorrei capire a cosa serviva allora questo funzionario in Russia. Serviva come portaborse?

Domani e posdomani il collega Andreotti dirà che sia votata la sua maggioranza con la Chiodi e Fontana il quale è corresponsabile, se veramente la maggioranza viaggia nella collegialità lui e la Zendron sono corresponsabili. Si dovrebbe fare un'altra inchiesta per sapere perché nella collegialità di Giunta non è stata fatta nessuna azione moralizzatrice, perché ricordiamo che la Chiodi ha detto ha detto: "Ti ringrazio Fontana per essermi stato fedele." Ma quando si è fedeli ad una persona lo si è nel bene e nel male. Quanto sei stato fedele nel male?

Amico Carlo Andreotti non imbarcarti in questo viaggio dei disperati, usa il tuo orgoglio, la tua libertà, la tua onestà. Non farti tirare nel pozzo da chi cerca i cosiddetti accordi con le Genziane o da chi cerca il cosiddetto appagamento di dialogo con lo SVP, perché ricordati che quando si nomina in Trentino il vecchio Enrico Pruner, fu il primo che ruppe questo vincolo ombelicale e deleterio con lo SVP. Sii anche tu uomo del Partito Autonomista Trentino e non farti tirare nella fossa del leone del malgoverno della Regione Trentino-Alto Adige.

PRÄSIDENT: Danke, damit ist die Debatte über die Berichte der beiden Kommissionen abgeschlossen, und damit haben die Kommissionen ihre Arbeit endgültig beendet und sind aufgelöst. Morgen kommen wir zum Tagesordnungspunkt Nr. 2 „Diskussion und Abstimmung über den Rücktritt des Regionalausschusses und nachfolgende Maßnahmen“.

Ich danke Ihnen für Ihre Anwesenheit. Die Sitzung ist geschlossen.

(ore 19.04)

INDICE	INHALTSANGABE
<p>DISCUSSIONE CONGIUNTA IN MERITO ALLE RELAZIONI DELLE COMMISSIONI D'INCHIESTA, istituite con decreti del Presidente del Consiglio regionale n. 430 e n. 431/2001</p> <p style="text-align: right;">pag. 2</p>	<p>VEREINHEITLICHTE DEBATTE ÜBER DIE ABSCHLUSSBERICHTE, die die mit Dekret des Präsidenten des Regionalrates Nr. 430 und Nr. 431/2001 eingesetzten Untersuchungskommissionen verfasst haben</p> <p style="text-align: right;">Seite 2</p>
<p>INTERROGAZIONI E INTERPELLANZE</p> <p style="text-align: right;">pag. 122</p>	<p>ANFRAGEN UND INTERPELLATIONEN</p> <p style="text-align: right;">Seite 122</p>

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

TAVERNA Claudio (ALLEANZA NAZIONALE)	pag.	3-61
LO SCIUTO Antonino (FORZA ITALIA LISTA CIVICA CCD)	"	57-67
GRANDI Tarcisio (CIVICA - MARGHERITA)	"	64
KURY Cristina Anna (VERDI - GRÜNE - VĚRC)	"	65-74-80
URZÍ Alessandro (ALLEANZA NAZIONALE)	"	65-71
PÖDER Andreas (UNION FÜR SÜDTIROL)	"	66-82
SEPPI Donato (GRUPPO MISTO UNITALIA - MOVIMENTO SOCIALE - FIAMMA TRICOLORE)	"	67-76-99
ATZ Roland (SÜDTIROLER VOLKSPARTEI - S.V.P.)	"	68-77
COGO Margherita (DEMOCRATICI DI SINISTRA DEL TRENINO PER L'ULIVO - PROGETTO CENTRO SINISTRA)	"	69
MOLINARI Claudio (CIVICA - MARGHERITA)	"	82-119
MORANDINI Pino (IL CENTRO)	"	84
KLOTZ Eva (UNION FÜR SÜDTIROL)	"	87
CONCI-VICINI Paola (UNIONE AUTONOMISTA POPOLARE – U.A.P.)	"	90
PLOTEGHER Pier Giorgio (ALLEANZA NAZIONALE)	"	92
DIVINA Sergio		

(LEGA NORD TRENINO - PADANIA)	"	94
LEITNER Pius		
(LADINS - FREIHEITLICHEN)	"	96
DENICOLO' Herbert Georg		
(SÜDTIROLER VOLKSPARTEI - S.V.P.)	"	101
VALDUGA Guglielmo		
(IL CENTRO)	"	103
ZENDRON Alessandra		
(VERDI - GRÜNE - VĚRC)	"	106
WILLEIT Carlo		
(LADINS - FREIHEITLICHEN)	"	108
MOSCONI Flavio		
(FORZA ITALIA)	"	110
PEREGO Maurizio		
(FORZA ITALIA)	"	113
PÜRSTALLER Albert		
(SÜDTIROLER VOLKSPARTEI - S.V.P.)	"	115
CHIODI-WINKLER Wanda		
(DEMOCRATICI DI SINISTRA DEL TRENINO PER L'ULIVO - PROGETTO CENTRO SINISTRA)	"	117
BOSO Erminio Enzo		
(LEGA NORD TRENINO - PADANIA)	"	119